

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Vorverurteilung:** Um der Gefahr einer „Vorverurteilung“ - etwa durch Indiskretionen aus dem Justizbereich oder durch gezielte Veröffentlichung von Einzelheiten staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen - zu begegnen, sollte der Generalbundesanwalt das Recht erhalten, Verfahren an sich zu ziehen, erklärt der Staatsrechtler Senator Scholz in einem WELT-Gespräch. Die entsprechenden Vorgänge um Graf Lambsdorff nannte er „einzigartig“ (S. 1)

**Beziehungen:** „Gute, normale Beziehungen“ zwischen Bonn und Ost-Berlin könnten sich, wohlwollend besonders auf das europäische Klima, auswirken, erklärt „DDR“-Außenminister Fischer vor dem SED-Zentralkomitee.

**Haushaltsdisziplin:** Strengere Disziplin bei der Ausgabenplanung fordert das „DDR“-Finanzministerium von allen zentralen und örtlichen „Staatsorganen“.

**GB-Chef in Warschau:** Der sowjetische Geheimdienstchef General Tschebrikow hat überraschend den polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski aufgesucht.

**Unruhe in der CSSR:** In der Bevölkerung der CSSR macht sich Unruhe darüber breit, daß der Warschauer Pakt als „Gegengang“ zur NATO-Nachrüstung neue Atomwaffen im Lande stationieren will.

### ZITAT DES TAGES



„Ich glaube, daß die Deutschen mit ihrer Freundschaft zu Israel im Nahen Osten sicher eine wichtige Rolle spielen können.“

Der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollak in einem Interview der WELT (S. 5)  
 FOTO: DPA - LEUSCHNER

### WIRTSCHAFT

**Wohnhaushaltsgeschäft:** Einen schwachen Aufschwung mit sieben bis acht Prozent Umsatzsteigerung der Warenhaushaltskonsums gegenüber dem Vorjahr hatte die diesjährige Weihnachts-Verkaufssaison mit dem ersten der verkaufstagen Samstage (S. 9)

**Auslandsimpulse:** Durch Impulse aus dem Ausland hat sich das Geschäftsklima in der Industrie im Oktober weiter verbessert, ermittelte das Ifo-Institut. (S. 9)

**IBM will Schadensersatz:** IBM verlangt in einer der größten Schadensersatzklagen der US-Justizgeschichte 20 Milliarden Mark von der National Semiconductor Corp. (S. 10)

### KULTUR

**Gegen Kurstudium:** Bundesbildungsministerin Wilms hat sich gegen extrem kurze Studiengänge als Mittel zum Abbau der Universitäts-Überlastung ausgesprochen. Auf dem Arbeitsmarkt hätten solche Absolventen kaum Chancen.

### SPORT

**Volleyball:** Auf Veranlassung von Bundestrainer Niemczyk brach der deutsche Damenmeister BV Lohhof sein Bundesligaspiel beim VfL Oythe beim Stande von 2:2 ab. Begründung: Der Boden sei zu glatt gewesen. (S. 16)

### AUS ALLER WELT

**Notlandeplatz:** Der Köln/Bonner Flughafen ist als Notlandeplatz vorgesehen, falls heute beim Start des Space Shuttle die Triebwerke ausfallen sollten. (S. 18)

**Goldraub:** Unbekannte haben bei einem Raubüberfall in London Heathrow Gold und Diamanten im Wert von 100 Millionen Mark erbeutet.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Behinderte - Die Totschlag-Vokabel von der sozialen Demontage S. 2
- Bundespräsident: Von der Wahl der Qual des ersten Mannes in unserem Staat S. 3
- Ost-Berlin: Veränderungen in der SED-Führung - Kreuz neuer ZK-Sekretär, Verner erkrankt? S. 4
- Aspen-Institut: Konferenz über die Beziehungen zu den USA - Amerikaner warnen S. 5
- EVP-Sitzung: Fünf Regierungen fordern, neue Impulse für die Einigung Europas S. 6
- Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
- Wirtschaft: EG-Kommission für Zusammenarbeit mit Dritter Welt - Hilfe auch für Europa S. 9
- Fernsehen: Erfolg mit Elvis-Tolle und Gamsbart: Die Gruppe „Spinder Murphy Gang“ S. 16
- Kultur: In düsteren Gräben schweigt das Volk London: „Gordon“ unter Tarkowskij S. 17
- Baby-Entführung: In Italien bleibt die Furcht vor einer neuen Dimension des Kidnappings S. 18

## Schmude nimmt Lambsdorff in Schutz: Vorwürfe stimmen nicht

Professor Scholz für Konsequenzen aus „Vorverurteilung“ / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn  
 Wenige Tage vor der erwarteten Anklageerhebung in der Flick-Spendenaffäre ist Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von einem sozialdemokratischen Spitzenpolitiker öffentlich in Schutz genommen worden: Der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) äußerte gestern Abend im ZDF die Überzeugung, daß sich die Unschuld der beteiligten Personen herausstellen werde. Schmude, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, schloß ausdrücklich Minister Lambsdorff ein. „Ich halte ihn für einen hochintelligenten und hochintelligenten Mann. Und beides schließt nach meiner Einschätzung aus, daß die Vorwürfe stimmen“, sagte der sozialdemokratische Politiker.

Schmude erklärte im übrigen, eine Vorverurteilung im engeren Sinne sei für niemanden gefallen lassen. Wer ein öffentliches Amt bekleide, müsse jedoch eine kritische Berichterstattung hinnehmen, wenn gegen ihn erhobene Vorwürfe im Zusammenhang mit diesem Amt stünden.

Im Vorfeld der Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft waren in Zeitungen und Zeitschriften gezielt Einzelheiten aus den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten veröffentlicht worden. Der Staatsrechtler Professor Robert Scholz (Universität München), der als Senator Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund ist, sagte in einem WELT-Gespräch, aus diesen „einzigartigen“ Vorgängen müßten Konsequenzen gezogen werden. Scholz: Die Gefahr, daß durch eine „Vorverurteilung“ Zeugen und Richter beeinflusst würden und somit ein „objektives Verfahren“ nicht mehr möglich sei, „ist unbestreitbar da“.

Die gesetzliche Vorkehrung durch den Paragraphen 333 d Strafgesetzbuch, der die unbefugte Veröffentlichung von Unterlagen im Zusammenhang mit Anklageschriften und Ermittlungsverfahren unter Strafe stelle, reiche offensichtlich nicht mehr aus.

Bei den Konsequenzen, die überlegt werden sollten, denke er, Scholz, an eine „analoge Richtung wie in Amerika“. In Fällen, in denen das Vertrauen der Bürger in die Disziplin und Unbefangenheit der Justiz erschüttert werden könne, sollte man dem Generalbundesanwalt in Karlsruhe das Recht geben, das „Verfahren an sich zu ziehen“, betonte

Scholz. Dies wäre nach seiner Auffassung dann notwendig, wenn „nicht mehr gewährleistet ist, daß in einem bestimmten Ort unbefangene und von der Öffentlichkeit wirksam abgeschirmte Ermittlungsverfahren durchgeführt werden“. Der Generalbundesanwalt solle entweder das Recht haben, das Verfahren selbst zu führen oder die Möglichkeit haben, eine örtlich anders situierte Ermittlungsbehörde mit dem Verfahren zu beauftragen. Ein solcher Schritt würde eine Änderung der Strafprozeßordnung und in der Konsequenz auch des Gerichtsverfassungsgesetzes erfordern.

Es sei dringend nötig, so betonte Professor Scholz, daß bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren die Geheimhaltung gewahrt werde, weil sonst das „Legalitätsprinzip in seiner Gesamtheit“ gefährdet werden würde. Legalitätsprinzip bedeutet, daß die Staatsanwaltschaft jedem Verdacht einer strafbaren Handlung von Amts wegen nachgehen müsse, also auch in solchen Fällen, in denen sich ein Verdacht alsbald als haltlos erweise. Um aber „den Bürger in seinen Persönlichkeitsrechten vor ungerechtfertigten Verdächtigungen“ zu schützen, sei es notwendig, das Legalitätsprinzip zu modifizieren.

## Unmut im Ostblock über Sowjetraketen

Prag greift die Kritik auf / Rumänien: Forderungen an Washington und Moskau

DW, Prag/Bukarest/Bonn  
 Die Staats- und Parteiführungen im Ostblock können offensichtlich den wachsenden Unmut in ihren Ländern über die Pläne der Sowjetunion, neue Atomwaffen zu stationieren, nicht länger verheimlichen. Darauf deutet unter anderem die Erklärung hin, die der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Chroupek am Wochenende vor dem ZK der Kommunistischen Partei in Prag abgegeben hat.

Chroupek griff in scharfer Form die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa an und verband dies mit der Bemerkung, in Sicherheitsfragen müsse man Entschlossenheit zeigen. In verschlüsselter Form fuhr er fort: „Es ist klar, daß das Leben nicht mit dem Jahr 1983 endet, ebenso wenig mit der Raketenstationierung. Die Welt wird weiter bestehen. Offenkundig wird es Möglichkeiten zur Überwindung der gefährlichen Phase geben, wenn auch vielleicht in begrenztem Ausmaß, aber es wird sie geben und es wird notwendig sein, sie zu nutzen.“

Die Regierung ist bemüht, mit einer großen Kampagne für die neuen Waffen Stimmung zu machen, „die zur Verteidigung des Friedens nötig“ seien. Auf verschiedenen Massenkundgebungen in der CSSR wurde die Ankündigung der Vorbereitung zur Stationierung von „taktisch operativen“ Systemen in der „DDR“ und der CSSR „beglückwünscht“.

Das war jedoch nach Auffassung der nichtoffiziellen Kreise lediglich Applaus einer Clique aus Arbeitern, die von ihren Betrieben zur Teilnahme an den Versammlungen verpflichtet worden seien. Der Prager Regierungssprecher Frantisek Kouřil räumte dann auch ein, „daß die Nation dies (die neuen Waffen) nicht gerade mit Jubel aufgenommen hat“. Mit größeren Protesten, so der Funktionär, rechne er nicht.

Solche wären auch mit einem Risiko verbunden. Wie die „Charta“ berichtete, nahm die Polizei im Monat November 20 „Charta“-Mitglieder fest und warnte sie, daß jede öffentliche Erklärung gegen die Sowjetraketen mit mindestens 15 Jahren Gefängnis bestraft werde. Nicht immer fruchten solche Drohungen. So meldete die Parteizeitung „Rude Pravo“, bei ihr seien Leserbriefe eingegangen, in denen die neuen Waffen kritisiert wurden.

Solche Schreiben kursieren auch im Untergrund. Unter anderem wird über einen Brief an Staats- und Parteichef Gustav Husak berichtet, in dem statt der bestellten Massenkundgebungen eine Volksbefragung verlangt wird. In dem Schreiben heiße

• Fortsetzung Seite 5

## Rom weist Moskaus Vorwürfe zurück

Craxi an Andropow: Raketen dienen Italiens Sicherheit, Friede heißt nicht Unterwerfung

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
 Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat am Wochenende in einem Antwortbrief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow dessen Beschuldigung zurückgewiesen, die italienische Regierung habe mit ihrer Zustimmung zur Aufstellung amerikanischer Marschflugkörper auf Sizilien „bewußt“ zur Verschärfung der Ost-West-Krise beigetragen. Craxi antwortete schon 24 Stunden später: „Unser Wille zur Fortsetzung der Verhandlungen ist unerschütterlich.“ Das dürfe aber nicht verwechselt werden mit der „Einnahme jeder Form der Einschüchterung“.

Andropow erklärt in seinem Brief, Rom habe anstatt sich für einen Abbau der Nuklearkonfrontation in Europa einzusetzen, durch sein Festhalten an NATO-Doppelbeschlüssen gemäß der USA-Linie zu einer Verschärfung dieser militärischen und atomaren Konfrontation beigetragen. Das könne sich auch negativ auf die künftigen bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion auswirken, da die Sowjetregierung aus der Haltung der italienischen Regierung schließen müsse, daß Italien auf gute Beziehungen zur UdSSR keinen Wert lege. Die Lage sei trotzdem nicht „irreversibel“ - vorausgesetzt, daß die europäischen NATO-Länder bereit seien, zu der Situation zurückzukehren, die vor Beginn der amerikanischen Raketenstationierung bestanden habe.

Craxi beschränkt in seiner Antwort ganz entschieden, daß seine Regierung eine Verschärfung der militärischen Konfrontation in Europa wolle. Italien habe keinerlei „militaristische Ambitionen“. Es sei freilich der Meinung, daß „Friede nicht zu verwechseln ist mit einem Status friedlicher Unterwerfung“. Er könne nicht gleichbedeutend sein mit einem „Verzicht auf volle Sicherheit“. Wenn

die UdSSR für sich selbst Sicherheit fordere, könnten das die europäischen Länder und mit ihnen Italien ebenso tun. Dies um so mehr, als die Sowjetunion „ihre eigenen ausschließlich auf Europa gerichteten nuklearen Waffensysteme verstärkt hat“ und damit eine „unannehmliche“ Störung des Gleichgewichts provoziert habe.

Andropow, so fuhr Craxi fort, könne heute nicht wegen der italienischen Raketenentscheidung erstaten, denn auf die Störung des Raketengleichgewichts sei vom Westen schon vor vier Jahren hingewiesen worden. Moskau habe daraufhin aber das Gleichgewicht nicht etwa wiederhergestellt, sondern durch Installation weiterer Raketen Systeme noch mehr gestört. Eine Sache, so resümierte der sozialistische Ministerpräsident, seien gute freundschaftliche Beziehungen, eine ganz andere Sache sei „die Einnahme jeder Form der Einschüchterung“.

## Was wollte KGB-Chef in Warschau?

Spekulationen über Treffen mit Jaruzelski / „Solidarität“ ruft zu Streiks auf

DW, Warschau/Bonn  
 Der Besuch des KGB-Chefs General Wiktor Tschebrikow beim polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski hat eine Welle von Spekulationen in Gang gesetzt. Verschiedentlich wurde die Frage gestellt, ob die Begegnung eine noch enger polnisch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Unterdrückung oppositioneller Kräfte einleiten soll.

Vor allem im Zusammenhang mit den Anfang 1984 in Kraft tretenden drastischen Erhöhungen der Lebensmittelpreise haben Sprecher der Untergrundführung der Gewerkschaft „Solidarität“ „große Protestbewegungen und auch Streiks“ angekündigt. Die wirtschaftliche Lage Polens, namentlich das Problem des Lebensstandards, sei zur entscheidenden Frage für die Regierung geworden, urteilte beispielsweise der untergetauchte „Solidarität“-Führer Zbigniew Bujak.

Es war der erste Besuch eines KGB-Chefs in Polen, der je bekannt geworden ist. Außerdem ist es erst das zweite Mal, daß überhaupt von einem Auslandsbesuch des Chefs des sowjetischen Geheimdienstes die Rede ist. Am 18. Mai war Tschebrikow in Sofia mit dem bulgarischen Staats- und Parteiführer Schiwkow zusammengetroffen. Der Besuch war im Westen als Vorläufer einer bulgarischen Visite des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow gewertet worden. Andropow hat dann die Reise jedoch nicht unternommen; er ist seit dem 18. August nicht mehr gesehen worden.

Anfang November wurde der damalige polnische Vizepremier Zbigniew

### DER KOMMENTAR

## Angst und Hoffnung

HERBERT KREMP

Die Meinungsforscher interessieren sich nicht dafür, also kann man nur wetten. Wetten, daß sich die überwältigende Mehrheit der Bürger für die erste Adventskerze mehr interessiert als für Raketen. Man kann sagen, beides habe miteinander nichts zu tun - richtig. Beides symbolisiere Gegenteiliges, Gegensätzliches - richtig. Aber die Vermutung, daß Licht mehr interessiert als schlagen des Wetters, zeigt doch eines: Die Hoffnung ist stärker als die Angst. Sogar in Deutschland.

Heißer Herbst, wilder Winter, Eiszeit: Massenaufbruch, Dauerblockaden, Unregelmäßigkeit - so lauten die Begriffe aus dem Wörterbuch der Beunruhigten und Beunruhigten. Überwiegend prophetische Worte, lauter Voraussagen und wenig Wirklichkeit. Was ist aus ihnen geworden, stehen wir nicht schon an aller Worte Ende? Die Parlamentarier haben gesprochen, Kohl, Vogel und Honecker haben gesprochen, Andropow hat gesprochen, Ceausescu hat gesprochen. Was sie alle sagten, klang vorsichtig, nicht wie Türruck. Die Propheten des Weltuntergangs fanden keine Akteure. Sie müssen das Theater schließen.

Eine Beobachtung der vergangenen Wochen verdient Aufmerksamkeit: Die Demonstrationen gegen die Nachrüstung blieben hinter den Ankündigungen, die Ankündigung sowjetischer Gegenmaßnahmen hinter der Drohgebärde zurück. Wir leben im Zeitalter der Medienhysterie. Angst wird inszeniert, stets von interessierter Seite, stets wie ein Horrorstück. Das Ziel ist die Einschüchterung der wenig oder weniger Informierten, und wer keine Wirkung zeigt, ist nicht „sensibel“, er lebt nicht auf der „Höhe der Zeit“. Ihm fehlt vor allem eines: Moral.

Die Sowjets und ihre sehenden und blinden Freunde unterhalten ein dichtes Netz der Angst-Information. Es arbeitet elektronisch und erscheint auch auf dem Bildschirm. Daten für dieses System liefern aber gelegentlich auch diejenigen, gegen die das System gerichtet ist: Am Wochenende sahen wir im Fernsehen eine Kolonne amerikanischer Trucks auf dem Wege zum Stützpunkt Mutlangen. Es war Nacht, Scheinwerfer, brechende Fahrt. Die Szene erweckt den Eindruck eines Kommando-Unternehmens, geheim, geheim. Sie fällt ins empfindsame Gemüt wie ein Demonstrantenstein.

Die Laster hatten möglicherweise Popcorn geladen, nicht Raketen. Vielleicht ein Indianer-Spiel. Aber ist es klug, die Gespräche der Angstmacher zu besorgen?

## Absperrungen in Mutlangen niedrigergerissen

dpa, Mutlangen

Einen Tag nach dem Transport erster Pershing-2-Raketenteile in das US-Militärdepot Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd haben Nachbargemeinden gestern Zäune des Militärgeländes zerstört sowie rund 30 Stahlpfosten aus der Verankerung gerissen.

Die nach einer Bilanz der Polizei bis zu 600 Nachbargemeinden hatten am Wochenende wiederholt Straßen und Zufahrten blockiert. Um Fahrzeugen die Ein- und Ausfahrt zum Depot freizumachen, mußten die Beamten immer wieder einschreiten.

Die Raketenenteile waren in der Nacht zum Samstag auf Sattelzähleppern in Mutlangen eingetroffen. Eine offizielle Bestätigung lag aber bis gestern noch nicht vor.

Das US-Außenministerium hatte am Freitag bestätigt, daß erste Teile der Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind. Auch die weiteren Teile würden nach Plan angeliefert, so daß die erste Batterie von Pershing zum Jahresende einsatzbereit sei.

Zahlreiche prominente Teilnehmer der mehrtagigen Blockade des US-Depots Mutlangen von Anfang September haben gestern zu einer neuen Protestaktion in der schwäbischen Gemeinde aufgerufen. Wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Sensbachtal mitteilte, wollen die Unterzeichner eines entsprechenden Appells - darunter Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Barbara Rütting und Dorothee Sölle - am 10. Dezember eine ganztägige Protestaktion organisieren.

## Den Athener Gipfel können die EG-Minister noch retten

Streit über Finanz- und Agrarpolitik schweift weiter

AFP, Brüssel  
 Knapp eine Woche vor dem Gipfel treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft, das nächste Sonntag in Athen beginnt, treten die Außen- und Finanzminister der EG heute zu ihrer letzten Sondersitzung in Brüssel zusammen.

Die Minister haben nochmal Gelegenheit, ein Scheitern des Athener Gipfels zu verhindern, da die EG in eine schwere Finanzkrise stürzen würde. Sollten erneut Entscheidungen in den strittigen Fragen ausbleiben, dürfte das Athener Treffen zu einem Krisengipfel werden.

Seit dem jüngsten Gipfel in Stuttgart im Juni hatten die Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister der EG auf sechs Sondersitzungen kaum Fortschritte in den strittigen Fragen der Finanzreform und Agrarpolitik der Gemeinschaft erzielt.

Bisher kam keine Einigung über eine endgültige Regelung für die britischen Beitragszahlungen und die Begrenzung der EG-Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zustande. Beide Länder zahlen als einzige mehr in die EG-Kasse ein, als sie zurückbekommen.

Umstritten ist weiterhin auch die Aufstockung des Mehrwertsteuertarifs von bisher maximal einem Prozent für die künftige Finanzierung der EG. Der Vorschlag Athens, den Mehrwertsteuertarif von 1. Januar 1986 an auf 1,8 Prozent anzuheben, wird mit Ausnahme Italiens von den EG-Partnern abgelehnt. Die Aufstockung würde der EG zusätzliche Einnahmen von zwölf Milliarden Ecu sichern. Der gesamte EG-Haushalt beläuft sich auf 25 Milliarden Ecu - weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 2,5 Prozent der Staatshaushalte der EG-Länder.

In der Agrarpolitik besteht ein Konsens, kostendämpfende Maßnahmen zu ergreifen. Die Minister einigten sich auf eine „vorsichtige Preispolitik“ und ein langsames Anwachsen der Agrarausgaben, die mit 16 Milliarden Ecu derzeit zwei Drittel des EG-Haushalts verbrauchen.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Auf keinem blind

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Raketen bringen es an den Tag: Die Zeit, da Moskau im Warschauer Pakt herumkommandieren und Entscheidungen ohne Rücksicht auf seine Vasallen treffen konnte, geht ihrem Ende entgegen. Die Verurteilung der NATO-Nachrüstung wie der sowjetischen Gegenmaßnahmen durch Rumänien liegen zwar in der traditionellen Linie Bukarester Außenpolitik. Dennoch mußte die Schärfe, mit der das rumänische Regime sich nicht nur gegen die USA, sondern vor allem gegen die UdSSR wandte, in Ost und West überraschen. Man muß Ceausescu zugute halten, daß er - im Gegensatz zu manchen westlichen Friedensfreunden - nicht auf einem Auge blind ist.

Auch in anderen Pakt-Ländern des Ostens herrscht über den Abbruch der Genfer Verhandlungen wie über die bevorstehende Stationierung zusätzlicher sowjetischer Kurzstreckenraketen in der „DDR“ und der Tschechoslowakei größte Unruhe - bis tief in die Reihen der Parteifunktionäre hinein.

In der Tschechoslowakei erhielt die dortige Führung zahlreiche besorgte Briefe ihrer Staatsbürger, so daß zuletzt Außenminister Chmoupek mit der kalmierenden Versicherung an die Öffentlichkeit treten mußte, daß die Welt sich auch in Zukunft weiterdrehen und die Kontakte zwischen Ost und West nicht abgebrochen würden. Auch die „DDR“-Führung kann über das Raketen-„Teufelszeug“ (so wörtlich Erich Honecker) nicht glücklich sein. Selbst Länder wie Ungarn, das nicht direkt von der Stationierung betroffen ist, sehen ihr Wirtschaftsprogramm durch zusätzliche Rüstungslasten (die ihnen von den Sowjets in Form von Kostenbeteiligungen an den Raketen aufgebürdet werden) schwer gefährdet.

Die kleineren osteuropäischen Länder sind nämlich noch mehr als die Sowjetunion auf Handel und Kontakte mit dem Westen und auf zusätzliche Kredite angewiesen. Die kommunistischen Führer dieser Länder wissen genau: Eine ihnen von Moskau aufgezwungene Aufrüstung müßte zu einer dramatischen Senkung des Lebensstandards und damit zu politischer Instabilität führen. Den Russen mag man so etwas zumuten - den mitteleuropäischen und osteuropäischen Nationen sicher nicht.

## Kalter Friede

Von Peter M. Ranke

Die „Normalisierung“ zwischen Kairo und Jerusalem, vereinbart im Frieden von Camp David 1979, hat die Ägypter unter Präsident Mubarak zum „kalten Frieden“ erstarren lassen. Seit einem Jahr gibt es keinen Botschafter mehr in Israel, der Handelsverkehr ruht, kein Ägypter fährt nach Israel, die Kairoer Presse ist in die antisraelischen Kampagnen der früheren Jahre zurückgefallen.

Nun hat die ägyptische Regierung auch eine israelische Beteiligung an der Buchmesse in Kairo untersagt. Begründet wurde das Verbot sehr allgemein mit der Haltung Israels in Libanon. Dort schlachten Syrer und Palästinenser andere Araber ab, während die Israelis 4700 Palästinenser freigelassen haben, unter ihnen 52 wegen Terror und Mord verurteilte Lebenslängliche.

Aber auch das findet in den Augen Kairo keine Anerkennung, vielmehr stellt Ägypten für eine Rückkehr zur „Normalisierung“ immer neue politische Bedingungen.

Vor einer Rückkehr des ägyptischen Botschafters soll Israel Abzugstermine für den Südlibanon nennen, von den Syrern in Libanon ist in diesem Zusammenhang keine Rede. Außerdem soll Israel die Besiedlung in den besetzten Gebieten stoppen und den Grenzbereich bei Taba räumen. Es scheint, daß Mubarak unbedingt zur nächsten arabischen Gipfelkonferenz reisen will.

Die Amerikaner haben die Aushöhlung des von ihnen mit unterzeichneten Friedensvertrages bisher hingenommen. Aber was sind Friedensabmachungen wert, wenn sie so leicht unterlaufen werden können wie von Ägypten und jetzt auch Libanon? Israel hat den Sinai und die Siedlungen dort aufgegeben und soll Südlibanon und auch das Westjordanland räumen. Das ägyptische Verhalten ist allerdings eine direkte Aufforderung, dies nicht zu tun.

## Wandeln statt Wandern

Von Barbara Rütten

Daß Präsident Carstens am Ufer des Niger wandern wollte, war eine Falschmeldung - wenn auch mit einigem Wahrscheinlichkeitsgehalt, der dem mitreisenden Regierungssprecher Sudhoff im Falle eines Dementi einige Mühe bereitet hätte.

Doch die einwöchige Reise von Präsident Carstens und Entwicklungshilfeminister Warnke ist aus einem anderen Grunde bemerkenswert: Es war seit 15 Jahren die erste Reise eines deutschen Staatsoberhauptes nach Afrika. Und: Sie läßt eine Akzentverschiebung in der Bonner Afrikapolitik erkennen.

Bundespräsident Lübke war ein begeisterter Afrikareisender und hat als solcher reichlich Stoff für Anekdoten geliefert. In der Bundesrepublik deswegen gelegentlich verspottet und belächelt, war er in Afrika hoch angesehen. Lübkes Präsidentschaft hat einen wesentlichen Beitrag zu jenem Ansehen geleistet, das die Bundesrepublik in dem mittlerweile mehr als 50 Staaten zählenden Kontinent genießt.

Dieses Ansehen, mit der Qualität deutscher Produkte und der Leistungsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft untrennbar verbunden, hat ebenso wenig wie die beträchtliche Entwicklungshilfe der Bundesregierung verhindern können, daß Bonn von afrikanischer Seite immer wieder wegen seiner Beziehungen zu Südafrika kritisiert worden ist.

Bundestkanzler Schmidt und Außenminister Genscher haben dem mit einer dezidierten Verurteilung der von Südafrika praktizierten Apartheidpolitik zu begegnen versucht - ohne sonderlichen Erfolg. Auch die Mitwirkung Bonn in der westlichen Namibia-Initiative hat daran nichts geändert.

Trotz der beschränkten politischen Gestaltungsmöglichkeiten eines Bundespräsidenten läßt die Carstens-Reise doch im Ansatz eine neue afrikapolitische Tendenz erkennen, die, wie wir meinen, mehr Erfolg verspricht. Carstens hat zwei afrikanische Staatsmänner besucht, die sich in enger Anlehnung an die westliche Welt darauf konzentrieren, ihren Völkern akzeptable Lebensumstände zu verschaffen. Das ist in Afrika nicht selbstverständlich. Viele Politiker dort lieben es, mit Verbalattacken gegen Südafrika von der eigenen Unfähigkeit abzulenken.

Männer des Maßes zu unterstützen, bekommt der Bundesrepublik allemal besser, als hinter Kritikern bis zum Stadium der Selbstverleugung herzuhalten. Auch in Afrika zählt sich eine Politik der Schwäche nicht aus.



„Woll'n'se nich wenigstens een hierlassen...?“

ZEICHNUNG: KLAUS WÖHLE

## Der Präsident aus Berlin

Von Matthias Walden

Nun ist es Gewißheit: Richard von Weizsäcker wird Berlin verlassen, um Bundespräsident zu werden. Die ihn als Regierenden Bürgermeister schätzten und seinen Erfolg in diesem Amt mit Genugtuung erfüllen, erleben das als Schock. Seine parteipolitischen Gegner aber atmen auf: mit seiner Wiederwahl in Berlin hätten sie fest rechnen müssen, nun wittern sie neuartige Chancen.

Der quälend lange Verzug in der Entscheidung über von Weizsäcker's Bleiben oder Gehen hat sich bereits nachteilig auf Berlin ausgewirkt. Es war längst durchgesickert, daß der Regierende Bürgermeister in der Villa Hammerstein strebte. Und selbst wenn Helmut Kohl das durchkreuzt hätte, wäre Doktor von Weizsäcker in seinem Berliner Amt von dem bleibenden Verdacht reduziert gewesen, es nur gegen seinen Willen und zähneknirschend weiter zu bekämpfen. Das hätte sich als Vorzeichen für den nächsten Wahlkampf als äußerst hinderlich erweisen müssen.

Unter den denkbaren Kandidaten für die Nachfolge des Professors Carstens erfreut sich Richard von Weizsäcker am meisten der Überzeugung, für dieses Amt wie geschaffen zu sein. Integrationskraft, Urteilsvermögen, eine Mischung aus Behutsamkeit und Entschiedenheit, die Gabe, Politik zu vergeistigen, demokratische Grundwerte zu verkörpern und zwischen den politischen Fronten versöhnend zu wirken - das alles bringt er mit. Angesichts der Krisen, die sich mit Nachrüstung, sozialen Konflikten, notwendiger Opferbereitschaft und freierlicher Gesinnungstreue verbinden, ist Richard von Weizsäcker fast bildbuchhaft qualifiziert und prädestiniert als Bundespräsident unseres gebrochenen Volkes.

Gleichwohl werden viele Berliner seinen Abschied als Mangel an Treue empfinden. Wer Berlin als die höchste Aufgabe deutscher, im besten Sinne des Begriffes nationaler Politik erkennt, kann den kritischen Einwand nicht unterdrücken, daß Richard von Weizsäcker eine falsche Priorität gesetzt hat. Ihn wird noch lange verfolgen, daß

er im März 1981 sagte, in seinem politischen Leben werde es keine andere als die Berliner Aufgabe für ihn mehr geben. Darin hat er inzwischen umgedacht, obwohl er als Bundespräsident viel für Berlin tun kann - weniger zwar als an dem Platz, den er verläßt, doch auch nicht wenig.

Er hat überdies persönliche Gründe für sein Streben in das höchste Staatsamt: daß er sich einst als „Zählkandidat“ gegen Walter Scheel aufstellen ließ, daß er in Berlin seine Pflicht erfolgreich getan hat - und das nach einem schier aussichtslosen ersten Anlauf - daß er sich mit Fug und Recht für den am besten geeigneten Bundespräsidenten hält und daß schließlich weitere sechs Jahre an der Spitze des Senats von Berlin vielleicht über seine Kraft gegangen wären. Dafür gebührt ihm Verständnis, das nicht mit Einverständnis gleichzusetzen ist.

Möglicherweise war Berlin für ihn ein strapazierter Opfergang, kein Traumziel spezifischer Leidenschaft und Liebe. Was er daraus gemacht hat, ist höchst respektabel. Das Ansehen der Stadt hob

er aus Symptomen der Verkommenheit und des ideellen Niederganges in ein eindrucksvoll erneuertes Prestige. Es kehrte Ruhe ein. Konflikte wurden behutsam, aber zielstrebig abgebaut. Die Berliner Luft war wieder besser zu atmen.

Doch der Blick zurück im Zorn oder der Blick voraus in Melancholie bringt nichts ein, ändert nichts und würde den Scheidenden nur für sein künftiges, so hochwertiges Amt behindern. Deshalb wäre zu wünschen, daß ihn die Berliner in Würde ziehen lassen, dankbar für das, was er hier leistete, und mit nobler Nachsicht für seine irritierende Umorientierung.

Wenn nun Eberhard Diepgen, jung noch und in den Augen der Berliner Bürger ohne ein Charisma, das dem Richard von Weizsäcker vergleichbar wäre, in die Pflicht der Nachfolge genommen wird, dann ist Skepsis nicht auszuschließen. Doch der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU hat sich bewährt, sein Weg ist makellos; und der Spruch, daß der Mensch mit seinen „größeren Zwecken“ wachse, sollte diesem integren Mann kreditiert werden. Die Chance ist eine Schwester des Risikos.

Ein Riesens-Risiko muß es nicht sein, zumal sein Widersacher, Harry Ristock, als Nachfolger Ernst Reuters auch bei wohlwollender Betrachtung schwer vorstellbar ist und seine politische Vergangenheit ihn nicht für einen Wahlkreis prädestiniert, um so weniger, als er sich gegen Senatoren bewirbt, die auch ohne Richard von Weizsäcker einer Bestätigung durch die Wähler wert sind.

Die Berliner sind hellwach. Sie werden die Gefahr erkennen, daß Verluste der CDU, Gewinne der SPD und ein Scheitern der FDP die Stadt mit dem erschreckenden Vorzeichen hessischer Verhältnisse bedrohen würden. Es hieße, Berlin zu unterschätzen, wollte man sein Schicksal als allein von dem Ausharren oder von dem Auszug Richard von Weizsäcker abhängig sehen. Er wird der Stadt sehr fehlen. Aber in ihr, die so vieles bestanden hat, werden auch ohne ihn nicht die Lichter ausgehen. Vieles wird schwerer werden, nichts ausweglos.

Verständnis, nicht Einverständnis: Richard von Weizsäcker

FOTO: PETER MITCHELL

## Die Totschlag-Vokabel von der sozialen Demontage

Jeder vierzehnte Bürger besitzt einen Schwerbehinderten-Ausweis, ist das noch normal? / Von Peter Gillies

Jeder vierzehnte Bürger der Bundesrepublik besitzt einen Schwerbehinderten-Ausweis. Eine medizinische Fachzeitschrift zählte kürzlich 4 884 638 Schwerbehinderte, im Bundesarbeitsministerium wird die Zahl für zu hoch gehalten. Man schätzt sie eher auf 4,5 Millionen; aber es gibt auch Experten, die von fast sieben Millionen Behinderten sprechen.

Sieben Prozent aller Bürger schwerbehindert? Im Jahre 1950 gab es trotz 0,85 Millionen Kriegsverwundeten weit weniger als eine Million Schwerbehinderte. Die Vervielfachung der Behindertenflut ist mit dem neuen Behindertengesetz von 1974 verbunden. Es löste eine Antragsflut bei den Versorgungsämtern aus wie eben jedes Gesetz, das mit Vergünstigungen winkt.

Der Inhaber eines Ausweises, der keineswegs wirklich beruflich behindert sein muß, genießt eine Fülle von Vergünstigungen. Nur

einige seien genannt: höherer Kündigungsschutz, mehr Urlaub, frühere Rente, Steuerfreibeträge, geringere Telefon- und Rundfunkgebühren, Subventionen bei der Beförderung.

Die massenweise Ausschüttung von Sozialleistungen war gewiß gemeint. Die Senkung des Behindertenbegriffs war jedoch der falsche Weg. Gewiß ist ein Tänzer, der einen steifen Arm hat, in der Ausübung seines Berufes behindert, kaum jedoch ein Buchhalter oder Journalist. Niemand käme auf die Idee, einen Politiker mit Beinprothese oder Herzschrittmacher als beruflich behindert zu betrachten. Nach dem Gesetz wären es beide, mutmaßlich auch die halbe Bundesliga.

Nicht nur hat sich der Behindertenbegriff leider von der Art des beruflichen Handicaps entfernt, auch mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Betroffenen

hat er nichts zu tun. Warum eigentlich soll ein Manager mit irgendeiner leichten Beeinträchtigung seiner Gesundheit kostenlos fahren oder preiswerter telefonieren dürfen?

Wenn sich der Sozialstaat diese Ausschüttungen noch leisten könnte, brauchte man darüber kein Wort zu verlieren. Aber er ist an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen, hat durch einlaßende Fürsorgegesetze die Hemmschwellen von neun Millionen Antragstellern gesenkt und dabei ihre Eigenverantwortung geschwächt.

Das Fatale daran ist jedoch, daß die wirklich Behinderten mit Kürzungen konfrontiert werden. Die Rollstuhlfahrer, Spastiker, Querschnittsgelähmten, die schwersten Rehabilitationsfälle, leiden darunter, daß der Staat durch gute gemeinte Gesetze massenweise die vergleichsweise leichten Fälle gesundheitlicher Beeinträchtigung subventioniert. Aufschlußreich ist

## IM GESPRÄCH Ingmar Bergman

### Wieder mal Abschied

Von Margarete v. Schwarzkopf

Dies werde sein letzter Film sein, sein Abschied vom Kino. Mit diesem Werk habe er nun alles gesagt, was er als Filmregisseur zu sagen habe. Von nun an werde er sich nur noch dem Theater widmen und das Kino anderen überlassen. Ingmar Bergman, Schwedens bedeutendster Regisseur, scheint dieses Mal ernst zu machen und dem Kino den Rücken zu kehren. Denn er lehnte einige attraktive Angebote europäischer und amerikanischer Produktionsfirmen mit der Begründung ab, daß er nach seinem mächtigen Familienepos „Fanny und Alexander“, das zur Zeit in unseren Kinos läuft, „ausgebrannt, ideenlos, filmunlustig“ sei.

Fünfzig Filme in vierzig Jahren, darunter Werke, die längst zu den Klassikern des internationalen Kinos gehören wie „Die Jungfrauenquelle“, „Wilde Erdbeeren“ und „Das siebte Siegel“. Das ist für einen Regisseur, der gerade erst seinen 65. Geburtstag gefeiert hat, eine gute Bilanz. Bergman, dieser Meister des intimen Kammerspiels, der die Kamera wie ein drittes Auge benutzte, wehrt sich allerdings gegen jegliche Interpretationsversuche seiner Filme: „Ich habe immer Menschen dargestellt, die es schwer mit sich, schwer mit anderen, schwer mit der Welt haben. Aber wer kann schon von sich behaupten, sein Leben sei paradiesisch?“

1944 schuf der damals 26jährige Bergman, als Sohn eines Pfarrers, in Uppsala geboren, seinen ersten Film „Hets“ (Die Hölle). Und spätestens seit seinem 1948 entstandenen Film „Törst“ (Durst) gilt er als der Erneuerer, als der Reformator des schwedischen bzw. des skandinavischen Films. Nicht immer waren seine Produkte überzeugend - man erinnere sich an den leb- und lieblosen Film „Das Schlangenei“ (1976) - aber immer war Bergman für eine Überraschung gut. Vor allem 1973, als er seine „Szenen einer Ehe“ drehte.

Kurz darauf geriet er in heftige Auseinandersetzungen mit der schwedischen Steuergesetzgebung



Fünfzig Filme in vierzig Jahren: Regisseur Bergman. FOTO: FRIEDRICH RAUCH

und verließ demonstrativ seine Heimat. Er ging nach München, wo er Theater machte, u. a. auch die „Szenen einer Ehe“ fürs Theater inszenierte.

Erst 1979 kehrte er nach Schweden zurück, um hier seinen letzten großen Film, die Summe, wie er sagt, aller seiner Filme, zu drehen. Hier setzt er sich noch einmal mit einem seiner wichtigsten Themen auseinander, dem Problem des Künstlers in der Gesellschaft. „Kinder und Künstler“, meint Bergman über diesen Film, in dem er einen Teil seiner eigenen Kindheit aufarbeitet, „haben viel gemein. Sie sind kreativ, sie leben von der Magie, von der Phantasie, für sie gibt es keine Trennung zwischen dem einen, der realen, und der anderen, der imaginären Welt.“

Für Ingmar Bergman war das Kino immer wie ein Variété, in dem ein Zauberer mit seinem magischen Stab die Dinge verwandelt, den Betrachter hineinzieht in eine andere Dimension. Daß dieser Zauberer nun selbst seinen Stab beiseitelegt, macht traurig. Doch wer weiß, vielleicht fällt dem Regisseur eines Tages ein, daß er doch noch etwas zu verkünden hat und er kehrt zurück an die „Stätte der unendlichen Visionen“.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung stellt eine Tendenzwende im Berlin fest:

Vor allem der enorme Zuwachs bei den Investitionsplanungen der Industrie beweist, daß der Standort Berlin wieder im Aufwind ist. Die Talfrakt im Abbau von Industriearealplanungen verlangsamt sich. Junge Menschen streben Existenzgründungen für hochtechnologische Fertigungen an. Das Handwerk kommt, begünstigt durch eine investitionsorientierte Haushaltspolitik, die Zahl der Arbeitsplätze um 5000 erhöhen. Auch der wachsende Touristenstrom ist Zeichen für die neue Attraktivität der Stadt.

### NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Hier heißt es in einer Bilanz der Bonner Raketendebatte:

Weit wichtiger als die angeblichen oder wirklichen Gegenstände des Krems sind die Folgen des Doppelbeschlusses für den inneren Zusammenhalt der atlantischen Allianz. Die NATO hat die Probe bestanden, aber sie geht nicht ohne Spuren aus ihr hervor. Als verhängnisvoll hat sich die durch den Doppelbescheid bewirkte Fokussierung der Raketendebatte auf den Punkt des Stationierungsbeginns erwiesen. Das Ja oder Nein zur Aufstellung der ersten neun Pershing 2 wurde in der Bundesrepublik zur deutschen Schicksalsfrage emporstilisiert. An ihr entzündete sich ein neues Selbstbewußtsein unter Distanzierung von beiden Supermächten, insbesondere aber von der bisherigen Schutzmacht Amerika, gestützt auf die angebliche Gefahr eines unmittelbaren drohenden Nuklearkriegs, der die gesamte Menschheit auslöschen könnte. Nur von der Linken und den Grünen wird

diese Linie offen vertreten. Aber unter der Führung von Willy Brandt hat sich die deutsche Sozialdemokratie von ihr in hohem Maße anstehen lassen.

### Jüdische Nachrichten

Die Zeit nennt die Woche der Nachschubschiffe eine „Woche der Wahrheit“:

Der Verlust an Rationalität, der in den vergangenen Wochen und Monaten in der Friedensbewegung und um sie herum registriert worden war, muß nachdenklich stimmen. Deshalb ist den Sozialdemokraten auch weniger vorzuziehen, daß sie widersprüchlich haben, was sie unter Helmut Schmidt einmal für richtig erachtet hatten, sondern daß sie angesichts eines solchen Übermaßes an irrationalem Denken und Handeln noch immer offenlassen, wo die Grenzen der von Willy Brandt favorisierten Koalition links der Mitte liegen. Im Augenblick besteht geradezu ein Gegensatz zwischen dem Verlust an Rationalität im Innern und dem betont rationalen Verhalten, wie es unsere Nachbarn und vor allem die Supermächte trotz viel Wortgeklingel an den Tag legen.

### LE QUOTIDIEN

Die Pariser Zeitung will „Deutschland mehr in Europa einbinden“:

Die Zustimmung des Bundestages zu den Pershing-Raketen darf nicht zu Illusionen verführen. Die Bundesrepublik bleibt dem Wechsel der Mehrheiten unterworfen; also dem Umschwenken der Parteien an der Macht, wie es im Fall der SPD der Fall war. Sie kann in jedem Augenblick rückgängig machen, was sie entschieden hat und die gerade akzeptierten Waffen ablehnen. Dies ist weder in Paris, London oder Bonn selbst unbekannt.

immerhin, daß die Antragsflut bei den Versorgungsämtern etwas abebbt, seit man bestimmte Vergünstigungen leicht kürzt und die ärztliche Überprüfung strafft.

Nicht selten wendet sich der Schutz von Behinderten am Arbeitsplatz genau gegen diese Behinderten. Denn welches Unternehmen stellt in riskanten Zeiten einen Ausweisinhaber mit bevorzugtem Kündigungsschutz ein? Im Zweifelsfall wird es sich für einen Nichtbehinderten entscheiden und lieber die Ausgleichsabgabe entrichten.

Wenn die Gutmeinenden mit der Gießkanne über Land gehen und Ausschüttungen vornehmen, verwechseln sie noch immer Ausgaben mit Sozialleistung. Bei den Millionen von Behinderten, über die es nicht einmal verlässliche Zahlen gibt, dominieren Mißnahmefälle ärgerlichen Ausmaßes - eben zu Lasten der wirklich Behinderten.

Die partielle Blindheit des Sozialstaates führt nicht nur bei Behinderten zu grotesken Folgen. Daß Millionäre Kindergeld erhalten, daß Hochverdiener vom Staat Mietsubventionen erhalten, daß vielerlei Mißbräuche von „Auskennern“ kritiklos hingenommen werden, daß sich manchmal Nichtarbeit mehr lohnt als Arbeit - alles Verletzungen des Prinzips der Subsidiarität.

Darüber zu diskutieren ist deswegen schwierig, weil so leicht mit Totschlagvokabeln entgegnet wird. Eine davon ist die „soziale Demontage“. Der Sozialstaat wird seine Ausgaben aber nur in den Griff bekommen, wenn er sich auf ein Prinzip zurückbesinnt: denen Hilfe zu leisten, die ihrer dringend bedürfen, den anderen, die sich noch selbst helfen können, die Hilfe jedoch zu verweigern. Das ist der sozialste und auch wirkungsvollste Einsatz von Steuergeldern.



# Der Machtkampf im „Dschungel“ von Fleet Street

Ein Streik in einer kleinen nordenglischen Stadt eskaliert im britischen Presse-Zentrum: Wieder einmal geht nichts in Fleet Street, weil die „Aristokraten“ es so wollen. Es sind die 4000 Londoner Drucker der Gewerkschaft NGA, die nicht nur die höchsten bezahlten Arbeiter im Lande sind, sondern in den Verlagen selbst über Personal und Auflagen entscheiden.

Von FRITZ WIRTH

Es gab einmal Zeiten, da felen einem, wenn von den „Aristokraten“ in Fleet Street gesprochen wurde, Namen wie Northcliffe, Rothemann, Harmsworth, die Astors und Beaverbrook ein. Wenn heute über die Aristokraten in dieser Straße geredet wird, werden nur noch drei Buchstaben genannt: NGA. Der Unterschied: Die Beaverbrooks und die Astors waren die Männer, die Leben in diese Straße brachten. Hinter der NGA stehen jene Männer, die seit Jahren in regelmäßigen Abständen Friedbohrer über Fleet Street verhängen.

Denn ohne die NGA bewegt sich nichts in dieser Straße. Sie sind die wirklichen Herren in diesem Zeitungs- und Druckviertel. Die Macht der Beaverbrooks und Astors ist lange gebrochen, die Herrschaft der NGA ist unversehrt. Als im Jahre 1978 die „Times“ stillgelegt wurde, als in diesem Jahr die „Financial Times“ für Wochen vom Markt verschwanden, als vor drei Jahren die Rotations des „Observer“ stillstanden und als man beim „Mirror“ entdeckte, daß man jahrelang Gehälter an Geistesnamen gezahlt hatte – stets standen die drei Buchstaben NGA im Zentrum der Auseinandersetzungen.

Seit Freitag liegt wieder Friede über Fleet Street. Sie wurde von den Herren der NGA. Denn sie allein entscheiden, wann, wie und ob überhaupt Zeitungen in Fleet Street gedruckt werden. Wer die NGA nicht kennt, begreift nicht die besondere Gesetz und Arbeitsweise, nach denen Fleet Street funktioniert, die Männer wie Lord Thomson und Cecil King aus leidvoller Erfahrung einst einen „Dschungel“ nannten.

Wer also steht hinter diesen drei Buchstaben? Nein, keine wilden Chaoten und keine kommunistischen „Bullyboys“. NGA ist die Abkürzung für „National Graphical Association“. Es ist die Gewerkschaft der wohlhabendsten Arbeiter in Großbritannien. Ihre 123 000 Mitglieder sind politisch eher rechts denn links einzuordnen.

Es ist eine relativ junge Gewerkschaft. Sie entstand im Jahre 1964 aus der Fusion der „Typographical Association“ und der „London Typographical Society“. Sie kämpft jedoch um eine der ältesten handwerklichen Traditionen im Lande, und war stets mehr als eine Gewerkschaft: Sie war und ist eher eine Loge, eine alte Gil-

de. Männer, die Opfer der Bräuche, Traditionen und Verschwörungen der NGA wurden, nennen sie dagegen eher furchtvoll denn abschätzig eine „Drucker-Mafia“.

Die NGA hat in diesem Zeitalter der Druck-Revolution mehr für den Erhalt guter alter Gutenbergscher Druck-Technik getan als es jedes Museum jemals zu tun vermag. Die NGA sorgte dafür, daß Fleet Street inmitten einer weltweiten Umrüstung auf blei-lose Zeitungsherstellung eine archaische Oase längst überholter Techniken blieb. Sie tat es jedoch nicht aus sentimentaler Verehrung für Gutenberg, sondern aus schierem Selbsterhaltungstrieb. Sie wußte, daß sie das erste und am härtesten getroffene Opfer dieser technologischen Umrüstung würde.

Spätestens hier ist es jedoch an der Zeit, zu differenzieren. Es sind nicht die 123 000 Mitglieder der NGA, die sich dieser Druckrevolution widersetzen haben, es ist der kleine Kern der 4000 NGA-Mitglieder in Fleet Street, der sich gegen den Fortschritt eingestellt hat. So kommt es, daß in der britischen Provinz außerhalb Londons in vielen Fällen schon seit 15 Jahren nach modernster Art und blei-lose Zeitung gemacht wird, ohne daß es nennenswerten Widerstand der NGA gab.

Der NGA-Aufstand fand nur in Fleet Street statt. Wenn also von den „Aristokraten“ der NGA gesprochen wird, dann sind damit diese 4000 Fleet-Street-Drucker gemeint. Sie besetzen die Schlüsselpositionen der Zeitungsherstellung, denn sie stellen die Mehrheit der Handsetzer, Maschinensetzer, Stereotypen- und Rotations-Maschinenisten.

## Die „Kapellenväter“ sitzen an den Hebeln

Sie haben diese Schlüsselstellungen jahrzehntelang nicht nur gegen den Fortschritt abgeriegelt, sondern auch gegen den Zugriff der Verlagsmanager und Zeitungsbesitzer. Wer von ihnen Kooperation und Zugeständnisse verlangt, muß dafür einen sehr hohen Preis zahlen. Die Folge: Diese „NGA-Aristokraten“ beziehen heute die höchsten Gehälter in Fleet Street. Sie verdienen in vielen Fällen doppelt so viel wie Journalisten. Ihr Monatsgehalt liegt zwischen 7000 und 8000 Mark.

Simon Jenkins, der ehemalige Chefredakteur des Londoner „Evening Standard“, beschrieb Stil und Lebensart dieser „Aristokraten“ einst im „Economist“ so: „Ein gelehrter Maschinensetzer mit einem Jahresgehalt von über 20 000 Pfund für eine Viertelgewoche, die er oft auf drei Nachschichten zusammenpreßt, besitzt heute mit hoher Sicherheit sein eigenes Haus, ist aus der alten Londoner Arbeiterklassen-Wohngegend in Hoxton ausgezogen und hat sich in den wohlhabenden Bezirken von Epping, Romford oder Chislehurst niedergelassen. Er besitzt eher zwei denn einen eigenen Wagen, gibt ein



Nächtlicher Zusammenstoß in Warrington: Streikposten der NGA, die seit fünf Monaten eine Druckerei in der nordenglischen Stadt blockieren, in einem Handgemenge mit der Polizei

Vermögen fürs Golfspiel aus, und schickt seine Kinder auf Privatschulen.“

Der Ursprung dieses Wohlstands ist bemerkenswert. Er ist das Ergebnis des bestfunktionierenden „Closed shop“ im gesamten britischen Königreich. Normalerweise bedeutet „Closed shop“, daß nur Gewerkschaftsmitglieder in einer Firma beschäftigt werden dürfen. Das „Closed shop“ der Londoner NGA-Männer jedoch ist viel mehr. Es ist ein „Network“, das heute wesentlich besser funktioniert als es jemals das legendäre „Network der Old Boys von Eton“ getan hat.

In diesem „Network“ spielen die „Chapels“, die Kapellen, eine entscheidende Rolle. Der alte Zunftname „Chapels“ ist ein Euphemismus für innerbetriebliche Gewerkschafts-Organisationen. In Fleet Street gibt es davon rund 320, bei der „Times“ und „Sunday Times“ allein 54. In anderen Industriezweigen nennt man die Vorsitzenden dieser Kapellen „Shop stewards“, im Druckergewerbe heißen sie „Father of the Chapels“.

Diese „Kapellenväter“ sind die wirklich wichtigen Männer in Fleet Street. Sie, und nicht der NGA-Präsident, ordnen an, was in den Zeitungsbetrieben vor sich geht. So bestimmt der „Father of the Chapel“, der Maschinensetzer, wer in seinem Betrieb eingestellt wird und wer nicht. Er verteilt die Arbeit und er bestimmt, wie viele Setzer in einem Betrieb gebraucht werden. Sie sind die große Arbeitsvermittlung in Fleet Street. Nicht die Verlage bestimmen die Personalpolitik in ihren Häusern, sondern die „Fathers of the Chapels“.

Ihre Machtbefugnisse jedoch gehen viel weiter. Sie bestimmen auch die Auflagenhöhe der Zeitungen. So erschien in der Hauszeitung der „Times“ vom Oktober dieses Jahres auf Seite 3 eine erleichterte Mitteilung des Verlages, daß es ihm gelungen sei, mit den „Kapellen“ eine Vereinbarung auszuhandeln, wonach die Auflage der „Times“ auf 486 000 Exemplare erhöht werden dürfe. Die „Sunday Times“ litt jahrelang darun-

ter, daß die „Kapellen“ sich weigerten, Ausgaben von mehr als 72 Seiten zu produzieren, obwohl der Verlag genügend Anzeigen hatte, um 80 Seiten zu drucken.

Kaum weniger bemerkenswert ist die Kunst dieser „Aristokraten“, ihr Handwerk zu verkaufen. Grundlage dieser Verkaufspraxis war lange Jahre die „Londoner Preisliste“. In dieser Liste sind nicht nur die Preise pro Zeile nach verschiedener Schriftgröße festgehalten, sie regelt auch, daß für ein schlecht redigiertes Manuskript ein Aufschlag von 30 Prozent verlangt wird. Enthält ein Manuskript mehrere Fremdwörter, ver doppelt sich der Satzpreis pro Zeile. Für jedes griechische Wort in einem Manuskript wurde der Preis für eine ganze Zeile berechnet. In dieser Liste war sogar der Preis für den freien Raum, der sich zwischen dem Ende eines Absatzes ergibt, festgelegt. Sie verlangten sogar Geld für Texte, die sie gar nicht zu setzen hatten, beispielsweise für Anzeigen, die als fertige Matern ins Haus kamen.

## Harter Widerstand gegen die neue Technologie

Diese Hauslisten, die wußten die NGA-Leute, würden das erste Opfer der blei-losen Zeitungstechnik werden. Daher ihr Widerstand gegen die neue Technologie. Inzwischen sind in den letzten drei Jahren fast alle großen Londoner Zeitungsbetriebe den noch auf blei-losen Satz umgerüstet worden. Die NGA-Leute verlangten den Verlagen dafür jedoch einen hohen Preis ab: Sie sicherten sich das Monopol für die alleinige Bedienung der neu eingeführten Computer. Weder Journalisten noch Anzeigenleute dürfen auch nur ein Wort direkt in die neuen Computer eingeben. Die zeit- und personensparenden Möglichkeiten der neuen Technik bleiben weitgehend ungenutzt.

Die „Aristokraten“ von Fleet Street sind also alles andere als Revolutionäre, weder politisch noch im hand-

werklich-technischen Sinne. Um so erstaunlicher ist es, daß ausgerechnet sie nun heute in der vordersten Front des Kampfes gegen die Gewerkschafts-Reformgesetz der Regierung Thatcher stehen und hier nun plötzlich eine Rolle spielen, die man eher den militanten Bergarbeitern oder Stahlkochern zugetraut hätte. Denn man erinnert sich: Als Edward Heath im Jahre 1971 neue Gewerkschaftsgesetze einbrachte, war es die NGA, die als erste mützig und auf den Heath-Kurs einschwenkte. Sie wurde dafür damals aus dem Gewerkschafts-Dachverband TUC gefeuert.

Die Erklärung: Als jener Arbeitskampf, der am Freitag alle Fleet-Street-Zeitungen stilllegte, vor fünf Monaten in Nordengland begann, dachte niemand bei der NGA auch nur im geringsten an einen Aufstand gegen die neuen Gewerkschaftsgesetze. Es ging ihr in diesem Arbeitskampf um das wichtigste Prinzip, das es in ihrem Katechismus gibt, um die Bewahrung des „Closed shop“, das ja auch von der Regierung Thatcher in ihrer Gewerkschaftsreform nicht angetastet wird. Die NGA weigerte sich nicht, die richterlich auferlegten Geldbußen zu zahlen, weil sie gegen die Gewerkschaftsgesetze protestieren wollte, sie kämpfte damit zuerst und vor allem um ihre unverminderte Souveränität und Autorität in allen britischen Druckbetrieben.

Nun, da sie eher zufällig ins Gefecht gegen die Gewerkschaftsreform hineingezogen worden ist, muß sie wohl oder übel mitspielen. Wie lange sie diesen Streik durchhalten kann? Wenn es nur eine Frage des Geldes ist, haben diese „Aristokraten“ einen langen Atem. Mit einem Vermögen von umgerechnet über 40 Millionen Mark ist die NGA eine der reichsten Gewerkschaften im Lande. Sie überstand mit diesen Reserven vor vier Jahren auch eine einjährige Aussperung bei der „Times“. Die Abschlußbilanz jenes legendären Konflikts belegt es: Er kostete damals die NGA 700 000 Pfund. Der „Times“-Verlag dagegen betrauerte einen Verlust von 40 Millionen Pfund.

# Von der Qual der Wahl des ersten Mannes im Staat

Bundeskanzler Kohl wird heute Richard von Weizsäcker für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen. Kritiker haben Kohl vorgeworfen, mit dieser Entscheidung zu lange gewartet zu haben. Für den Kanzler galt es jedoch, Fehler bei der Kür früherer Staatsoberhäupter zu vermeiden.

Von GEORG SCHRÖDER

Nicht ohne Nutzen liest man in diesen Tagen, da die Wahl eines Bundespräsidenten wieder einmal näherückt, wie es denn 1949 war, als der aus der Asche sich mühsam erhebende Staat ein Oberhaupt küren mußte. Daß der damalige FDP-Vorsitzende Heuss nicht von der FDP, daß er von dem das Kanzleramt anstrebbenden Konrad Adenauer zum Kandidaten emporgehoben wurde, daß damit die kleine Koalition besiegt werden sollte, daß Heuss aber erst im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, gegen den Zentrums-mann Amelunxen und gegen den CDU-Befürworter einer großen Koalition Hans Schlange-Schöningen gewählt wurde – das ist wohl in Erinnerung.

Aber weiß man noch, daß damals die Kommunisten auf einen eigenen Kandidaten verzichteten und geschlossen für Schumacher stimmten? Vergessen ist auch, daß Schumacher sich in seiner Fraktion selbst als Kandidat für den Bundespräsidenten vorgeschlagen hat und es damals in der SPD einige Gegenstimmen gab. Schumacher protestierte: „Jemand, den die SPD zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, ist damit eo ipso zum Bundespräsidenten qualifiziert.“

Auch Parteivorsitzender Heuss hatte in der FDP-Fraktion nicht nur Freunde. Noch am Vortag der Wahl meldete die Nachrichtenagentur AP: „Über die Persönlichkeit des ersten Bundespräsidenten besteht noch keine Einigkeit. Dies bestätigte mit Nachdruck auch der Vorsitzende der FDP Bayern, Dr. Thomas Dehler, indem er hervorhob, daß der ursprüngliche Plan, Professor Dr. Heuss von der FDP zum Bundespräsidenten zu wählen, von mehreren einflussreichen Politikern torpediert worden sei. Sowohl Abgeordnete des linken CDU/CSU-Flügels als auch Vertreter der FDP hätten sich gegen Heuss mit der Begründung ausgesprochen, kein Parteiführer dürfe Bundespräsident werden.“

## Als Brandt ablehnte, kandidierte Scheel

Vier Jahre später bestand Bundespräsident Heuss gegenüber Adenauer darauf, daß Thomas Dehler nicht seinem zweiten Kabinett angehören solle. Vierzehn Jahre danach griff ein anderer FDP-Parteivorsitzender Schumachers Worte auf, als er seine eigene Kandidatur für das Amt des

Bundespräsidenten auf den Weg bringen wollte. Walter Scheel versuchte Willy Brandt davon zu überzeugen, daß das wichtige Amt des Bundespräsidenten eigentlich immer von einem Parteivorsitzenden wahrgenommen werden sollte. Deshalb sei es jetzt an dem SPD-Vorsitzenden, die Nachfolge von Heinemann anzutreten. Der wehrte entsetzt ab. Ja, dann bleibe ihm, Scheel, nichts anderes übrig, als selbst zu kandidieren. Brandt stimmte zu.

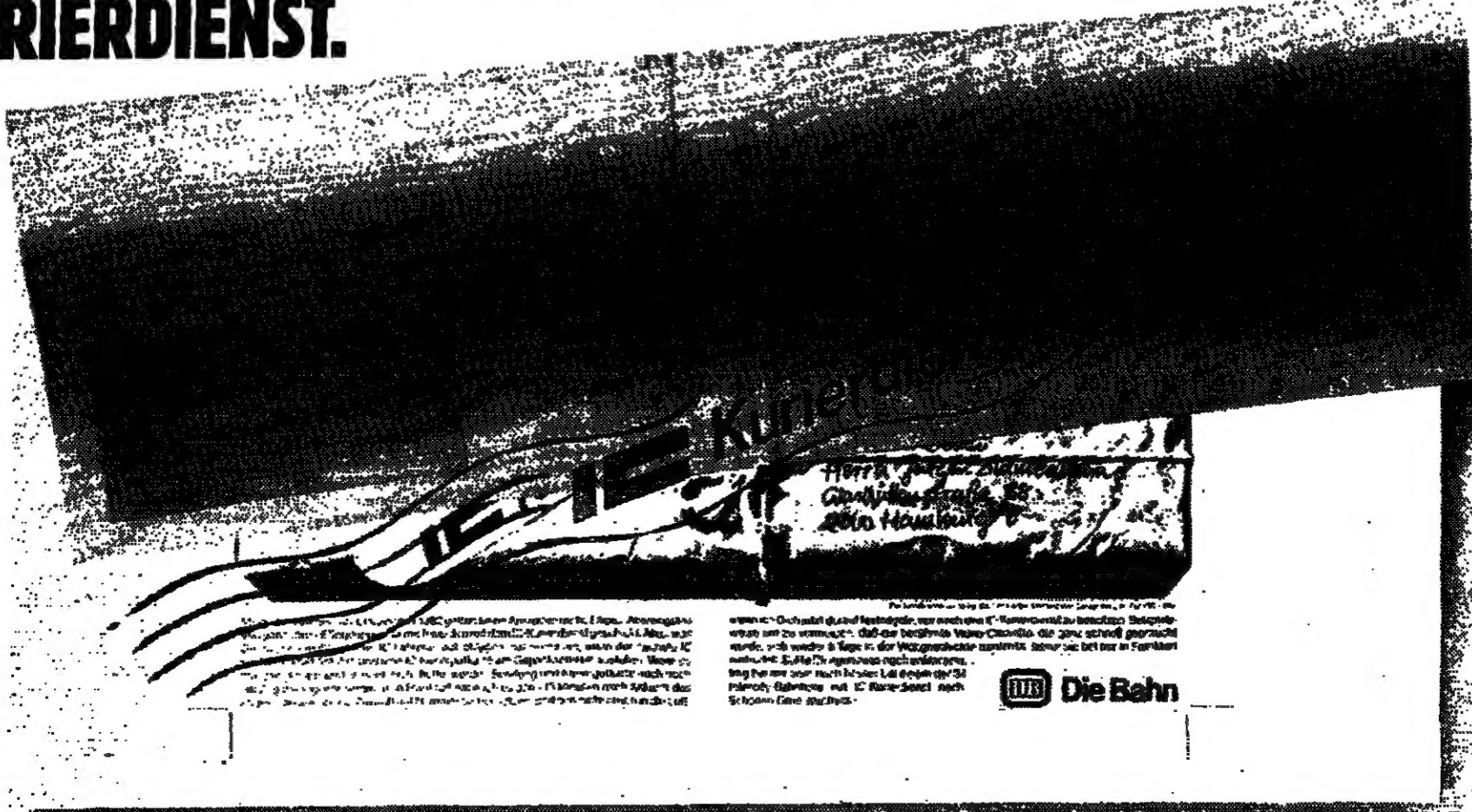
Das ist eine der vielen Geschichten aus der Vergangenheit. Kann man aus ihnen lernen? Parteivorsitzender Helmut Kohl hat in den vergangenen Wochen die ihn zur schnellen Entscheidung in der Kandidatenfrage drängenden Parteifreunde gewarnt. Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Fast allgemein wurde das als Hinweis auf die für Konrad Adenauer so schädlichen Turbulenzen verstanden, die der Präsidentenwahl 1959 vorangingen. In einem beschämenden Schauspiel waren nacheinander erst Ludwig Erhard, der dann verzichtete, daraufhin Konrad Adenauer, der sich wieder zurückzog, als er merkte, daß er Erhard nicht von der Kanzelschaft ausschalten konnte, und am Ende dann Heinrich Lübke Präsidentschaftskandidat der CDU/CSU. Lübke, der noch im März 1959 spöttelte, als ich ihn auf die Gerüchte ansprach, er solle der Präsidentschaftskandidat werden: „Der Karneval in Bonn ist doch vorbei.“

## Die Union verpaßte 1969 eine Gelegenheit

Nein, man hat Grund zu der Vermutung, daß Helmut Kohl weniger an 1959, daß er vor allem an 1969 als das Jahr der verpaßten Gelegenheit der CDU/CSU bei seinen Warnungen dachte. Damals gehörte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zu den Männern, die wie der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, und auch Bundeskanzler Kiesinger für eine Kanzlerkandidatur Richard von Weizsäckers eintraten. Sie waren überzeugt, daß zumindest ein Teil der FDP-Wahlmänner nicht für Heinemann, sondern für Weizsäcker stimmen würde, wenn es zum Schwur käme.

Walter Scheel wußte, daß es für ihn schwierig sein würde, bei einer Kandidatur Weizsäckers eine gespaltene Stimmenabgabe der FDP zu verhindern. Er verhehlte das nicht in einem Gespräch mit Kiesinger am 23. Oktober 1968. Dennoch votierte das Wahlmännergremium der CDU/CSU drei Wochen später gegen Weizsäcker. Er erhielt nur 20 Stimmen von Delegierten aus dem Südwesten. 85 Stimmen gingen an Gerhard Schröder. Die Wahl Heinemanns, wenn auch erst im dritten Wahlgang und nur mit relativer Mehrheit, war damit programmiert. Kurt Georg Kiesinger beklagte Jahre später, daß er damals nicht so weit gegangen sei, in den eigenen Reihen mit seinem Rücktritt zu drohen, um Weizsäcker durchzubringen.

# JE SCHNELLER IHRE SENDUNG GEBRAUCHT WIRD, DESTO MEHR SPRICHT FÜR DEN IC-KURIERDIENST.



Liebe Welt-Leser! Daß Sie diese Anzeige betrachten können, haben die Werbeleute dem IC-Kurierdienst zu verdanken. Denn wieder einmal hat er in letzter Sekunde etwas möglich gemacht. Nämlich die Reinzeichnung der Anzeige „Reinzeichnung“ gerade noch rechtzeitig vor Druckunterlagenschluß zum Verlag zu bringen. Wie so etwas Superschnelles im einzelnen funktioniert, entnehmen Sie der Einfachheit halber bitte dem obigen Begleittext zu dem abgebildeten IC-Kurierdienstpäckchen. An dieser Stelle ist

nur noch darauf hinzuweisen, daß der IC-Kurierdienst nicht nur Werbeagenturen, Filmfirmen und Verlage von starkem Zeitdruck befreit. Auch dringend benötigte Ersatzteile, lebensnotwendige Medikamente, brandeilige Akten, aber auch gerade noch rechtzeitige Geburtstags-geschenke bringt er schnell an dankbare Empfänger. Weitere Informationen: IC-Kurierdienst, Postfach 1609, 6500 Mainz 1.

**Die Bahn**



## „Es wird keine innerdeutsche Eiszeit geben“

hrk. Berlin

Die Bundesregierung macht Garantien für neue Milliardenkredite an die „DDR“ vom kompletten Abbau der Todesautomaten an der innerdeutschen Grenze abhängig. „Im Moment sind erst zehn Prozent der Grenze von diesen schrecklichen Mordinstrumenten gesäubert“, berichtete der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig (CDU) vor dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ im Berliner Reichstagsgebäude. Im Hinblick auf Äußerungen des Staats- und Parteichefs Erich Honecker vor dem SED-Zentralkomitee meinte Hennig jedoch: „Sie belegen, daß es keine innerdeutsche Eiszeit geben wird.“

Der Unionspolitiker kündigte an, Bonn werde alsbald mit einer „Reihe neuer Detailvorschläge“ an Ost-Berlin herantreten. In die nach achtjähriger Pause wieder aufgenommenen Gespräche über ein Kulturabkommen, die im Januar fortgesetzt würden, sei die Bundesregierung mit einem „neuen Gesamtantrag“ hineingegangen.

## Anschlagserie gegen Rüstungsbetriebe?

ms. Bonn

Nach mehreren Anschlagversuchen in jüngster Zeit haben Sicherheitsfachleute des Bundesinnenministeriums mit Repräsentanten von Wirtschaftsunternehmen Konzepte zur Bekämpfung von Brand- und Sprengstoffanschlägen besprochen.

Ziel des Linksterrorismus ist es nach Erkenntnissen der Polizei offenbar, Anschläge gegen Unternehmen zu planen, die mit der Herstellung von Militärgütern zu tun haben. Zu dem mißglückten Sprengstoffanschlag am 20. November gegen die in Düsseldorf ansässige Firma Honeywell Bull hatte es in einem Bekenntnisbrief geheißen, dieser Konzern produziere die Elektronik für amerikanische Rüstungsgüter. Der Kreis der Täter – die Polizei spricht von „regionalen Anhängern der RAF“ – sollen am selben Tag auch den Anschlag gegen das Landeskriminalamt in Düsseldorf verübt haben. Zu der Verbrechenserie rechnet die Polizei auch eine Reihe von Brandattentaten gegen Baufahrzeuge einer Firma, die für Gorleben arbeitet, und den Versuch eines Sprengstoffanschlags auf eine Stromleitung in Dannenberg.

## In SED-Führung deuten sich Veränderungen an

Krenz neuer ZK-Sekretär / Erkrankung von Paul Verner?

HANS-R. KARUTZ, Berlin  
In Ost-Berlin kursieren ernstzunehmende Gerüchte über eine schwere Erkrankung des nach Erich Honecker wichtigsten Mannes der „DDR“, Sicherheitschef Paul Verner (72), nur ein Jahr älter als Honecker, soll aus Krankheitsgründen angeblich aus dem Politbüro ausscheiden. Inzwischen wählte das SED-Zentralkomitee nach Angabe der Parteizeitung „Neues Deutschland“ den engen Honecker-Vertrauten und Chef der 2,3 Millionen FDJ'ler, Egon Krenz, zum ZK-Sekretär.

Das Blatt teilte in seiner Wochenendausgabe allerdings nicht mit, welches Ressort der 46jährige Krenz übernimmt. Seine Aufnahme in den engsten Führungskreis der SED signalisiert jedoch in jedem Falle wichtige Personal-Veränderungen im ZK-Sekretariat. Dort amtiert bisher Verner als Stellvertreter Honeckers.

Mit Paul Verner – der noch am 9. November neben Honecker an der Luther-Feier in der Ostberliner Staatsoper teilnahm – scheidet der für die innere Sicherheit und das Verhältnis der SED zu den Kirchen verantwortliche Spitzenfunktionär aus der SED-Führung aus. Erste Hinweise auf bevorstehende Änderungen im SED-Politbüro waren in der vergangenen Woche gezielt aus höheren Funktionskreisen in Ost-Berlin gegenüber westlichen Gesprächspartnern gestreut worden. Auch die Bundesregierung erhielt auf diese Weise von möglichen Veränderungen in der „DDR“-Spitze Kenntnis.

### Ungünstiger Zeitpunkt

Eine aus Krankheitsgründen notwendige Entbindung Verners von seinem Posten käme für Honecker zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Die sinkende Stimmungslage in der „DDR“-Bevölkerung angesichts westlicher und östlicher Raketenstationierung, der enorme Zulauf zu kirchlichen Veranstaltungen während der „Friedensdekade“ und eine zunehmende Aussteiger-Mentalität in der „DDR“-Jugend führen aus Sicht der SED zu wachsenden Sicherheitsproblemen. Den „Falken“ Paul Verner jedoch angesichts dieser sensiblen innenpolitischen Lage zu ersetzen, kann Honeckers Interessen nicht entsprechen. Nach Berichten aus Ost-Berlin soll als möglicher Verner-Nachfolger der Erste Staatssekretär

der SED-Bezirksleitung in Ost-Berlin, Konrad Naumann, im Gespräch sein. Er gilt als ausgesprochen „Hard-liner“.

Mit seiner Ernennung zum ZK-Sekretär tritt der von Honecker seit Jahren in seiner Partei- und Staatskarriere sichtbar geförderte Ex-Lehrer Egon Krenz aus Pommern (Kolberg) in den Kreis der wichtigsten Partei-Manager. Dem Sekretariat gehören beispielsweise mit Günter Mittag (Wirtschaft), Kurt Hager (Kultur), Hermann Axen (Internationale Verbindungen) und Joachim Herrmann (Agitation und Propaganda) führende Politiker der „DDR“ an.

### Offenes Blauhemd

Krenz – sein „Erkennungszeichen“ ist in der Regel der offene Blauhemdkragen der FDJ – gehört bereits seit 1976 als Kandidat dem SED-Politbüro an. 1981 rückte er in den Staatsrat auf. Für Honecker organisierte er in diesem Sommer die FDJ-Kampagne „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen“, an der sich Millionen junger „DDR“-Bürger beteiligen mußten. Krenz brachte auf Ostberliner Seite auch den deutsch-deutschen Jugendaustausch in Gang, an dem aus der „DDR“ bislang fast nur ausgewählte FDJ-Kader teilnehmen durften. Der FDJ-Chef war auch federführend daran beteiligt, das westliche „DDR“-Jugendidol Udo Lindenberg für ein „Friedenskonzert“ in den Ostberliner „Palast der Republik“ zu verpflichten und ihn damit der offiziellen Propaganda dienstbar zu machen.

Bei dieser Gelegenheit ergriff Krenz vor 4000 FDJ'ern auch das Wort und legte die „DDR“-Jugend schon vor der NATO-Doppelbeschluss-Debatte im Bundestag ungefragt fest: „Die Jugend der DDR hält alles für richtig und wird dahinterstehen, was die Sowjetunion, was die DDR, was die Warschauer Vertragsstaaten für die Sicherung des Friedens für notwendig halten.“

In Ost-Berlin vermuten Insider, daß Egon Krenz alsbald die Führung der FDJ abgibt und sich im ZK-Sekretariat weiter zu einem der wichtigsten Mitarbeiter Honeckers entwickelt. Vermutlich fällt ihm die Aufgabe zu, verstärkten Einfluß auf die Ideologisierung der Jugend zu nehmen und dem „DDR“-Nachwuchs gleichzeitig mehr Abwechslung im Arbeitsalltag zu bieten.

## Höffner warnt vor einem Bruch der Gesetze

KNA, Köln

Ziviler Ungehorsam, wie er von der „Friedensbewegung“ propagiert wird, ist für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, ein „sehr schillernder Begriff“. Wenn darunter die Verletzung von Gesetzen verstanden werde, so sei dieser Ungehorsam kein friedlicher Akt, betont Höffner in der Zeitschrift „Christ und Bildung“.

Es gebe in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend Möglichkeiten, die Meinung frei zu äußern und für die eigene Überzeugung zu werben, ohne mit dem Gesetz in Konflikt geraten zu müssen.

Höffner gibt zu bedenken, daß die DKP und auch ihre Jugendorganisation SDAJ eine „pazifistische“ Haltung einnehmen. Demgegenüber seien in dem offiziellen „Lehrbuch für die Ausbildung an den Universitäten, Hochschulen und Fachschulen der DDR“ zum wissenschaftlichen Kommunismus folgende Sätze zu finden: „Die Geschichte lehrt, daß der bloße Wunsch nach Frieden, das passive Verhalten gegenüber aggressiven Kräften oder die pazifistische Ablehnung jeder Armee und jeder Waffe Kriege nicht verhindern, sondern der aktiven Friedenssicherung entgegenwirken.“ Es gehe nicht darum, so Höffner weiter, ein „Feindbild“ aufzubauen, sondern nüchtern die Aussagen des Marxismus-Leninismus zur Kenntnis zu nehmen. „Dabei muß klar sein, daß kein Volk schlecht ist, daß man kein Volk mit einer Ideologie identifizieren kann, aber es bleibt die Tatsache, daß sich eine Ideologie, die ein Menschenbild hat, das nicht von der Würde und der Freiheit der Person bestimmt ist, mit einer gewaltigen Militärmacht paart.“ Dies sei das Gefährliche am derzeitigen Zustand.

Zwischen katholischen und kommunistischen Gruppen darf es nach den Worten Höffners keine Zusammenarbeit geben, was nicht bedeute, daß Gespräche ausgeschlossen seien. Allerdings seien die Ausgangspositionen zu gegensätzlich, um in der Frage des Friedens kooperieren zu können. Eine wichtige Voraussetzung für den Frieden sei, so bekräftigt Höffner, die Verwirklichung der Menschenrechte, die überall dort, wo der Marxismus-Leninismus zum politischen System geworden sei, mißachtet würden.

## Handlos will auch im Norden Stimmen holen

Neue Partei „Die Republikaner“ in München gegründet

PETER SCHMALZ, München

Rauten sind in Bayern gewöhnlich weiß und blau, bilden das Herzstück des bayerischen Wappens und wurden als blaues Einzelstück zum Wertsymbol der CSU. Als sich die einstigen CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt gestern vormittag mit dem Publizisten Franz Schönhuber im Ballsaal des Münchner Hilton-Hotels einfanden und vor 700 Zuhörern die Gründung der jüngsten deutschen Partei, „Die Republikaner“, bekanntgaben, waren wieder Rauten mit von der Partie: Gleich drei von ihnen schmückten die Wand hinter dem Vorstandstisch. Aber sie waren nicht bemalt mit den Farben der Bayern, sondern mit denen der Deutschen: schwarz, rot, gold. Und womit die Verpackung symbolisiert, was die Gründer fühlen. Wie etwa Schönhuber, der auf dem ersten Republikaner-Kongreß gestern bekannte: „Ich halte mich für einen Deutschen vom Stamme der Bayern.“

Aus Bayern kommt die zumindest vorläufige Spitze der Jungpartei: Aus Niederbayern Handlos, der einstimmig zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, aus dem Allgäu Voigt und aus Oberbayern Schönhuber, die zu den Stellvertretern gekürt wurden. Und Voigt darf sich nun auch noch kommissarischer Landesvorsitzender in Bayern nennen. Andere wichtige Positionen sollen „Nordlichtern“ reserviert bleiben, denn die „Republikaner“ fühlen sich als die Kraft, die nicht nur das Land südlich der Mainlinie aus den Fängen des Franz Josef Strauß befreien kann, sondern die allen Deutschen die wahre Wende bringen wird, nämlich „die Offensive der Erneuerung“, wie Voigt selbstbewußt verkündete: „Nicht Reform, sondern Reformation.“

### „Fackel der Hoffnung“

Zumindest an der Kraft der Worte zeigt sich der Ex-CSU-Mann und Wehrpolitiker Voigt mächtiger als seine Mitstreiter. Natürlich sind die Republikaner gegen Worthülse in der Politik, sagte er, um sie sogleich schockweise zu liefern, wobei manchmal der Eindruck entstand, man habe ähnliches bereits vor längerer Zeit einmal gehört. „Wir sind die Fackel der Hoffnung“, dröhnte es über die Saalaußsprecher. „Wir Re-

publikaner wollen dieses Land in eine optimistische Zukunft führen und wir können dies auch, weil wir wissen, wir können uns aufeinander verlassen.“ Wobei der Redner zu erwähnen vergaß, ob er damit die Verlässlichkeit der noch unbekannten künftigen Mitstreiter meinte oder die der bekannten Führungstrioika, die Handlos die drei Musketiere nannte. Sei's drum, sie sind auf jeden Fall Freunde, sagte Schönhuber, der die Rolle der neuen Partei mit Sitz in Bonn ein wenig bescheidener als sein Freund Voigt umschrieb als die der „Wahlbeißers“.

### „Weder links noch rechts“

Was sie wollen, steht auf den 49 Seiten des Grundsatzprogramms: Ein Sammelsurium von Forderungen, die wild durch die verschiedenen Ideologien springen, in der Mehrzahl aber rechts der Mitte zu finden sind. Ins gängige Polit-Schema will sich Handlos ohnehin nicht einordnen lassen und antwortete auf die Frage nach dem Standort: „Wir sind weder links noch rechts der CSU, wir sind auf dem Weg nach oben.“

Und der ist gefüllt mit gefälligen Programmpunkten: Ein Bürgerbeauftragter soll „die Macht organisierter Interessen begrenzen“, der Bundespräsident soll vom Volk gewählt werden, Tierversuche müssen eingeschränkt und die Wälder durch ein „Großaufforstungsvorhaben unter Einsatz von Arbeitslosen“ gerettet werden. Die deutsche Teilung soll durch einen Dreistufenplan und einen Deutschen Bund nach dem Muster von 1815 überwunden werden, der Jugend soll ein Solidaritätstrag durch einjährigen Dienst in einem Jugendcorps abverlangt werden.

Für all das wird der Wähler aber noch lange kein Kreuz auf den Stimmscheitern malen dürfen, denn Handlos will erst bei der bayerischen Landtagswahl 1986 zu einem Probeauftritt starten und – falls er hierbei die Fünf-Prozent-Marke überschreitet, wovon er „zuletzt überzeugt ist“ – zur Bundestagswahl 1987 bundesweit antreten. Damit man dann überhaupt noch von den „Republikanern“ spricht, wünschen sie schon jetzt Franz Josef Strauß ein langes politisches Leben, denn „Herr Strauß wird weiter jede Dummheit machen und damit der neuen Partei in die Hände arbeiten“, hofft Handlos.

## Protest gegen Schießausbildung an „DDR“-Schulen

epd, Halle

Vertreter der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland erneuerten ihre Kritik daran, daß in der „DDR“ das schulische und berufliche Fortkommen Jugendlicher von ihrer Bereitschaft zur Schießausbildung abhängig gemacht werde. Die Situation christlicher Jugendlicher, die dazu nicht bereit sind, wurde bei der in Halle tagenden Synode der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen öffentlich diskutiert. Dabei beklagten mehrere Sprecher, daß die Entscheidung von Schülern, an der vormilitärischen Schießausbildung nicht teilzunehmen, immer wieder zu Schwierigkeiten bis hin zum Schulverweis führe.

Mitglieder der Synode wiederholten die Forderung nach einer zivilen Alternative zum Wehrdienst in der „DDR“. Armea-Bischof Christoph Demke (Magdeburg) sagte, die Kirche müsse dem Staat gegenüber immer wieder den Verfassungsgrundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit geltend machen. Wer einen Lehrvertrag zur Berufsausbildung mit Abitur abschließt, muß sich ausdrücklich zur Teilnahme an der Schießausbildung verpflichten.

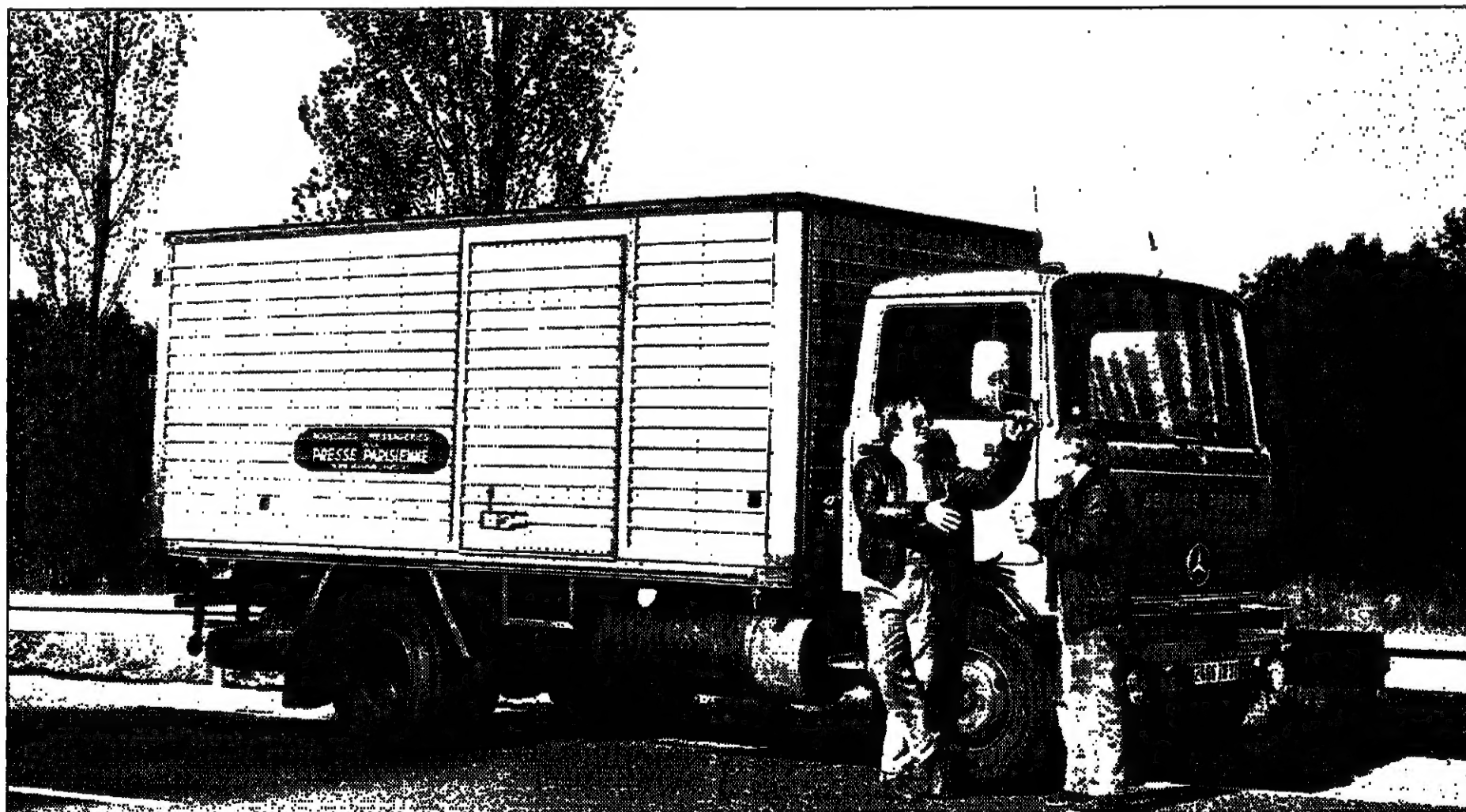
## Gesetzentwurf zur Vermögensbildung

dpa, Bonn

Das Bundeskabinett wird Mitte Dezember einen Gesetzentwurf zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer verabschieden, um ihre Beteiligung am Produktivkapital der Unternehmen zu erhöhen. Dies kündigte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in einem Interview mit Radio Luxemburg (RTL) an. Voraussetzung dafür sei, sagte Blüm, daß die Tarifpartner die Beteiligung am Produktivkapital in die Tarifpolitik einführen. In Zukunft sollten staatliche Prämien für jährliche Sparleistungen von 936 Mark gezahlt werden. Bisher sind es 524 Mark im Jahr. Von der jetzigen Regelung sei nur ein Prozent in das Produktivkapital geflossen.

DIE WELT (Jahres 800-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 300.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

## «Merci, Mercedes.»



M. Jean Fremont, Paris: «Mir hat man schon oft gesagt, es wäre außergewöhnlich, einem Nutzfahrzeug im Verteilerverkehr über hunderttausend Kilometer im Jahr zuzumuten. Nun, ich halte dies für selbstverständlich. Und mein Lkw wohl auch. Denn er hat mich in all den Jahren nicht ein einziges Mal

im Stich gelassen. Als ich hörte, daß nicht wenige Mercedes ohne nennenswerte Reparaturen Kilometer-Millionäre wurden, da habe ich mir gesagt: Jean, so einen tüchtigen Partner brauchst du auch in deinem Unternehmen. Leistungsstark und wirtschaftlich muß er sein. Robust und zuverlässig.

Und das ist er auch – mon ami Mercedes.»

In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Zentrale Gebrauchtwagenvermittlung. 2. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 3. Kurze Wege zum Kundendienst.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Viele na  
en in Deu  
press Fil  
sch Ihren



## Amerikaner warnen vor Stimmungsumschwung

Konferenz im Aspen-Institut über zukünftige Beziehungen

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin Die Aktualität des Themas und die Brisanz der Probleme, die im Berliner Aspen-Institut wenige Tage nach der Entscheidung des Bonner Parlaments über die Aufstellung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zur Diskussion gestellt wurde, war unüberhörbar. Das Haus auf Schwannwerder hatte zu einer Konferenz über die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen eingeladen.

Deutsche und Amerikaner, Politiker, Diplomaten, Publizisten und Schriftsteller, darunter der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker, der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Hans Otto Brütigam, und der Schriftsteller Günter Grass waren der Einladung von Shepard Stone gefolgt. Die Frage der zukünftigen deutsch-amerikanischen Beziehungen erhielt in den Gesprächen auf Schwannwerder zusätzliches Gewicht, angesichts der Ankündigung des außenpolitischen Konsens zwischen den beiden großen politischen Parteien im Bereich der Sicherheitspolitik durch das Nein der Sozialdemokraten zur Raketenstationierung.

Eine Mehrheit für die Nachrüstung bei einem Scheitern der Genfer INF-Verhandlungen habe es schon lange vor dem Kölner SPD-Parteitag bei den deutschen Sozialdemokraten nicht mehr gegeben, erklärte eine Tagungsteilnehmerin, die SPD-Mitglied ist und die Stationierung befürwortet. Das Nein der SPD sei vorprogrammiert gewesen, weil in der Stationierungsdebatte von vornherein bei den Sozialdemokraten die Frage nach den sowjetischen Absichten mit der forcierten Aufstellung von SS-20-Raketen ausgeklammert worden sei. Statt dessen habe sich vor allem die jüngere sozialdemokratische Generation ausschließlich mit den Vereinigten Staaten und der Reagan-Administration befähigt, der vorgeworfen worden sei, sie strebe mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion an.

**Wirkungsvolle Heuchelei** Diese Einstellung wurde auf der Tagung durch die Bemerkung eines der SPD zugehörigen Schriftstellers deutlich, der den amerikanischen Präsidenten Reagan als ein „weltweites Sicherheitsrisiko“ bezeichnete. Die hochpolitische Frage, ob die massive Kritik der Nachrüstungsgegner und der Friedensbewegung an den USA nicht Ausdruck einer antiamerikanischen Haltung sei, versuchte er mit dem Hinweis zu „privatisieren“, er habe zahlreiche amerikanische Freunde. Es sei deshalb Unsin, von Antiamerikanismus zu sprechen.

Gleichwohl stand die Frage unbeantwortet im Raum, ob sich mit dem massenhaften Zulauf vor allem Jugendlicher zur „Friedensbewegung“ nicht ein Bewusstseinswandel und neue Wertvorstellungen im Hinblick auf die Einschätzung der Bedeutung des atlantischen Bündnisses vollzieht. Daß zu den Wertvorstellungen des westlichen Bündnisses ein „Friede in Freiheit“ gehört, wurde von einem Nachrüstungsgegner als „wirkungsvolle Heuchelei“ bezeichnet.

Im übrigen sei die Bundesrepublik nach wie vor ein „besetztes Land“.

Diese Behauptung wurde freilich von dem größten Teil der Gesprächsrunde entschieden zurückgewiesen. Ein deutscher Sozialdemokrat wies darauf hin, daß die Auffassung, die Bundesrepublik sei ein „besetztes Land“, keineswegs repräsentativ für den größten Teil der deutschen Bevölkerung sei. Im übrigen sei es unlogisch, die amerikanischen Soldaten als Besatzungstruppen zu bezeichnen und zugleich von ihnen zu erwarten, daß sie als Schutzmacht für die Sicherheit der Bundesrepublik zu sorgen hätten. Er sei absolut davon überzeugt, daß die amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik abziehen würden, wenn die deutsche Bevölkerung ihre Anwesenheit nicht wünsche. Vielen in der Bundesrepublik sei offensichtlich nicht bewußt, daß die Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalitionsregierung nur im Schutze des atlantischen Bündnisses möglich gewesen sei.

### Wandel in Moskau

In diesem Zusammenhang wurde sowohl von deutschen als auch von amerikanischen Gesprächsteilnehmern hervorgehoben, daß das Ende der Entspannungspolitik mit Wandel der sowjetischen Außenpolitik zu tun habe. In Moskau habe das Militär an Einfluß gewonnen. Die Reagan-Administration habe sich durchaus in den traditionellen Bahnen amerikanischer Außenpolitik bewegt, wurde von amerikanischer Seite hervorgehoben.

Mit Sorge wurde von den Amerikanern die wachsende Provinzialisierung des politischen Denkens vor allem in der „Friedensbewegung“ und bei den Nachrüstungsgegnern registriert. Der Versuch, sich vom weltpolitischen Geschehen abzumachen, wofür die Amerikaner auf der Tagung einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht erhielten, sei bedenklich und nicht ohne Gefahren. Es sei engstirnig zu glauben, daß Europas Sicherheit allein auf europäischem Boden verteidigt werde.

Die Arbeitsteilung innerhalb des westlichen Bündnisses könne nicht darin bestehen, daß die Amerikaner an allen weltweiten Konfliktzonen die Feuerwehr zu spielen hätten und dafür auch noch von den europäischen Bündnispartnern beschimpft würden, während die Deutschen sich ihrer Mitverantwortung für die Sicherheit der westlichen Allianz zu entziehen versuchten.

Die Amerikaner betonten zwar das vitale Interesse, das die Vereinigten Staaten nach wie vor an der Bundesrepublik haben; sie wiesen jedoch nach Nachdruck darauf hin, daß die zunehmende Amerikafeindlichkeit, die sich in der „Friedensbewegung“ manifestiere, zu einem Stimmungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit mit schwerwiegenden Folgen für die Bundesrepublik und Berlin führen könne. Wenn die Amerikafeindlichkeit anhalte und sich noch verstärke, könne sich für die Amerikaner ernsthaft die Frage stellen, in welchem Umfang ihre Truppenpräsenz in Deutschland noch aufrechterhalten sei.

## Kollek: Israel sollte jetzt mit den Palästinensern reden

WELT-Interview mit dem Bürgermeister von Jerusalem / „Zeit für Kanzler-Besuch“

BERNT CONRAD, Bonn Der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, hat sich in einem Interview der WELT für Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern, möglicherweise unter Einwirkung der Jordanier, zur Lösung umstrittener Zukunftsprobleme eingesetzt. „Wenn wir das jetzt nicht tun, werden wir eine Gelegenheit vorbegehen lassen, die wertvoll ist. Das wäre ein großer Schaden“, sagte Kollek während eines Besuches in Bonn.

Damit antwortete der Zweundsiebzigjährige – der noch ebenso vital und einflussreich wirkt wie vor fast zwei Jahrzehnten, als er an die Spitze Jerusalems rückte – auf die Frage der WELT, welche Folgen die Entmachtung des PLO-Chefs Arafat für Israel haben könnte. „Ich habe nie geglaubt, daß die PLO wirklich die Palästinenser vertritt“, meinte Kollek. „Aber ob die PLO nun existiert oder nicht – das palästinensische Problem existiert. Nehmen wir an, die PLO würde ganz verschwinden; die Frage der Palästinenser würde nicht verschwinden.“

Der gebürtige Wiener, der schon 1934 als Dreizehnjähriger ins damalige Palästina gekommen war, lenkte seinen Blick zurück: „Im Laufe der Jahre haben die Palästinenser, die früher vielleicht keine Identität hatten, eine Identität gewonnen. Vielleicht war es ein Resultat des Zionismus, eine Kopie des Zionismus. Vielleicht war es ein Resultat der vielen Kämpfe. Die Palästinenser vor 20 Jahren haben sich sicherlich nicht als Palästinenser gesehen, sondern als Araber. Aber es ist keine Frage, daß sie während der letzten 20 Jahre Palästinenser geworden sind.“

Nachdenklich fügte Kollek hinzu: „Sie sind eine Nation, die ihre Probleme, ihre Rechte hat. Und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Mit der PLO haben wir uns so einander setzen können, denn wir können, wir wollen nicht mit Mördern sprechen. Aber ich bin davon überzeugt, daß in der jetzigen Situation, daß die geschwächte PLO praktisch nicht mehr darauf bestehen kann, daß sie die einzige Vertretung der Palästinenser sei, die Zeit gekommen ist oder in der nächsten Zukunft kommen wird, daß man sich mit den Palästinensern allein oder gemeinsam mit den Jordanern zusammensetzen muß, um Lösungen zu finden.“

Aber wird der jordanische König Hussein bereit sein, sich daran zu beteiligen? Kollek: „So hoffe ich. Auf lange Sicht jedenfalls muß es zum Frieden zwischen uns und den Arabern kommen.“

Der Jerusalemer Bürgermeister, der einst Kibbuzim, Waffentücher für den jüdischen Widerstand und später israelischer Botschafter in den USA war, weiß, wovon er spricht. Denn er leitet eine Stadtverwaltung, die sich für Juden und Araber gleichermaßen verantwortlich fühlt. Als wir ihn vor Jahren in der israelischen Hauptstadt besuchten, standen die Türen seines Arbeitszimmers und seines Vorzimmers weit offen – nirgendwo war eine Wache zu sehen. Hat sich das inzwischen angesichts der verschärften Sicherheitslage geändert?

Kollek: „Nein, das ist immer noch so. Warum sollte ich Angst haben? Meine arabischen Freunde, die mit uns große politische Diskussionen führen, sagen: Was auch immer unsere Streitpunkte sind – es ist hier sicherer als in Beirut, Damaskus oder in Tripolis bei Khadafi. Es gibt keine arabische Hauptstadt, in der man so frei reden kann. Es kommen immer Leute, auch Araber, die sich nicht ganz wohl fühlen und darum bitten, in Jerusalem leben zu dürfen.“

WELT: „Erkennen die Araber in Jerusalem denn an, daß Sie auch ihr Bürgermeister sind?“

Kollek: „Das ist ein bißchen kompliziert. 13 000 Araber sind vor einem Monat zur Kommunalwahl in Jerusalem gekommen. Es waren 30 Prozent der wahlberechtigten Männer. Immerhin hatte es Boykottaufrufe über



Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem. FOTO: NICO NAGEL

die Grenze hinweg gegeben. Man hat gesagt: „Geht nicht wählen; das wäre Anerkennung.“ Trotzdem sind 13 000 Leute wählen gekommen, darunter 3000 Frauen. Vor fünf Jahren hatten wir nur 100 Frauen dabei.“

WELT: „Warum kamen diesmal mehr Frauen?“

Kollek: „Das ist ganz interessant. Denn wir haben uns sehr um Erwachsenenbildung bemüht und den arabischen Müttern geholfen, die ebenso wie ihre Kinder lesen und schreiben lernen wollten. Man hat mit 300 Frauen begonnen, und wir haben heute 2000 arabische Frauen in Kursen nachmittags, meistens in denselben Schulen, in die ihre Töchter gehen, arabische Schulen. Und von den Frauen, die noch lernen oder schon gelernt haben, sind 3000 zum Wählen gekommen.“

WELT: „Würden die Araber in Jerusalem, wenn sie wirklich frei und unbeflüßelt entscheiden könnten, nach Ihrer Ansicht die Stadt wieder teilen wollen, oder würden sie an der Einheit Jerusalems festhalten?“

Kollek: „Ich glaube schon, sie würden an der Einheit festhalten. Und sie würden versuchen, in dieser Einheit irgendeine unabhängige Leitung zu haben. Es gibt, glaube ich, keinen Araber in Jerusalem, der sagen würde, daß er die Mauer wieder haben will.“

WELT: „Ist das so wegen der wirtschaftlichen Vorteile für die Araber?“

Kollek: „Gewiß, sie haben wirtschaftliche Vorteile. Aber nicht nur das – es war schwer, mit der Mauer zu leben. Jerusalem ist heute eine Weltstadt. Jeder kommt her, im Januar auch Bundeskanzler Kohl. Und die führende arabische Schicht in Jerusalem ist wahrscheinlich die bestgeschulte, die besterzogene in der ganzen arabischen Welt. Es ist etwas anderes für sie, in einem Dorf zu wohnen, das abgeschnitten ist, mit Amman, das sie nicht besonders schätzen, weil das den Beduinen gehört, als Hauptstadt – oder in einer Stadt Jerusalem, wo sie von jedem gesucht werden, der sich für Politik interessiert. Jeder trifft sich mit ihnen, spricht mit ihnen. Es gibt keine Beschränkungen.“

Kollek, der immer noch Deutsch mit unverkennbar wienerischem Akzent spricht, hatte sich fast in Rage geredet. Alles, was Jerusalem, Israel und Araber betrifft, ist für ihn eine Herzenssache. Darum beurteilt er auch den längst fälligen Kanzlerbesuch in der israelischen Hauptstadt mit persönlichem Engagement: „Sehen Sie, mich hat es immer bedrückt, daß Herr Schmidt nicht gekommen ist. Ich glaube, Schmidt war stets ein Freund Israels. Er ist nicht gekommen wegen Begin. Nun habe ich nie für Begin gestimmt. Aber ich glaube nicht, daß Beziehungen zwischen Staaten darauf aufgebaut werden können, daß man die eine oder andere Partei oder Person nicht anerkennt. Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß endlich wieder ein deutscher Bundeskanzler Israel einen Besuch abstattet.“

WELT: „Helmut Kohl ist in den arabischen Ländern, die er kürzlich besucht hat, immer wieder gedrängt worden, die Deutschen sollte eine größere politische Rolle im Nahen Osten spielen. Was halten Sie davon?“

Kollek: „Ich persönlich freue mich über jeden, der guten Willens ist und eine größere Rolle spielen will. Und ich glaube, daß die Deutschen mit ihrer Freundschaft gegenüber Israel im Nahen Osten sicher eine wichtige Rolle spielen.“

WELT: „Befürchten Sie, daß die gegenwärtige kritische Zuspitzung im Nachbarland Libanon zu einer akuten Kriegsgefahr für Israel führen könnte?“

Kollek: „Die Entwicklungen im Nahen Osten sind unberechenbar. Aber ich glaube nicht, daß es im Interesse der Syrer oder der Russen liegt, einen Krieg zu beginnen. Und wir werden ihn sicher nicht beginnen.“

WELT: „Was könnte Israel tun, um zu einer Stabilisierung der Lage beizutragen?“

Kollek: „Zum Beispiel das, was wir gerade eben getan haben: 5000 Palästinenser gegen sechs Israelis austauschen. Und wir sind froh, daß wir diese 5000 nicht mehr halten müssen, daß sie zu ihren Familien zurückkehren können. Vielleicht werden ein paar hundert von denen wieder für oder gegen Arafat oder gegen uns kämpfen. Aber uns sind unsere Israelis, die in Gefangenschaft gerieten, unerhört teuer, die Familien teuer. Wir haben andere Beziehungen zum einzelnen Individuum.“

## Syriens Machtzuwachs erhöht die Kriegsgefahr

Szenarios wie vor einem Waffengang / Was ist mit Assad?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn Der Nahe Osten zeigt Anzeichen geheimer Erregung. Dem Massaker an den Marines und Paras am 23. Oktober folgte das Attentat von Tyros, gleichen Typs wie die Kamikaze-Kommandos in Beirut. Vergeltung und weitere Schüsse aus dem Dunkel des schlitischen Fanatismus und syrisch-palästinensischer Terror setzten die Reihe fort. Es ist schwierig, den Zeitpunkt für den Beginn der neuen Eskalation auszumachen. Es ist die Summe der militärischen und politischen Handlungen in kurzer Zeit, die die Krisenstäbe in den Kanzleien der beteiligten Mächte aktiviert und wie immer in solchen Situationen auch Spekulationen hervorbringt.

Die Aktionen der Westmächte sind in dieser Lage wie Schläge mit einem kleinen Knüttel. Sie verhindern vorerst die Ausweitung des Brandes, sie löschen nicht. Der französische Einsatz bei Baalbek gleicht einem Ausfall von der sicheren schwimmenden Festung des Trägers Clemenceau. Auch den israelischen Schlägen fehlt die Wucht einer gewonnenen Schlacht. Der Westen weicht aus, nicht zurück; der Schatten einer nahenden Entscheidung aber senkt sich über Land und Region.

Es ist der Schatten des Syrischen Assad. Auch er weicht der offenen Feldschlacht aus. Aber im Norden Libanons domestiziert er die Reste der halbwegs autonomen PLO, im zentral-libanesischen Bergland massiert er Hilfstruppen und Munition. Mit ständigem Artilleriebeschuss auf die Wohnviertel Beiruts, Schulen und Krankenhäuser inbegriffen, setzt er die libanesischen Regierung unter Druck. Sie soll das Abkommen mit Israel annullieren, in ihren eigenen „Anschluß“ in den großsyrischen Lebensraum einwilligen.

Der Machtzuwachs des syrischen Diktators hat zwar noch nicht den militärischen, aber längst den politischen Rubikon überschritten. Er ist seit dem Krieg im Schuf, den sein Vasall Dschumblad dank der syrischen Hilfe für sich entscheiden konnte, und seit der Schlacht um Tripoli, die seine PLO-Söldner für ihn und mit seinen Panzern bestreiten, auch für die Sowjets unkontrollierbar geworden. „Kümmert euch nicht um die roten Linien, von denen Amerikaner und Israelis sprechen“, sagte er 1976 zu einer Delegation Libanonesen, solche Linien gebe es nicht, jedenfalls sehe ich sie nicht. Wahrscheinlich bewegen sie sich, oder werden hin- und hergetragen.“

Die Grenzen der militärischen Konfrontation sind heute in der Tat fließend. Die Stellvertreter, seien es schlitische Fanatiker, Drusen oder Palästinenser, können sie nahezu nach Belieben überschreiten. Es wird für den Westen immer schwieriger, die Vorhut der Syrer und Sowjets zu stellen, ohne eine größere militärische Konfrontation heraufzubeschwören. Die Folge: Beiderseits werden Vorbereitungen getroffen, die dem Präjudiz eines begrenzten Waffengangs ähneln.

Das Szenario ist typisch. Vor der Küste Libanons massiert sich mittlerweile eine gewaltige Armada, auch London hat drei Kriegsschiffe an die Levante entsandt. Jerusalem und Washington rücken wieder enger zusammen. Heute wird der israelische

Premier Schamir von US-Präsident Reagan im Weißen Haus zum Schluß erwartete. Seit Anfang November nennt man das wieder „strategische Kooperation“. Die USA befehlen außerdem Pläne für eine Kontingentierung der Ölfreserven vor, für den Fall, daß der Konflikt auf den Golf übergreift oder der zweite Brandherd, der irakisch-iranische Krieg, sich plötzlich gefährlich zuspitzen sollte. Auch dafür gibt es Anzeichen. Und auch in diesem Konflikt spielt Assad als Verbündeter der Mullahs eine wichtige Rolle. Die Achse Damaskus-Teheran wird in manchen Planspielen bereits als Terror-Paar bezeichnet. Die Ausbildung schlitischen Fanatiker aus Iran für Selbstmordkommandos gegen israelische Truppen und Verbände der westlichen Friedenstreuer in Beirut wird in Syrien und in syrisch besetzten Gebieten Libanons betrieben.

Auch Saudi-Arabien trifft Vorbereitungen. In größeren Tankern wird von der Straße von Hormuz Rohöl eingelagert. Damit will Riad seine

### DIE ANALYSE

Einnahmen auch im Kriegsfall sichern. Ägypten seinerseits probt mit britischen Verbänden die Landung am Golf, wie es manche Ernstfallpläne vorsehen. Libanesischen Delegationen reisen durch Europa, um die handlungsfähigen Westmächte zu einer Bekräftigung ihres Engagements zu bewegen. Denn, so sagte ein Delegationsleiter in Bonn, Elie Karamé (Nummer zwei der libanesischen Kataeb-Partei), „seit Beginn der Krise stand Libanon nie so hart bedrängt vor der Alternative: Unterwerfung unter die Syrer oder Zerfall und Tod.“

Das militärische Szenario stellt sich so dar: Weder Israel noch die Westmächte sind bereit, Bodentruppen in den Kampf zu schicken. Sie können die Luftüberlegenheit sichern, die sowjetischen Raketenbatterien auf den Höhenköpfen Libanons ausschalten, die syrischen Artilleriestellungen in den Bergen um Beirut zerstören. In das Vakuum vorstoßen jedoch muß die libanesischen Armee. Sie hat alle wehrfähigen Männer eingezogen, ihre Depots mit amerikanischen Lieferungen aufgefüllt, ihre Mobilität erhöht. Sie verfügt jetzt auch über einsatzbereite moderne Kampfabwehrkräfte.

Der Schlüssel für Krieg und Frieden liegt heute in der Hand Assads. Der Syrer gilt als Paradebeispiel des „Principe“ Machiavellis. Andere sehen in ihm den „Bismarck der Araber“. Er ist unbestritten die Hauptstütze Moskaus im Nahen Osten. Die Sowjetunion, die die kontrollierten Spannungen in der Region am Moskauer Mischpult koordiniert, muß aber befürchten, daß der Machtzuwachs des Partners die Kontrolle erschwert. Nur: Was soll werden, wenn die Gerüchte zutreffen, wonach Assad nicht an einer akuten Blinddarmentzündung erkrankt, sondern einem Attentat zum Opfer gefallen ist? Immer noch ist er im Krankenhaus, und 40 000 alawitische Elitesoldaten sind in Damaskus, Aleppo und Latakia mobilisiert worden. Und auch die zwei libanesischen Leibärzte Assads, deren Fachbereiche Herz- und Neurochirurgie sind, hat man eilends nach Damaskus gerufen.

# Deutschlands angesehene Visitenkarte im Geschäftsleben. Die American Express Firmenkarte: 0611/720016

Viele namhafte große und mittelständische Unternehmen in Deutschland setzen ihr Vertrauen in die American Express Firmenkarte. Vertrauen, das sich bezahlt macht. Auch Ihrem Unternehmen kann die American Express

Firmenkarte viele Vorteile bieten. Wir beraten Sie ganz individuell. Rufen Sie uns doch einfach an. Oder senden Sie den Coupon an American Express International, Inc., Karten-Organisation, Postfach 11 01 01, 6000 Frankfurt 11.

Die American Express Firmenkarte. Sie macht sich bezahlt für Ihr Unternehmen.





## Weltweites Interesse an deutschem BTX-Modell

Gespräch mit Bernhard Dorn, dem Projekt-Chef bei IBM

DW. Berlin Am 29. und 30. November veranstaltet der Computer-Riese IBM in Berlin einen Kongress zum Thema Bildschirmtext (BTX). Als Partner der Bundespost erstellt IBM-Deutschland ein umfangreiches komplexes Computer-Netz, das die gesamte Bundesrepublik Deutschland bereits Ende 1984 mit Anschlußmöglichkeiten für BTX versorgen soll. In der Kommunikationstechnik gibt es in der Welt nichts Vergleichbares. Bundespostminister Schwarz-Schilling hat dieses „Unternehmen BTX“ mit der Komplexität und Größe des „Apollo“-Raumfahrtprogramms verglichen. Nachdem sich der Start von BTX mit der neuen IBM-Technik verzögert hat – eigentlich sollte das System schon zur Funkausstellung in Berlin im September '83 fertig sein – sprach die WELT mit Bernhard Dorn, einem der Generalbevollmächtigten von IBM, dem Leiter des Direktionsbereichs Informationsprodukte und Dienstleistungen, verantwortlich für die Durchführung des Großprojektes BTX. Die Fragen stellte Jürgen Höfle.

Frage: Als neuen Start-Termin für das System Bildschirmtext wird der Mai '84 genannt. Wird dieser Termin eingehalten?

Dorn: Ja. Die Empfehlung unseres Hauses war tatsächlich, die Einführung zu verschieben, weil wir gemeinsam mit der Bundespost aus BTX ein noch größeres System entwickelt haben – sicher eine sehr weitgehende, technisch hochqualitative Lösung.

Um sicher zu sein, daß der Service, der Hunderttausenden und Millionen von Teilnehmern angeboten wird, eine ausreichende Stabilität hat, haben wir der Bundespost geraten, mit uns einen sogenannten „Live-Test“ durchzuführen, der jetzt im neuen Jahr beginnt.

Dieser „Live-Test“ hat den Sinn, daß man neben der von uns erstellten Zentral-Logik – also ein Computer-Netzwerk über drei Hierarchien – alles testet, was das BTX-System ausmacht. Dazu gehören die Verbindungen zu externen Rechnern und der neue EHKP-Übertragungsstandard. Übrigens auch eine Premiere in der Kommunikationstechnik. Alles in allem kann ich die Entwicklung von unserem Hause aus als sehr positiv bezeichnen. Es soll jetzt niemand den Drang haben, sich beim BTX-Start auf den 1. Mai, 20. Mai oder 5. Juni festzulegen. Wenn es in diesem Zeitrahmen klappt, ist das gut.

Frage: Viele Informationsanbieter, die Versandhäuser, unser Haus, haben schon während der Feldversuche recht intensiv in BTX investiert. Eine weitere Verteuerung durch eine erneute Startverschiebung würde auf wenig Verständnis in der Öffentlichkeit stoßen.

Dorn: Ich gebe Ihnen recht, daß die Startverzögerung so in der Öffentlichkeit ankam, als hätten wir oder die Post etwas nicht eingehalten. Aber BTX befindet sich eben nicht mehr in einem Versuchsstadium. Wir bieten einen Service nicht für eine begrenzte Anzahl von Leuten an, sondern eine Lösung, die erweiterbar ist, eigentlich unendlich erweiterbar. Es gibt keine Entschuldigung, wenn die Post sagt, statt zwei Millionen werden es vier Millionen Teilnehmer. Die

technische Lösung muß so sein, daß die Investition der Post – und auch der Anbieter – erhalten bleibt.

Frage: Postminister Schwarz-Schilling hat das Unternehmen BTX mit dem Apollo-Raumfahrt-Programm verglichen. Was sagen Sie zu diesem Vergleich?

Dorn: Ich glaube, der Minister wollte einfach die Komplexität, die wir hier realisiert haben, vergleichen mit Lösungen wie dieses Apollo-Programm. Ich kann das schon unterstreichen. Es werden erstmalig Computer vieler verschiedener Hersteller und unterschiedlicher Größe miteinander über ein Netzwerk verbunden. Das ist das Faszinierende an der Idee.

Frage: BTX ist also eine einmalige Premiere in der Kommunikationslandschaft.

Dorn: Richtig. Das kann man so sagen.

Frage: Teilen Sie die Meinung – trotz dieser von Ihnen erläuterten Entwicklung bei BTX – daß Deutschland auf dem Gebiet der Mikroelektronik weit hinter den Amerikanern und Japanern zurückliegt?

Dorn: Hinsichtlich der Produktion sehe ich, daß einige Firmen, die hier in Deutschland Computer vertreiben, ihre Chancen nur zum Teil genutzt haben. In den USA haben wir im Minimum einen zweijährigen Vorsprung in der Akzeptanz dieser Geräte und in der Nutzung, was natürlich auch damit zu tun hat, daß in den Schulen früher begonnen wurde, die jungen Menschen darauf vorzubereiten, daß diese Geräte ein interessanter Produktivitäts- und Verbesserungsfaktor der eigenen Arbeitswelt sind und eben nichts zu tun haben mit Menschensetzen und Arbeitsplatzverlust.

Frage: Verbesserung der Arbeitswelt durch rechtzeitiges Beschäftigen mit neuen Techniken: Wird das nicht auch von den Gewerkschaften falsch verstanden, indem sie die neuen Techniken verteuern anstatt zu sagen: Wir wollen die Leute so rechtzeitig mit diesen neuen Techniken konfrontieren, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht verlieren?

Dorn: Ja. Ich glaube, da liegt der Punkt. Es kommt darauf an, die Bereitschaft zu wecken, solche Dinge anzunehmen, aber man muß den Menschen auch die Furcht nehmen.

Frage: Man sagt in der Branche, IBM setzt bei der Entwicklung von BTX in Deutschland zu, hätte sich übernommen und würde Mühe haben, im Kostenrahmen zu bleiben.

Was sagen Sie dazu?

Dorn: Die Mitarbeiterzahl ist wechselnd in den einzelnen Phasen. Wir haben jetzt einen größeren Mitarbeiterstab als wir seinerzeit geplant hatten. Aber ich kann keinesfalls bestätigen, daß wir finanziell nicht zureichkommen. Wir sehen das Projekt auch als Einstieg in eine neue Technik und versprechen uns auch internationale zusätzliche Chancen.

Frage: Sie rechnen also mit Anschluß-Aufträgen aus dem Ausland?

Dorn: Das Interesse an dieser speziellen deutschen Bildschirmtext-Lösung ist international ganz enorm. Nur wir müssen jetzt erst einmal sehen, daß Bildschirmtext in Deutschland läuft. Danach denken wir daran, wie wir anderen helfen können.

## Fünf Regierungschefs fordern neue Impulse für die Einigung Europas

Kohl hält an der Paketlösung für den Gipfel fest / Sozialisten weiter im Zwiespalt

ULRICH LÜKE, Brüssel Besorgt über die Stagnation der Europäischen Gemeinschaft haben sich am Wochenende die Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien Europas gezeigt. Nach einem Treffen in Brüssel erklärte der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), der belgische Außenminister Leo Tindemans, für seine Parteiengruppierung gebe es keinen Zweifel an dem Willen, der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas treuzubleiben. Die in der EVP zusammengeschlossenen Parteien seien nicht bereit, eine Veränderung der Europäischen Gemeinschaft zu einer „bloßen Freihandelszone“ zu erörtern. „Wenn es verschiedene Mitglieder gäbe, die nicht an einer Weiterentwicklung der EG interessiert sind, dann müßten wir prüfen, wie die, die weiter für Europa eintreten, zu größerer Integration kommen könnten“, erklärte Tindemans.

Ob sich die Europäische Gemeinschaft künftig auf „zwei Geschwindigkeiten“ wird einstellen müssen, hängt nach Auffassung der christlich-demokratischen Parteivorsitzenden wesentlich vom Verlauf des Athener EG-Gipfels am kommenden Wochenende ab. Tindemans forderte im Namen der EVP von diesem Gipfel einen „Impuls für die politische Union Europas“. Die Wirtschafts- und Währungsunion müsse vollendet, eine echte europäische Außenpolitik geschaffen werden. Dazu zählte Tindemans auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, betonte jedoch,

der „europäische Pfeiler in der NATO“ werde sich nicht von den USA abkoppeln.

An dem eintägigen EVP-Treffen in Brüssel nahmen mit Helmut Kohl, Ruud Lubbers (Niederlande), Wilfried Martens (Belgien), Pierre Werner (Luxemburg) und Garret FitzGerald (Irland) fünf Regierungschefs aus Ländern der Gemeinschaft teil. Der Bundeskanzler bekräftigte in der Konferenz die deutsche Auffassung, an einer „Paketlösung“ in Athen festzuhalten. Die anstehenden Probleme (neue Finanzierung, Reform der Agrarpolitik, Ausbau neuer Politiken und Erweiterung der EG) könnten nur gemeinsam geregelt werden. Mit Hinweis auf die schwierigen Verhandlungen in Athen enthielt sich der Bundeskanzler jeglicher öffentlicher Äußerungen, um, wie er sagte, „Kompromisse nicht zu gefährden“. Der EVP-Vorsitzende Tindemans beurteilte die Erfolgsaussichten für Athen jedoch pessimistisch: Es gibt noch eine Chance, aber es wird sehr schwierig sein.

Einen Tag vor der Parteivorsitzendenkonferenz der EVP war in Brüssel eine zweite Sitzung des Vorstandes der Sozialistischen Internationalen unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Willy Brandt zu Ende gegangen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution appellierten die Mitgliedsparteien der SI an die Sowjetunion und an die USA, die Abrüstungsverhandlungen so früh wie möglich wieder aufzunehmen.

Die SI sprach sich für eine Zusammenlegung oder zumindest eine sehr

enge Koordinierung der Verhandlungen über interkontinentale und eurostrategische Atomwaffen aus. Endgültige Resultate in Abrüstungsverhandlungen seien zudem nur zu erreichen, wenn neben den USA und der Sowjetunion auch „andere Atom-mächte“ in die Gespräche einbezogen würden, heißt es in der Resolution, die auch von den französischen und italienischen Sozialisten mitgetragen wurde.

Dennoch zeigten die zweitägigen Verhandlungen von Brüssel, daß der Bruch zwischen den französischen und italienischen Sozialisten einerseits, die den Nachdrucksbeschluss stützen und den deutschen und den Sozialdemokraten aus Nordeuropa andererseits nicht zu überbrücken war. Ein Resolutionsentwurf der Niederländer, der die USA zum sofortigen Stationierungsstopp und die Sowjetunion zum Abbau ihrer SS 20 und zum Verzicht auf die Stationierung von SS 21, 22 und 23 aufforderte, wurde nur zu Protokoll gegeben. Die französischen, italienischen und portugiesischen Sozialisten verweigerten die Unterschrift unter diesem Text, während die Mehrheit der Mitgliedsparteien ihm zustimmte.

Der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Lionel Jospin, betonte auch in Brüssel die Notwendigkeit, das Gleichgewicht in Europa wieder herzustellen. Dagegen sprach der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nicht von Balance, sondern von einer Rüstungsspirale auf einem immer höheren Niveau, deren Ende nicht abzusehen sei.

## Papandreu scheut die Verantwortung

Streit zwischen Athen und Nikosia / Dreierkonferenz oder bilaterale Verhandlungen?

EVANGELOS ANTONAROS, Athen Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen in Athen und Nikosia im Zusammenhang mit der künftigen Handhabung der Zypern-Frage sind am Wochenende völlig unerwartet publik geworden. Eine Reihe von Erklärungen, die Athens Ministerpräsident Andreas Papandreu am Rande seiner Gespräche in Bonn und Rom und Nikosias Staatschef Spyros Kyprianou während der Commonwealth-Konferenz in Neu-Delhi innerhalb von wenigen Stunden abgegeben haben, hat verdeutlicht, daß die beiden Regierungen von Grund auf unterschiedliche Auffassungen vertreten. Der Tenor dieser Äußerungen ließ am Sonntag nicht den geringsten Zweifel daran, daß eine große Verstimmung vorhanden ist.

Hauptstreitpunkt ist die Teilnahme Griechenlands an einer Konferenz der drei Zypern-Garantiemächte Griechenland, Großbritannien und Türkei. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hatte diese Dreier-Konferenz unmittelbar nach der Ausrufung des türkischen Teilstaates im Nordteil der zersplitterten Insel vorletzte Woche angeregt. Papandreu hatte die Teilnahme sofort mit der Begründung abgelehnt, er könne mit den Türken an einem Verhandlungstisch nicht sitzen, so lange türkische Besatzungstruppen auf der Insel stationiert seien. Statt dessen hatte er bilaterale Beratungen Lon-

dons mit Athen und Ankara vorgeschlagen.

Der Streit zwischen Papandreu und Kyprianou begann in der Nacht zum Sonntagabend, als Zyperns Staatspräsident während einer Rede vor der Commonwealth-Konferenz an die drei Garantie-Mächte appellierte, sich in der Zypern-Frage aktiv zu betätigen. Von Bonn aus reagierte Papandreu mit Entrüstung: Er interpretierte diese Äußerung Kyprianous als einen geheimen Wunsch Nikosias, Griechenland solle an der Dreier-Konferenz teilnehmen, und sagte, daß Griechenland „diesem Wunsch folgen“ und an der Konferenz doch teilnehmen werde. „Aber sofort wird die Verantwortung für die künftigen Entwicklungen auf Zypern von der Regierung in Nikosia getragen, weil die griechische Regierung nicht bereit ist, diese Verantwortung zu schultern“, sagte Papandreu.

Bald hatte sich jedoch herausgestellt, daß Papandreu, wie oft zuvor, voreilig und impulsiv reagiert hatte. Von Neu-Delhi aus erläuterte Kyprianou, daß er „niemals direkt“ eine Dreier-Konferenz vorgeschlagen habe. Er habe nur den Wunsch geäußert, daß die Garantieverträge von 1960, dem Gründungsjahr der Republik Zypern, angewandt werden sollten.

Auch diese Erklärung entsprach Papandreus Erwartungen offenbar nicht. Auf dem Flug von Rom nach

Athen sagte er zu den mitreisenden Journalisten, daß Kyprianou „nun endlich direkt und öffentlich sagen muß, ob er die Dreier-Konferenz haben will oder nicht“.

Eine weitere Erklärung Kyprianous, ebenfalls aus Neu-Delhi, machte den Krach perfekt: „Mit großem Erstaunen“ habe er festgestellt, daß Papandreu diese hochpolitische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit austrage. Vertrauliche Absprachen seien notwendig. Er könne im übrigen der griechischen Regierung keine Vorschriften über ihre Haltung in wichtigen außenpolitischen Fragen machen. Die Entscheidung, ob eine Teilnahme an einer Dreier-Konferenz sinnvoll sei, müsse daher in Athen gefaßt werden.

Obwohl Papandreu mit seiner ersten Erklärung die Teilnahme Griechenlands an der Konferenz zugesagt hatte, herrschte am Sonntag in Athen Unklarheit über die Absichten der Athener Regierung. Der Schlagabtausch macht jedoch deutlich, welche Positionen die beiden Regierungen inzwischen eingenommen haben: Die Regierung Kyprianou befürwortet offenbar eine Reaktivierung der Garantieverträge im Sinne Londons, weil sie sich davon konkrete Ergebnisse erhofft. Papandreu hingegen befürchtet, daß die Teilnahme Griechenlands an einer Konferenz ihn viele Sympathien im Inland kosten könnte. (SAD)

## Nakasone zählt Hu drei Vorbehalte Tokios auf

Zwischen Japan und China steht nicht alles zum besten

FRED de LA TOBE, Tokio

Der für Januar 1984 vorgesehene Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in den USA müsse aus Protest gegen die amerikanische Taiwan-Politik möglicherweise abgesagt werden. Das erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang am Wochenende in Tokio. Hu hält sich zu einem achtstägigen Besuch in Japan auf.

Peking hat gegen die Resolution eines amerikanischen Senatsausschusses in der letzten Woche über die Zukunft Taiwans Protest eingelegt. In der Resolution hieß es, die Zukunft der Insel solle friedlich, ohne Zwang und in einer Weise gelöst werden, die für die Bevölkerung Taiwans annehmbar sei. Hu bezeichnete die Resolution als einen Vorwand für amerikanische Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten.

Nach dem Urteil japanischer Beobachter ist der Einfluß der Taiwan-Lobby im amerikanischen Kongress und der Regierung Reagan so stark, daß Washington von der Resolution kaum abrücken dürfte. Als einen weiteren „unerfreulichen Vorfall“ bezeichnete Hu eine Bemerkung von Präsident Reagan während seines kürzlichen Japan-Besuches, in der er Taiwan mit dem Namen „Republik

China“ belegt hatte. Die Volksrepublik erhebt seit langem den Alleinvertretungsanspruch auf den Namen China.

Japanische Beobachter weisen darauf hin, daß die „China-Karte“ gegenüber der Sowjetunion zwar für die Regierung Carter eine überragende politische Bedeutung gehabt habe. Für die Ostasienpolitik der Reagan-Administration würden jedoch andere Akzente gelten. Jetzt stünde die Festigung der Allianz mit Japan im Vordergrund. Eine Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen wegen der Taiwan-Frage hätte aber auch beträchtliche Auswirkungen auf die japanische Außenpolitik. Tokio unterhält keine diplomatischen und politischen Beziehungen zu Taiwan, treibt aber einen florierenden Handel mit dem Inselstaat.

In einem Gespräch zwischen Hu und Ministerpräsident Nakasone am Samstag nannte der japanische Premier drei Vorbehalte bezüglich der Beziehungen seines Landes zu China: Wird sich das gegenwärtig gute Einvernehmen erhalten. Lassen? Bleibt es bei der chinesischen Politik der offenen Tür? Wie weit sind die wirtschaftlichen Hilfsleistungen und Investitionen Japans in China gesichert? Der KP-Generalsekretär erklärte die Bedenken, die in diesen Fragen erkennbar werden, für unbedeutend. (SAD)

## Eine „Internationale“ hilft russischen Überläufern

Ehemaliger sowjetischer Soldat in Afghanistan berichtet

BODO RADKE, Brüssel

Auf einer Pressekonferenz im Brüsseler Gebäude des Europa-Parlaments stellte der Autor des Welt-Exklusiv-Berichts in der „Daily Mail“ und konservative Abgeordnete im Europäischen Parlament Lord Bethell am Freitagmittag den 19-jährigen Ex-Gefreiten der Roten Armee, Nikolaj Ryschkow, vor. Nikolaj Ryschkow – rotgesichtig und mit modischem Haarschnitt westlichen Stils – gab sich während der ein- und halbstündigen Fragenkannonade weit zurückhaltender, als die meisten Teilnehmer der Pressekonferenz nach der Lektüre der „Daily Mail“ vom gleichen Tag erwartet hatten. Flankiert war er von einer attraktiven Dolmetscherin, dem Publizisten Wladimir Maximow in seiner Eigenschaft als Direktor der „Internationale des Widerstands“, Edward Kuznetsov von der gleichen Organisation sowie Olga Swintsowa von „Radio Free Kabul“.

Vor Antritt seiner zweijährigen Dienstzeit in der Roten Armee hat der aus der Sowjetrepublik Kasachstan stammende Ryschkow KZ-Handwerker gelernt. Auf eine Zwischenbemerkung, daß er aber gar nicht aussehe wie ein Mensch aus Kasachstan, antwortete er, sein Vater sei Russe und seine Mutter Ukrainerin. Beide sowie sein älterer Bruder lebten noch in der Sowjetunion.

Den Entschluß zum Überlaufen habe er in Afghanistan nach einem sowjetischen Propagandafilm „aus po-

litischen Gründen“ gefaßt und eine Woche später in Kabul ausgeführt.

Lord Bethell, Wladimir Maximow und Edward Kuznetsov bezeichneten die Organisation „Resistance International“ als eine private Vereinigung ohne jegliche Kontakte mit irgendwelchen Geheimdiensten, die ihre Aktivitäten nur aus Spenden finanzieren und mehrere Abgeordnete des Europaparlaments zu ihren Mitgliedern zähle.

„Resistance International“ habe sich auch zur Aufgabe gesetzt, zu afghanischen Freiheitskämpfern übergelaufene Sowjetsoldaten in den Westen zu holen, falls sie das wünschten. Im Fall Ryschkow sei ihnen das auf Wegen gelungen, die aus naheliegenden Gründen geheimgehalten werden müßten. Es gehe nun darum, auf dem Wege über Rundfunksendungen von „Radio Liberty“ und „Radio Free Kabul“ Sowjetsoldaten am Beispiel von Ryschkow zu zeigen, daß auch für sie die Flucht in den Westen möglich sei.

Scharfe Kritik richteten der Lord und Maximow an die Adresse der französischen Regierung, auf deren Anordnung die zunächst für Frankreich beantragten Transitsvisa abgelehnt worden seien. Auch die ursprüngliche Absicht Lord Bethells, seinen Überläufer in der vergangenen Woche während der Plenarsitzung des Europaparlaments in Straßburg der Öffentlichkeit zu präsentieren, sei von der französischen Regierung durchkreuzt worden. (SAD)

# ESWORLD

Im SPIEGEL dieser Woche: Flick-Affäre



# ANGEKLAGT







Außenminister der „DDR“ für gutes Klima mit Bonn

Die Bedeutung der deutsch-deutschen Beziehungen für das Ost-West-Verhältnis hat „DDR“-Außenminister Oskar Fischer unterstrichen. Als Mitglieder der jeweiligen Bündnisse könnten die „DDR“ und die Bundesrepublik „mit guten, normalen Beziehungen wohltuend besonders auf das europäische Klima wirken“, sagte Fischer in seiner am Samstag auszuweisende in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ abgedruckten Rede vor dem SED-Zentralkomitee.

Unmut über Sowjet-Raketen

es, die Stationierung in der CSSR wäre „in der Tat eine außergewöhnliche Bruchstelle durch die Sowjetunion – sie würde uns auf dem Weg zum nächsten Friedhof behilflich sein“.

Schmude (SPD) nimmt Lambsdorff in Schutz: Vorwürfe stimmen nicht

auch verfassungsrechtlich gesichert sei, „muß man natürlich auch die innere Stabilität und Widerstandskraft erwarten, daß er vor solchen Einflüssen aus der Öffentlichkeit heraus gefeit bleibt“. Das sei eine Grundbedingung für ein unabhängiges Richteramt und damit auch für eine faire rechtsstaatliche Rechtsprechung. Dies sehe in manchen Fällen freilich anders aus, betonte Scholz, wenn man den Laienrichter (Schöffen) dazunähme.

„Erhebliche Mehrkosten für Betriebe“

Die Diskussion über eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche konzentrierte sich am Wochenende auf die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen einer solchen Regelung. Professor Norbert Walter vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sieht durch eine 35-Stunden-Woche keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern vielmehr die vorhandenen gefährdet.

Tritt Diepgen vorzeitig Weizsäcker-Nachfolge an?

Heute Nominierung für Amt des Bundespräsidenten

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, wird heute auf einer Pressekonferenz in Bonn offiziell den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen. Kohl hat sich die Zustimmung des CDU-Präsidiums und des CSU-Vorsitzenden Strauß dazu eingeholt.

Wilms skeptisch gegenüber kurzen Studiengängen

Extrem kurze Studiengänge sind nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) nicht geeignet, die Überlastung der Hochschulen zu lindern. Auf der Jahrestagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn meinte die Ministerin, ein viersemestriges Studium, wie es vom Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Professor Theodor Berchem, propagiert werde, könne nicht mehr die Qualität der Hochschulausbildung gewährleisten.

Leinen bleibt BBU-Sprecher

Der 35jährige Rechtsanwalt Jo Leinen ist gestern nach heftigen Auseinandersetzungen in Mörkfelden wieder zum Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gewählt worden. Leinen, der sich in der mehrstündigen Diskussion trotz der Kritik deutlich für weitere Offenheit bei den Gesprächen der BBU-Führung mit Vertretern des Staates und der Polizei einsetzte, erhielt 88 Stimmen und damit das beste Ergebnis bei der Wahl zum dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand.

**Unternehmer gegen Nachrüstung**

Unterstützen Sie die Aktion „Unternehmer gegen Nachrüstung“

Jetzt! p.A. Klaus Möller, 8305 Buseck 1, Gießen 06406/8061-3, 06406/8061-4

**Ich will ein Mensch sein**

Dieser Ruf kommt aus Südafrika, dem Land, in dem die ungerechten Gesetze der Apartheid politisches Mandat und Wohlstand den Weißen, Unmündigkeit und Armut den Schwarzen zuordnen. Ein Land extremer Gegensätze: Weiße und Schwarze, Reichtum und Armut, Hochhäuser und Baracken, blühende Industrie und karge Landwirtschaft.

**MISEREOR**

Mozartstraße 9, 5100 Aachen

Spendenkonto: 556-505 Postbank Köln 556 Stadtsparkasse Aachen (BLZ: 390 500 00)

**Geschichte und Gegenwart**

Zwei Bücher von Hugo Welles, die für alle politisch Interessierten von bleibendem Wert sind.

**Von Versailles bis Potsdam**

Erstmalig wird dieses sorgfältig edierte Quellenwerk der europäischen und amerikanischen Machtpolitik nach, wie sie seit Gründung des Deutschen Reiches bis zum Untergang durch ständige Interventionen die Geschichte des deutschen Volkes beeinflusste.

256 Seiten, kartoniert, DM 28.-

**Am Puls der Zeit**

Hugo Welles, Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“ und verantwortlich für die Politik der „Pommerschen Zeitung“ und des „Deutschland-Journals“, zeigt mit diesem Band in über 80 Aufsätzen die politischen und geistigen Fragen unserer Zeit auf, zu denen er in den letzten 3 Jahren Stellung genommen hat.

208 Seiten, broschiert, DM 14.80

**Coupon**

An die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (swg) Postfach 32 31 28 - 2000 Hamburg 13

**Ich bestelle**

☐ Exemplar(e) „Von Versailles bis Potsdam“ ☐ Exemplar(e) „Am Puls der Zeit“

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

☐ Senden Sie die Bücher per Nachnahme! ☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei.

Das WELT-Angebot:

**Eine attraktive Dankeschön-Prämie,**

wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

**DIE WELT**

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36. Telefon: 347-45 56

**An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36**

**Bestellschein**

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen. Bitte schicken Sie mir als Prämie:

☐ den Stereo-Radio-Recorder

☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift des Vermittlers: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsgeld für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

**Ich bin der neue WELT-Abonnent.**

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,50 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

**Stereo-Radio-Recorder**

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter, Recorder mit Bandzählwerk, 2 eingebaute Mikrophone, Netz- und Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse

**Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe“**

„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen.“

**Bundespräsident Karl Carstens**

Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

**111 Spendenkonto**

Postbank Köln · Sparkasse Bonn

Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn

Einzahlungen sind überall möglich.

**Deutsche Welthungerhilfe**

Bonn, Adenauerallee 134



Furcht vor Billigware

Ha. (Brüssel) - Ins Schwärmen geraten die Brüsseler Experten schon lange nicht mehr, wenn sie die Zukunftsperspektiven des China-Handels beschreiben. Offensichtlich stehen die aufmunternden Worte Pekings für den Zusammenschluß Europas auf einem Blatt, die hartnäckige Vertretung nationaler Wirtschaftsinteressen auf einem anderen.

So haben die Vorgespräche der EG-Kommission über ein neues Textillabkommen mit Peking bereits vor Monaten deutlich gemacht, daß die Chinesen alles andere als bequeme Partner sind. Die formellen Verhandlungen in dieser Woche werden sich voraussichtlich bis ins neue Jahr hinziehen. Ohne neue Opfer wird es dabei auch für die deutsche Industrie nicht abgehen. Schon bisher war China nach Hongkong und Südkorea der drittgrößte Lieferant des europäischen Marktes. Ein überproportionaler Anteil seiner Textilexporte landete auf deutschen Ladentischen. Trotz der Krise der EG-Industrie verlangen die Pekinger Unterhändler jetzt eine kräftige Aufstockung der Kontingente für die besonders "sensiblen" Erzeugnisse (Baumwollgarne, Synthetika, Hemden, Pullover und Hosen). Dagegen möchte die europäische Textilindustrie sie in die Gruppe der "Hauptlieferländer" einstuft, was der Kommission die Möglichkeit geben würde, die bishe-

rigen Mengen zugunsten kleinerer Exporteure zu kürzen. Bonn hat sich in der Vergangenheit stets für eine liberale Importpolitik eingesetzt. Es fühlt sich gewiß auch dieses Mal beim Wort genommen. Wie beim Stahl dürfte die Bundesregierung jedoch ihre Forderungen bekräftigen, daß nicht alle Billigware einfach auf dem deutschen Markt "abgeladen" wird.

Verschönerungen

J. Seh. (Paris) - Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, überschreitet in Frankreich die Arbeitslosenquote nun schon seit über einem Jahr kaum noch die Zwei-Millionen-Marke. Im Jahresvergleich Oktober ist sie sogar um 0,5 Prozent zurückgegangen. Doch dies scheint eher ein statistischer Erfolg der sozialistischen Regierung zu sein. Die französische Wirtschaft hat nämlich in den letzten zwölf Monaten erheblich mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. Die Zahl der offenen Stellen ist ebenfalls zurückgegangen. Doch auf der Seite der Stellengesuche hat man jetzt eine Reihe von Verschönerungen vorgenommen: Nach Expertenschätzungen sollen insgesamt 350 000 Personen, die früher als Arbeitslose gezählt worden sind, ausgemerkelt worden sein - vor allem zahlreiche Jugendliche und Frauen, die einen ersten Arbeitsplatz suchen, sind von der offiziellen Liste gestrichen worden. Genaue Angaben liegen jedoch nicht vor. Die Regierung hat wohl kein Interesse daran, den Schleier des Geheimnisses zu lüften.

Deutliche Warnung

Von GÜNTER DEPAS, Mailand

Die jährlichen „Abschlußbetrachtungen“, die der Internationale Währungsfonds (IWF) seinen verflochten und gegenwärtigen Schulden und gegenwärtigen Schulden widmet, haben im Falle Italiens in diesem Jahr ein weit größeres Echo gefunden als in der Vergangenheit. Das hat seine guten Gründe. Die Mahnungen und Forderungen, die der Europa-Verantwortliche des IWF, Alan Whitmore, mit seinem Bericht der Regierung Craxi ins Stammbuch geschrieben hat, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Masst und unmissverständlich warnt der IWF die Verantwortlichen der italienischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik vor der Illusion, mit den bisher geschätzten Fiskalpaketen bereits das Notwendige zur Stabilisierung getan zu haben und fordert sie auf, schnellstmöglich noch einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen.

Alarmiert zeigt sich der IWF vor allem über die Tatsache, daß die italienische Staatschuld im Jahre 1983 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent, real um zwei Prozent gewachsen ist und damit jetzt einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 78 Prozent erreicht. Mit diesem Verhältnis wird Italien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nur noch von Irland und Belgien übertroffen, während der Zinsendienst (9 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) genau doppelt so hoch ist wie der EG-Durchschnitt.

Inhaltlich und der Form nach unterscheidet sich diese Scheite nicht von den zahlreichen Stellungnahmen, die in den letzten Wochen sowohl von Zentralbankgouverneuren als auch von den Verantwortlichen der italienischen Wirtschafts- und Kreditpolitik, dem christdemokratischen Schatzminister Giovanni Goria abgegeben wurden und die allesamt von großer Sorge um die außen- und binnenwirtschaftliche Stabilität erfüllt sind.

Ausgangspunkt der Kritik ist vor allem die Tatsache, daß alle bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen und der Reduzierung der Ausgaben nicht ausreichen, um das Haushaltsdefizit des kommenden Jahres - wie in dem Ende September verabschiedeten Finanzgesetz vorgesehen - auf der Höhe des diesjährigen Kassenfehlbetrags ein-

zuführen. Wachsende Sorge bereiten Zentralbank und Schatzministerium dabei nicht nur die auf mehr Expansion ausgerichteten Initiativen der Opposition im Parlament, sondern auch die Querschnitte aus den eigenen Reihen.

Sicherlich hat der sozialistische Arbeitsminister und wirtschaftspolitische Sprecher der Sozialistischen Partei im Kabinett Craxi, Gianni de Michelis, nicht ganz Unrecht mit seiner Erklärung, daß „die Herren vom IWF ihre Betrachtungen praktisch diktiert bekommen“. Das ist auch in den vergangenen Jahren stets so gewesen, wenn der IWF die Sorgen der italienischen Zentralbank und des Schatzministeriums in eigene Ermahnungen umsetzte. Die Tatsache, daß sich der IWF bei seinen Jahreskontrollen auf die Unterlagen stützt, die ihm von den einheimischen Wirtschafts- und Kreditbehörden vorgelegt werden, nimmt seiner Kritik aber nichts an der Autorität.

So wird in Italien und im Ausland wohl kaum so schnell verhallen, was der IWF jetzt an Mahnungen und Klagen an die Adresse der italienischen Regierung gerichtet hat. Zu denken geben wird in diesem Zusammenhang nicht nur die Feststellung, daß es Italien als einzigem westlichen Industrieland nicht gelungen ist, die Rezession der letzten Jahre für strukturelle Veränderungen zu nutzen, sondern auch die vom Internationalen Währungsfonds ausgesprochene Sorge, daß Italien eine erneute inflationäre Beschleunigung zu gewärtigen hat, sobald auch die italienische Wirtschaft die internationale Konjunkturbelebung zu spüren bekommt.

Sarkastisch gemeinte Bemerkungen wie die des Sozialisten Gianni de Michelis, daß „wir schließlich heute anders als 1976 keine Kreditverhandlungen mit dem IWF führen müssen“, helfen vor diesem Hintergrund nur wenig. Notwendig ist nicht nur eine härtere haushaltspolitische Linie, sondern auch der Wille, in die Lohn- und Lohnkostendynamik mit einkommenspolitischen Maßnahmen einzugreifen. Und das alles nicht nur in redseligen Diskussionsrunden, sondern so konkret, daß davon schon im Jahr 1984 die ersten Wirkungen zu spüren sind.

PRIVATISIERUNG

Breuel: Keine Pläne für Verkauf von VW-Beteiligung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover - Das Land Niedersachsen hat „keine fertigen Pläne in der Schublade“, die 20prozentige Beteiligung an der Volkswagenwerk AG zu veräußern. Mit diesen Worten reagierte Niedersachsens Wirtschaftsminister Birgit Breuel auf die Kritik, die ihr die Bemerkung eingebracht hat, das Land müsse nicht unbedingt Anteile an VW halten. Prinzipiell stehe sie und die Landesregierung weiter zu dieser Aussage. Die Stiftung Volkswagenwerk, der die Dividendenzahlungen aus der Beteiligung des Landes zufließen, dürfe dadurch aber keine Benachteiligung erfahren. Weiter diskutiert werden soll nach den Worten Frau Breuels die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Befürchtungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, damit verbunden sei ein Abbau des Sozialstaates, seien grundlos. Auch Vorhal-

tungen in der Richtung, daß nur florierende Beteiligungen der öffentlichen Hand bei Privaten auf Interesse stoßen, sei kein Grund, entsprechenden Überlegungen fallen zu lassen. Notleidende Unternehmen müßten eben erst auf eine gesunde Basis gestellt werden.

Dezierte Vorstellungen entwickelte Frau Breuel zur Privatisierung der Bundesbahn. Nach ihrer Ansicht kann die Bahn „nur bei der Trennung von Schiene und Betrieb aus der Krise fahren“. Schon im ersten Schritt der Diskussion auf Bundesebene müsse deutlich zwischen einem konkurrenzfähigen Bahnbetrieb auf der Schiene einerseits sowie dem Bau und der Unterhaltung des Schienennetzes aus gesamtstaatlicher Notwendigkeit andererseits unterschieden werden. Für den Fahrbetrieb könne dann eine private Geschäftsführung gedacht werden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Für engere Zusammenarbeit mit Dritter Welt

Hilfe beim Abbau der Bodenschätze kommt auch Mitgliedstaaten zugute

WILHELM HADLER, Brüssel

Für eine gemeinsame Strategie zur Erschließung der Bodenschätze in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum will die Brüsseler Kommission die Regierungen der EG und AKP-Staaten gewinnen. Zu Beginn der Verhandlungen über die Erneuerung des Lomé-Abkommens übermittelte sie dem Ministerrat eine Mitteilung, in der sie den Nachweis zu erbringen versucht, daß eine engere Kooperation sowohl im Interesse der Zehnergemeinschaft wie der Länder der Dritten Welt liegt.

Die AKP-Staaten verfügen nach diesem Bericht über ein bedeutendes Bergbaupotential, das bisher nur zu einem geringen Teil erschlossen und ausbeutet werden konnte. Eine Verwertung dieser natürlichen Reichtümer könne einen erheblichen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten. Die Gemeinschaft ihrerseits sei der wichtigste Rohstoffimporteur der Welt. „Es ist von vitalem Interesse für sie, ihre Versorgung zu garantieren und zu diversifizieren.“

Insgesamt ist die EG gegenwärtig zu 75 Prozent, Japan zu 90 und Nordamerika zu 15 Prozent von Rohstoffimporten abhängig. Die Zahlen spiegeln jedoch nur allgemeine Größenordnungen wider. So variiert der Grad der Abhängigkeit Europas je nach Erzeugnis zwischen 25 Prozent (Fluor) und fast 100 Prozent (Titan, Mangan und andere Edelmetalle). Außer Fluor liegen nur Eisen und Blei unter der 50-Prozent-Marke.

Unter den Entwicklungsländern ist Afrika nach den EG-Zahlen wertmäßig mit rund 20 Prozent der Gesamtimporte der wichtigsten Rohstofflieferanten der Gemeinschaft. Eine dominie-

rende Rolle kommt ihm u. a. bei Kobalt, Phosphaten, Kupfer und Mangan zu, während Südamerika vor allem Eisen, Aluminium und Zink, Asien Zinn und Nickel liefert. Trotz dem kommen die meisten mineralischen Rohstoffe gegenwärtig noch aus industrialisierten Ländern (Australien, Kanada und Südafrika sowie den USA). Nach Meinung der Kommission ist dies weniger auf die Vorliebe in diesen Ländern zurückzuführen als vielmehr auf die Existenz der großen multinationalen Gesellschaften.

Die Gemeinschaft sei wegen ihrer einseitigen Bezugsstruktur für einen bescheidenen Teil ihrer Versorgung von Entscheidungen und Planungen anderer Staaten abhängig, die sich außerhalb Europas befinden, heißt es in dem Bericht. Daraus ergibt sich das Risiko, in Krisenzeiten keine genügende Priorität zu haben. Die verarbeitende Industrie in Europa laufe außerdem Gefahr, von den integrierten Bergbaugesellschaften in „die Zange genommen“ zu werden. Diese hätten nämlich die Möglichkeit, gleichzeitig die Preise für Rohstoffe anzuhoben

und die für Verarbeitungserzeugnisse zu senken. Gegenwärtig betreiben die EG-Staaten nach den Ermittlungen Brüssels eine recht unterschiedliche Politik zur Sicherung ihrer Versorgung. Eine Koordinierung dieser Anstrengungen wäre deshalb wünschenswert. So sei in allen Mitgliedsstaaten nur dank der Intervention dieser spezialisierten Unternehmen die Versorgung der Gemeinschaft bisher „global befriedigend“ gewesen.

Zugleich ergäbe sich aber daraus auch Anlaß für eine Reihe von Besorgnissen, meint die Kommission. So führe der Versuch der europäischen Industrie, möglichst billig und störungslos einzukaufen, durchweg zu einer Begünstigung der in den Industriestaaten gelegenen Produktionsanlagen, was in Krisenzeiten Versorgungsprobleme mit sich bringen könne. Festzustellen sei ferner eine gewisse Zersplitterung der europäischen Interessen auf internationaler Ebene.

Deshalb plädiert die Kommission dafür, den AKP-Staaten über das bisherige Maß hinaus bei der Erschließung ihrer Bergbauresourcen zu helfen. Die Unterstützung sollte von der Schaffung der technischen Voraussetzungen des Bergbaus bis zur finanziellen Beteiligung an Prospektions- und Förderprojekten gehen. Bei den Verhandlungen über internationale Rohstoffabkommen müsse die EG die Rolle eines Motors spielen.

WEIHNACHTSGESCHÄFT

Der erste lange Samstag brachte dürftige Ergebnisse

JOACHIM GELHOFF, Düsseldorf

Regenschauer, Windböen und plötzlicher Wärmeeinbruch haben den Auftakt des Weihnachtsgeschäfts am ersten langen Samstag weithin zu einem trüben Ereignis für den Einzelhandel gemacht. Zu viele Kunden blieben zu Hause. Nach einem ersten Überblick wurden nur vereinzelt die zeitgleichen Vorjahresumsätze übertrafen. Sie waren schon damals wegen des gleichfalls vor dem Monatskumulo liegenden ersten langen Samstags relativ mager ausgefallen.

Kennzeichnend für den schwachen Auftakt des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts sind Meldungen aus dem Kreis der Warenhauskonzerne, die von sieben bis acht Prozent Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr sprechen. Ausgesprochen schwach war insbesondere das Geschäft mit warmer Kleidung und Wintersportgerä-

ten, erst recht das Pelzgeschäft. Auch Groß-Elektrogeräte wurden nur dürftig gekauft. Gut angelauten scheint dagegen bei geschenkorientierten Käufern der Bereich klassischer Spielwaren (Puppen, Pflüschtiere, Eisenbahnen).

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sieht nach diesem dürftigen Auftakt noch keinen Anlaß zum Widerruf ihrer Prognose, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft einen Zusatzumsatz von 19 Milliarden Mark oder 4,3 des gesamten Jahresumsatzes bringen werde. Dieser wird für 1983 mit einer Steigerungsrate von bis zu drei Prozent bei 445 Milliarden Mark erwartet, was auch real ein minimales Plus bedeute. Erinnert wird von den Händlern daran, daß auch 1982 das Weihnachtsgeschäft nach schwachem Beginn wider Erwarten noch einigermaßen rege wurde.

FINANZPOLITIK

Ministerium verteidigt Haushaltsentwurf 1984

HEINZ HECK, Bonn

Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) hat sich in einem Schreiben an seine Abgeordneten-Kollegen gegen den Vorwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gewandt, wonach der Haushaltsentwurf 1984 durch eine wirtschaftspolitisch falsche Sparpolitik und soziale Demontage gekennzeichnet sei. DGB-Chef Ernst Breit hatte die Parlamentarier zur Ablehnung des Haushaltsentwurfs aufgefordert.

Voss bemüht in seinem Acht-Thesen-Papier vor allem die fünf Weisen mit ihrem jüngsten Gutachten als Kronzeugen, die der Politik der Bundesregierung ein „überwiegend positives Zeugnis“ ausgestellt hätten.

Dort heißt es: „Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zin-

sen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Minderleistung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik.“

Damit werde Breits Behauptung widerlegt, die Konsolidierung sei Selbstzweck und führe zu einer Nachfragerückgang, meint Voss. Zwar gingen bei rein kreislaufmäßiger Betrachtung kontraktive Wirkungen von der Konsolidierung aus. Doch müsse die „zentrale Rolle der Erwartungen der privaten Wirtschaftssubjekte“ von der Wirtschafts- und Finanzpolitik berücksichtigt werden.

AUF EIN WORT



„Ich sehe eine Zukunft für die deutsche Stahlindustrie, wenn es dort wieder eine Marktwirtschaft gibt. Denn die ist ja nicht existent, wenn die gesamte Konkurrenz 25 Prozent des Umsatzes laufend von ihren Regierungen dazugezahlt bekommt. Ich frage mich, welche andere Branche, welches andere Unternehmen das über so lange Zeit überhaupt durchgestanden hätte.“

Dr. Herbert Glensow, Vorstandsvorsitzender der Röchler-Werke AG, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Günstige Bilanz für Berlin gezogen

AP, Berlin

Eine positive Einschätzung der Entwicklung der Berliner Wirtschaft im Jahr 1983 hat der Berliner Wirtschafts-senator Elmar Piroth gegeben. In einem Interview in der Sonntagsausgabe der „Berliner Morgenpost“ erklärte Piroth, die erheblich gestiegene Investitionsbereitschaft der Berliner Industrie, die Erhöhung der Beschäftigtenzahl im Handwerk um etwa 5000 auf 135 000 im Jahresverlauf sowie die Verringerung des Arbeitsplatzabbaus gegenüber dem Vorjahr seien Beispiele für die Erfolge der Strukturpolitik in dieser Stadt. Die günstige Entwicklung sei Auswirkung der Anstrengungen aller Beteiligten, betonte Piroth.

IFO-KONJUNKTURTEST / Entwicklung erneut optimistischer beurteilt

Höhere Auslandsnachfrage erwartet

DANKWARD SETZ, München

Noch etwas zuversichtlicher als im September beurteilten die deutsche Industrie und weite Teile des Handels im Oktober die konjunkturelle Entwicklung in den kommenden sechs Monaten. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Geschäftserwartungen haben sich dagegen nach dem kurzen Zwischenhoch im Juli wiederum erneut etwas verschlechtert.

Die erneute Verbesserung der Geschäftsaussichten im verarbeitenden Gewerbe beruht auf Feststellungen des Ifo zum einen auf der günstigeren Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und zum anderen auf einer Abnahme der negativen Urteile über die Auftragsreserven bei kaum veränderter Produktionsfähigkeit. Zudem erwarten die Firmen für die nächsten Monate eine weiter wachsende Auslandsnachfrage, so daß

häufiger als bisher Produktionssteigerungen geplant werden.

Getragen wird diese Beurteilung sowohl von den Vorproduktsektoren als auch den Gebrauchs- und Verbrauchsgüterherstellern. Sie alle berichteten von einer befriedigenden Lage und recht positiver Nachfrageentwicklung.

Lediglich die Investitionsgüterindustrie spürt noch immer keine Klimaverbesserung, so daß sich die Erwartungen trotz einer etwas weniger ungünstigen Lagebeurteilung als im Vormonat wieder eingetrübt haben. Hierbei schlägt zu einem erheblichen Teil die schlechte Geschäftslage des Maschinenbaus und der Nutzfahrzeughersteller zu Buche. Von steigender Nachfrage berichteten die Sparten elektrotechnische Investitionsgüter sowie die Büro- und Informations-technik.

Im Groß- und Einzelhandel hat sich zwar das Geschäftsklima, so das Ifo-Institut, aufgrund der ungünstigen

Einschätzung der aktuellen Lage etwas verschlechtert. Die Aussichten haben sich jedoch leicht aufgehellt. Im Einzelhandel dürfte das Umsatzniveau vom Oktober 1982 nicht ganz erreicht worden sein.

Besser als im Durchschnitt des Einzelhandels entwickelte sich wieder die Nachfrage bei den Großfirmen dieses Bereichs. Vor allem die Verbrauchsmärkte und der Versandhandel berichteten von einer guten Geschäftslage. Die Warenhäuser bezeichneten sie nahezu einhellig als befriedigend. Hohe Erwartungen werden insgesamt an das bevorstehende Weihnachtsgeschäft geknüpft.

Das Bauhauptgewerbe beurteilte bei etwas verschlechterten Aussichten die derzeitige Lage als unverändert günstig. Die Bautätigkeit bewegte sich auf dem Niveau der vorangegangenen drei Monate ebenso wie die Reichweite der Auftragsbestände mit saisonbereinigtem 2,8 Monaten.

US-AKTIENMÄRKTE

AT&T und höhere IWF-Quoten verbessern das Kaufklima

H.-A. SIEBERT, Washington

Ermutigt durch weiterhin positive Konjunktursignale und nachlassende internationale Schuldensorgen haben sich die US-Aktienmärkte in der vergangenen Woche auf breiter Front erholt. Der Dow-Jones-Industrieindex schnellte um 26,42 (Freitag: plus 1,83) auf 1277,44 Punkte und liegt nun nur noch um knapp acht Punkte unter dem am 10. Oktober aufgestellten Rekord. Der Nyse-Index, der 1500 Werte umfaßt, erhöhte sich um 1,09 (0,15) auf 96,55 Punkte. Durch „Thanksgiving“ am Donnerstag verknüpfte, sank der Wochenumsatz an der New York Stock Exchange allerdings von 417 auf 381 Millionen Papiere.

Dominiert wurde das Börsengeschehen vom Antitrust-Opfer American Telephone & Telegraph (AT&T) und den unabhängig operierenden regionalen Holdinggesellschaften. Die am 1. Januar fällige Aufspaltung des größten Privatunternehmens der Welt führte zu Überraschungen bei der Kursbildung: Seit der Aufnahme des Handels am letzten Montag stieg die „neue“ AT&T-Aktie um 1% auf 20% und die „alte“ um 2% auf 66% Dollar. Die Gewinnaussichten des künftig flexibleren Konzerns, der groß in das Computer- und Mikroinformatikgeschäft einsteigt, werden günstig beurteilt.

Gemessen an den gesetzten Anfangskursen, haben nur BellSouth und Southwestern Bell an Boden verloren. Diese Aktien fielen bis Freitag um 2% auf 86% und um ein auf 61 Dollar. Von den anderen Holdings,

die den regionalen Telefonverkehr in Amerika abwickeln werden, verbesserte sich Bell Atlantic von 65% auf 68%, US West von 56 auf 58%, Nynex von 60% auf 62%, Ameritech von 61 auf 65% und Pacific Telesis von 53 auf 54% Dollar. Der Handel findet zunächst nur auf dem Papier statt; ausgeliefert werden die neuen Aktien erst im Februar.

Wie eine starke Beruhigungsspielle hat an der Wall Street die vom Kongreß abgesegnete Teilnahme der USA an der Quotenerhöhung des Internationalen Währungsfonds (IWF) gewirkt. Man geht davon aus, daß die Privatbanken nun nicht mehr so heftig von der Schuldenkrise geschüttelt werden. Immerhin ist der Rettungsschirm durch die Erhöhung des Fondsvermögens von 61 auf 90 Milliarden Sonderziehungsrechte (1 SZR = 2,813 Mark) erheblich vergrößert worden.

Nach Angaben des IWF haben bis Freitag 99 der 146 Mitgliedsstaaten, auf die 59,3 Prozent der Gesamtquote entfallen, der Aufstockung zugestimmt. Sein Platz gab auch Bonn. Für das Inkrafttreten sind 70 Prozent der Stimmen erforderlich. Präsident Reagan wird das Gesetz Anfang dieser Woche unterzeichnen, so daß alles perfekt ist, da der Quotenanteil der USA 20,6 (Bundesrepublik 5,3) Prozent beträgt.

Für die gute Stimmung an Amerikas Börsen sorgen auch die Rekord-Auftragsengpässe im Oktober und das weiterhin hohe wirtschaftliche Wachstumstempo im dritten Quartal (drei und real 7,7 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preiskontrollen bleiben bestehen

Paris (AP) - Das französische Finanzministerium hat am Freitag in Paris bekanntgegeben, die im Land geltenden Preiskontrollen würden als Teil der Maßnahmen der Regierung gegen die Inflation auch im kommenden Jahr fortgeführt. Die Preiskontrollen waren im November 1982 eingeführt worden, nachdem die Regierung den von ihr zuvor verhängten Lohn- und Preisstopp aufgehoben hatte. Bis Ende 1983 wolle die französische Regierung die Inflation auf acht Prozent drücken. Nach Ansicht von Fachleuten dürfe sie jedoch am Jahresende neun Prozent betragen.

Hoher Fehlbetrag

Washington (rtr) - Die USA sind mit einem hohen Defizit in ihr neues Haushaltsjahr gestartet. Wie das US-Finanzministerium mitteilt, betrug der Haushaltsfehlbetrag im Oktober, dem ersten Monat des neuen Haushaltsjahres, 25,07 Milliarden Dollar (rund 68 Milliarden Mark). Das Defizit lag damit leicht unter dem von Oktober 1982 mit 26,17 Milliarden Dollar. Im September dieses Jahres hatte das US-Budget einen leichten Überschuß von 1,95 Milliarden Dollar aufgewiesen. Im gesamten Haushaltsjahr 1982/83, das am 30. September zu Ende gegangen ist, erreichte der Haushaltsfehlbetrag der USA die Rekordhöhe von 195,35 Milliarden Dollar.

Kredit für Ecuador

Washington (VWD) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) legt an Ecuador einen Kredit im Wert von etwa 90 Mill. Dollar heraus. Nach IWF-Angaben sollen damit die sinkenden Exporteinnahmen ausgeglichen werden.

Anleihe für den Eiffelturm

Paris (AFP) - Mit einer Anleihe von 150 Millionen Franc sollen die Reparaturarbeiten am Pariser Eiffelturm bezahlt werden. Heute werden 30 000 Obligationen zu je 5000 Franc ausgeliefert. Die Stadt Paris hat die Bürgerschaft

für die Anleihe übernommen, die auf zwölf Jahre mit einem Nominalzins von 14,3 Prozent angelegt ist. Insgesamt werden die Arbeiten, die bis Jahresende dauern, 206 Millionen Franc kosten.

Arbeitschutz attraktiv

Arbeitschutz (Py.) - Der Arbeitschutz hat an Attraktivität gewonnen. Diese Feststellung wird von den Besucherzahlen der Ausstellung „Arbeitschutz und Arbeitsmedizin“ unterstützt, die am Wochenende in Düsseldorf zu Ende gegangen ist. Fast 22 000 Besucher zählte die „A+A“, 15 Prozent mehr als 1981. Weitere 5300 Fachleute besuchten den parallel laufenden Kongreß. Hinsichtlich der Geschäftsabschlüsse und der Erwartungen für das Nachschageschäft äußerten sich die Aussteller übereinstimmend zufriedener als vor 2 Jahren. Die nächste „A+A“ findet vom 1. bis 4. Oktober 1985 in Düsseldorf statt.

Mittel zugesagt

Washington (dpa/VWD) - Die Bundesrepublik Deutschland hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington informiert, daß ihr Beitrag von umgerechnet 6,2 Milliarden Mark zur geplanten Kapitalaufstockung des Fonds um knapp 50 Prozent auf 96 Milliarden Dollar jetzt endgültig bereitsteht. Ein IWF-Sprecher teilte in Washington mit, daß jetzt 99 der 146 Mitgliedsländer mit 59,3 Prozent der derzeitigen Quoten ihre Beteiligung an der Kapitalaufstockung zugesagt haben. Notwendig sind Zusagen von Ländern mit 70 Prozent des Gesamtkapitals.

Weg der Kurse

	25. 11. 83	18. 11. 83
Boeing	43,825	40,875
Chrysler	26,50	27,125
Chrysler	35,75	34,75
Coca-Cola	54,25	55,125
Exxon	37,875	36,875
Ford Motors	63,625	65,25
IBM	123	123,25
PanAm	8,375	8,125
US Steel	28,125	27,875
Woolworth	38,625	37,875

Anzeige

Sparen Sie Steuern!

Als nicht unternehmensgebundener, objektiver Anlageberater kann ich Ihnen z. B. folgende Objekte vermitteln

BAUHERRENMODELLE

- Elbchaussee (Hamburg 52)
- Agnesstraße (Hamburg 60)
- Johnallee (Hamburg 13)
- Hamburg-Blankenese
- Hamburg-Wellingsbüttel
- Hamburg-Nienstedten
- Hamburg-Alsterdorf
- Norderstedt b. Hamburg
- Keitum/Sylt (Wattseite)
- Heidelberg (Schloßlage)

ERWERBERMODELLE

- Hamburg-Harvestehude
- Hamburg-Nienstedten
- Hamburg-Altona

BERLIN-ANLAGEN

- Berlin-Darlehens
- Sozialer frei finanzieller Wohnungsbau

Kreuzen Sie Ihr Wunschobjekt an, oder greifen Sie gleich zum Telefon.

H. K. I. V. Michael Gehrckens  
Papenkamp 23 a, 2000 Hamburg 52, Tel. 040/82 65 27





## SCHERING / Wieder Spitzendividende angekündigt

## Hoher Zuwachs bei Pharma

**PETER WEERTZ, Berlin**  
Die Schering-Gruppe, Berlin und Bergkamen, hat sich 1983 bisher trotz erheblicher Belastungen weiter günstig entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs der Umsatz bis Ende September in der Gruppe um 2,4 Prozent und in der AG um 5 Prozent. Im Vorjahr hatte der Umsatz in der Gruppe 3,5 und in der AG 1,8 Mrd. DM erreicht.

Für das gesamte Jahr erwartet Finanzvorstand Klaus Pöhlke zwar wieder ein Ergebnis in Vorjahreshöhe, aber wegen der unterschiedlichen Entwicklung in den Unternehmenszweigen und auf den Weltmärkten ist er mittelfristig besorgt. Es kann jedoch für 1983 wieder mit einer Spitzendividende von 21 Prozent gerechnet werden.

Zufrieden ist Pöhlke mit dem Inlandsgeschäft, das sich belebt hat. Mit hohen Zuwachsraten haben auch die Unternehmenssparten Pharma (plus 5 Prozent) und Industrie-Chemikalien (plus 13 Prozent) abgenommen. Weniger zufrieden ist Pöhlke mit Pflanzenschutz und Galvano-technik. Überschattet wird zudem

der Unternehmensbereich Feinchemikalien vom Verlust der Tochtergesellschaft Diamalt AG. Hier drückt die starke Konkurrenz aus Japan und China.

Zum erstenmal haben andererseits die US-Töchter („früher als erwartet“) zum Gruppen-Gewinn beigetragen. Auch mit dem Auslandsgeschäft in Österreich, der Schweiz und Fernost ist Pöhlke zufrieden. Doch in Lateinamerika gibt es weiterhin Inflationsbedingte Verluste. Schließlich haben auch, wie erwartet, die Kosten für Forschung und Entwicklung zugenommen, die aber als Voraussetzung für zukünftige Erfolge angesehen werden.

Mit der Übernahme des britischen Pflanzenschutz-Herstellers FBC (Jahresumsatz rund 600 Mill. DM) in Hauxton ist es Schering gelungen, für den Konzern ein zweites Standbein auszubauen. Der Umsatz dieser Pflanzenschutzsparte bei Schering hat sich dadurch auf 1,2 Mrd. DM verdoppelt. Sie hat damit einen Anteil am Gruppenumsatz von etwa 30 Prozent, nur der Pharmaanteil ist noch größer.

## EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Wirtschaftliche Jahresbilanz der Kommission

## Gesetze behindern die Unternehmen

**WILHELM HADLER, Brüssel**  
Das Gewicht des öffentlichen Sektors hat in den Volkswirtschaften der meisten europäischen Länder derartige Proportionen angenommen, daß Ersparnis und Investitionen immer stärker durch exzessive Steuern beeinträchtigt werden. Dies stellt die EG-Kommission in ihrer wirtschaftlichen Jahresbilanz 1983/84 fest.

Innerhalb von zehn Jahren - von 1973 bis 1983 - sind die öffentlichen Ausgaben danach im Durchschnitt der Gemeinschaft von 40 Prozent auf 52 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen, was einer durchschnittlichen Erhöhung um 1,2 Prozent jährlich entspricht. „Der relative Niedergang des produktiven Sektors hat ganz offensichtlich eine Verlangsamung der globalen Zunahme der Produktivität und Erzeugung gehabt und möglicherweise auch ungünstige Rückwirkungen auf die Investitionen der Unternehmen.“

Hinzu kommt nach der Analyse der EG-Experten, daß sich die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auf Ausgabenkategorien erstreckt hat, die - wie die sozialen Transferleistungen -

nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum beitragen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für die Entwicklungshilfe und öffentliche Investitionen seien demgegenüber stark eingeschränkt worden und in manchen Fällen sogar absolut zurückgegangen.

Als weitere wichtige Schwachpunkte der europäischen Wirtschaft nennt die Kommission mangelhafte Fortschritte bei den strukturellen Anpassungen und den weitgehenden Stillstand der wirtschaftlichen Integration in der EG. Es scheint, daß das wirtschaftliche Wachstum auch dadurch gebremst worden sei, daß die Unternehmen der Gemeinschaft nicht voll die Vorteile hätten nutzen können, die ein europäischer Binnenmarkt eigentlich mit sich bringen müsse. Dies gelte vor allem für den Bereich der neuen Technologien und der Dienstleistungen.

Das Kommissionspapier verzeichnet jedenfalls einen „erheblichen Rückstand“ der EG gegenüber den USA und Japan bei der Einführung neuer Technologien und neuer Pro-

duktionsmethoden. Schwerer noch wiege, daß in Europa eine Vielzahl von Gesetzen und Reglementierungen die Unternehmen daran hindere, die Möglichkeiten von Produktivitätssteigerungen zu nutzen. Statt dessen würden nicht rentable Produktionseinheiten mit Subventionen und anderen staatlichen Hilfsprogrammen am Leben erhalten.

In den letzten zehn Jahren seien bei der wirtschaftlichen Integration nur noch sehr bescheidene Fortschritte gemacht worden, kritisiert die Kommission. So seien die öffentlichen Märkte noch immer weitgehend nationalen Unternehmen vorbehalten. Trotz des theoretisch existierenden freien Warenverkehrs seien die für den Warentransport von einem in ein anderes Land der EG erforderlichen Formalitäten ebenso schwerfällig - manchmal noch komplexer - wie bei Lieferungen in Drittländer.

Der Verwaltungsaufwand an den innergemeinschaftlichen Grenzen könne auf etwa 0,5 Prozent des BIP veranschlagt werden, was fast soviel ist wie die Gesamtkosten der europäischen Agrarpolitik.

## DAIMLER-BENZ / Weiter Tazziehen im Aufsichtsrat

## Kampf um den Vorsitz?

**WERNER NEITZEL, Stuttgart**  
Das seit längerer Zeit anhaltende Tazziehen im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG um die Nachfolge für den verstorbenen Vorstandsvorsitzenden Gerhard Prinz tritt nun offenbar in die entscheidende Phase: Dem sicheren Vernehmen nach soll auf einer Aufsichtsratsitzung am kommenden Donnerstag, dem 1. Dezember, die Kür eines neuen Daimler-Benz-Chefs stattfinden.

Noch immer scheint aber Unklarheit darüber zu bestehen, wer das „Rennen“ macht. Die bestehenden unterschiedlichen Ansichten zwischen der Kapital- und der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat konnten auch bei einer weiteren Gesprächsrunde zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, und dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden des Gesamtmetallwerks Lucy nicht ausgeräumt werden.

Der Kapitalseite wird zugeschrieben, als Kandidat für den Vorstandsvorsitzenden Entwicklungschef Wer-

ner Breitschwerdt (56) zu favorisieren. Breitschwerdt trat bereits 1953 in die Daimler-Benz AG ein. 1960 wurde er mit der Leitung des Konstruktionsbüros für Pkw-Aufbauten betraut und 1973 wurde ihm der gesamte Verantwortungsbereich der Entwicklung von Pkw-Aufbauten und für die Statistik von Pkw und Nutzfahrzeugen übertragen.

Demgegenüber scheint die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat auf ihrer Meinung zu beharren, daß Finanzchef Edzard Reuter (55), der auch lange Zeit für die Unternehmensplanung des Stuttgarter Automobilkonzerns verantwortlich zeichnete, der künftige erste Mann sein sollte.

Die Kapitalseite im Aufsichtsrat kann es offenbar nicht verwinden, daß Reuter sich zu einigen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen für ihre Begriffe allzu weit aus dem Fenster lehnte. So gesehen könnte alles auf eine Kampfabstimmung hinauslaufen, obwohl von beiden Seiten die Zielsetzung bekannt ist, den neuen Vorstandsvorsitzenden möglichst mit einem einstimmigen Votum küren zu wollen.

## Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

**DIE WELT**  
HINZUFÜHRUNG DER NEUEN ABONNENTEN  
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Hinzu für den neuen Abonnenten  
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 35,00 (Austausch 35,00, Luftpostversand auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

Unterchrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen die WELT zu widerrufen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zurückerstattet.

## Kooperation der GFC mit der TU Berlin

**Wz. Berlin**  
Optimistisch ist die GFC AG für Computersysteme in der Medizin, Berlin, für die zukünftige Entwicklung. Das Unternehmen ist spezialisiert auf Programmentwicklungen (Software) für unterschiedliche Computersysteme in der medizinischen Labortechnik auf der Basis der nordamerikanischen Computerfirma Hewlett-Packard. Ein rascher Austausch von erarbeiteten Programmen ist durch die Koppelung von Computern in verschiedenen Entwicklungszentren wie West-Berlin und Houston/Texas gewährleistet. Im Vertrieb kooperiert GFC mit Nixdorf.

Vorstandsmitglied Jürgen Knipps begründet seine Zuversicht mit der Notwendigkeit des Austausches von Computersystemen untereinander. Allein für Laborcomputersysteme in Krankenhäusern wird das vorhandene Marktpotential auf 150 bis 200 Installationen in den nächsten Jahren geschätzt. Mit der Technischen Universität Berlin besteht ein Technologietransfer-Abkommen für Computereinsatz in der Medizin.

An der Börse in München wurden im Oktober 40 Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft platziert. Bei einer Emissionskurs von 200 beträgt der Aktienkurs gegenwärtig 470. Für 1983 wurde das Umsatzziel von 7,6 Mill. DM übertrifft. Mit der ersten Dividende wird für 1984 gerechnet.

## STAHL-SERVICECENTER / Hoher Zuwachs

## Glänzende Ergebnisse

**dpa/WVD, New York**  
Trotz der noch immer nicht völlig überwundenen Absatzkrise der amerikanischen Stahlindustrie geht es dem Stahl-Servicecenter im größten Industriegebiet der Erde glänzend. Faktoren wie die hohen Zinsen, die schwerste Nachkriegsrezession und die unsichere Absatzlage für die meisten Stahlverarbeiter haben den Service-Center in den letzten Jahren einen großen Kundenzuwachs gebracht.

Der Hauptgrund ist die vorsichtige Inventarpolitik der Maschinen-, Nutzfahrzeug- und Zubeihelfirmen sowie anderer Stahlverarbeiter. Sie alle konnten sich während der schwersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise keine kostspielige Stahl-Lagerhaltung mehr leisten, sondern verlangten ihre Stahlkäufe von den Servicecentern. Außerdem haben es viele Stahlverarbeiter aufgegeben, die Vorarbeiten wie das Schneiden, Aufspalten, Biegen und Formen von Blechen und Draht selbst vorzunehmen. Denn die Servicecenter haben in den letzten Jahren diese auf den Kundenwunsch abgestellten Arbeiten übernommen.

So ist es nicht verwunderlich, daß über die amerikanischen Stahl-Servicecenter inzwischen rund 20 bis 23 Prozent der gesamten Stahlproduk-

tion der inländischen Stahlkonzerne vermarktet werden. Sie sind damit die größten Einzelkunden der Produzenten. In den ersten neun Monaten 1983 sind von den Servicecentern nach Schätzungen des American Iron and Steel Institute in Washington 10,25 Millionen Tonnen Stahl verkauft worden. Die Gesamtauslieferungen der Stahlindustrie lagen im gleichen Zeitraum bei 44,5 Millionen Tonnen.

„Wir repräsentieren 375 Firmen mit insgesamt 940 Servicecentern“, erklärte Andrew G. Sharkey, Präsident des Steel Service Center Institute. Darunter befinden sich auch deutsche Stahlkonzerne wie Thyssen, Krupp und Klöckner, die in den USA eigene Servicecenter unterhalten.

„Wir haben mit unseren Firmen im letzten Jahr 13,97 Millionen Tonnen Stahl ausgeliefert. In diesem Jahr werden es 15,42 Millionen Tonnen oder 20 Prozent mehr sein“, schätzte der Verbandspräsident. Er bezifferte das gesamte Umsatzvolumen der Servicecenter auf zehn bis zwölf Milliarden Dollar (zwischen 27 und 33 Milliarden DM). 1974 hatten die Servicecenter ihr höchstes Auslieferungsvolumen mit über 18,14 Millionen Tonnen erreicht. An diesen Rekord könnten die Betriebe laut Sharkey 1984 fast wieder herankommen.

## FRANKREICH / Der „rote Milliardär“ sorgt für Agrarexporte in den Ostblock

## In Moskau fast überall offene Türen

**JOACHIM SCHAUFUSS, Paris**  
So schwer es sich Frankreich mit seinen Industriegüterlieferungen in die Sowjetunion tut, so reibungslos klappt es bei den Lebensmitteln. Das verdankt man vor allem Jean-Baptiste Doumeng, Der überzeugte Kommunist, der sich vom Schafstücken zum Multimillionär hochgearbeitet hat, ist unter den Kapitalisten des Westens wohl der mit den besten Beziehungen zum Osten. Seine spektakulären Exporterfolge scheinen der Regierung in Paris deshalb einiges Eigenes zu sein.

So enthält kürzlich der „Canard enchaîné“, daß der „rote Milliardär“ umlagert einen Steuermehlbau von immerhin 15 Millionen Franc erhalten hat. Kurz darauf wurde bekannt, daß die von Doumeng beherrschte Handelsgruppe Interagr (Umsatz etwa 10 Milliarden Franc) mit der Sowjetunion einen neuen Weizenliefervertrag über 1,3 bis 1,5 Millionen Tonnen abgeschlossen hat. Dies entspricht etwa der Hälfte der gesamten französischen Getreideausfuhr in die UdSSR von letztem Jahr.

Der Wert des zum derzeitigen Weltmarktpreis von 147 Dollar je Tonne abgeschlossenen Großauftrags beläuft sich auf 1,5 bis 1,7 Milliarden Franc. Zum Ausgleich der Differenz zwischen dem Weltmarkt- und dem Binnenpreis stellt die EG 50 Dollar je Tonne an Subventionen bereit. Allerdings hatte Doumeng schon häufiger Getreideexporte auch für andere EG-Länder in den Ostblock vermittelt. Diesmal sind allerdings nur französische Firmen beteiligt.

Auffällig ist, daß Moskau den Vertrag nicht wie sonst üblich mit mehreren Händlern ausgehandelt hat, um sie gegenseitig in Konkurrenz zu setzen. Hiert man etwa Schützenhilfe für Doumeng etwa deshalb für notwendig, damit dieser die leeren Kassen der KPJ auffüllen konnte? Oder will man ihn für seine in letzter Zeit stark forcierte prosojetische Kampagne belohnen?

Auch fragt man sich, warum die Sowjets Doumeng in die letzte Moskauer Sitzung der höchstamtlichen

großen französisch-sowjetischen Kommission eingeschleust haben. Noch mehr Aufsehen erregte allerdings sein Rausschmiß durch Kommissionspräsidentin Edith Cresson, der französischen Außenhandelsministerin.

Dabei sollte er eigentlich die „kessse Cresse“ als frühere Landwirtschaftsministerin ablösen - ein Plan, den Präsident Mitterrand aber schließlich ablehnte. Bei den Agrarverhandlungen in Brüssel hatte Doumeng mit seinem polternden Auftreten Frankreich vielleicht manchen Ärger bereiten können. Auf seine Dienste will aber wohl auch die sozialistische Regierung nicht verzichten.

So wurde Doumeng kürzlich in den Verwaltungsrat der französischen Exportkreditversicherung Coface berufen. Schließlich verfügt er nicht nur über die Interagr, sondern über ein ganzes Imperium von Außenhandelsgesellschaften. Selbst der bürgerliche Staatspräsident - Giscard d'Estaing hat sich mehrfach seiner Vermittlung bedient.

## FERTIGBAU-INDUSTRIE / „Sehr guten Muts“

## Geschäft hat sich belebt

**J. BRECH, Hamburg**  
Bei der deutschen Fertigbau-Industrie hat sich das Geschäft in diesem Jahr deutlich belebt. Wie der Bundesverband Montagebau und Fertigbau e. V. in Hamburg erklärt, gehen die gut 50 dem Verband angeschlossenen Mitgliedsfirmen „sehr guten Muts“ in das kommende Jahr. Der Umsatzzuwachs werde voraussichtlich deutlich über dem Wachstum des Jahres 1983 liegen, das mit 10 bis 15 Prozent angenommen wird. Im Wohn- und Nichtwohnbau betrug der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres 11,1 Mrd. DM (plus 30,8 Prozent) und hat damit fast den Umsatz des ganzen Jahres 1982 erreicht (11,6 Mrd. DM). Im Umsatzzuwachs sind durchschnittliche Preissteigerungen von 3,5 bis 4 Prozent enthalten. Für 1984 sind nochmals Korrekturen von 4 Prozent geplant.

Nach Angaben des Verbands sind in den ersten neun Monaten dieses

Jahres 17 457 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienfertigbauern genehmigt worden. Das entspricht einem Bauvolumen von 3,3 Mrd. DM, das gut 33 Prozent über dem des Vorjahres liegt. Im Nichtwohnbau ist ein Bauvolumen von insgesamt 7,4 Mrd. DM genehmigt worden. Die Fertigbau-Industrie hält nach Angaben des Verbands bei freistehenden Einfamilienhäusern einen Marktanteil von gut 48 Prozent.

Die günstigste Prognose für 1984 wird gestützt durch einen wesentlich verbesserten Auftragsbestand. Er reicht bei Einfamilienfertigbauern 6,3 Monate, bei Nichtwohnbauten 2,9 Monate. Die rund 28 000 Arbeitnehmer der Branche sind damit beschäftigt. Im Zuge der steigenden Bauaufträge hat die Industrie auch die Investitionstätigkeit intensiviert. Für dieses und das nächste Jahr sind jeweils 120 bis 140 Mill. DM vorgesehen.

## VERMÖGENSBILDUNG / Gesetz wird etwas teurer

## Kleinbetriebe begünstigt

**GISELA REINERS, Bonn**  
Am Mittwoch wird der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP einige Änderungen am Vermögensbildungsgesetz beschließen. Zehn Tage später kann es dann zusammen mit dem Haushaltsbegleitgesetz im Bundestag verabschiedet werden. Die Kosten für den Bundeshaushalt, die auf 150 (1984) bis 570 Millionen (1987) aus dem Mehrwertsteuereinkommen geschätzt werden, erhöhen sich dadurch um rund sechs bis sieben Millionen Mark.

Insgesamt hatte es elf Änderungsanträge gegeben, davon vier rein redaktioneller Natur. Von den verbleibenden sieben fallen ins Gewicht: die Ausdehnung des Anlagenkatalogs als Anpassungsleistung für die sogenannten Pionierunternehmen, die Nullförderung und die Erweiterung der Kleinbetriebsvergünstigung. Anträge zur allgemeinen Erweiterung des Anlagenkatalogs sowie zur Senkung der Festlegungssfrist für „unechte Bausparen“ von zehn auf sieben Jahre stießen bei Finanzminister Gerhard Stoltenberg auf Ablehnung.

Die Pionierunternehmen hatten in früheren Jahren schon Befreiungen für ihre Mitarbeiter eingeführt, allerdings zu Konditionen, die nicht unter das neue Gesetz fielen wären. Um jedoch auch für die Steuerbefreiung gewähren zu können, sollen Genussrechte als Anlageform zugelassen werden.

Die Nullförderung wird auf Raten- und Lebensversicherungsverträge erweitert. Danach können Arbeitnehmer die zusätzlichen 312 Mark auf diese Verträge zwar einzahlen, erhalten aber keine Sparrzulage. Die ist Kapitalbeteiligungen vorbehalten. Bei der Kleinbetriebsvergünstigung kommen Betriebe mit bis zu 10 Mitarbeitern in den Genuss der Leistungen nach dem Gesetz. Dabei brauchen bei der Mitarbeiterzahl die Lehrlinge, aber neuerdings auch die Schwerbehinderten nicht eingerechnet zu werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte schon vor der Anhörung deutlich gemacht, daß mit tarifvertraglichen Initiativen nicht gerechnet werden könne. Das Gesetz soll zum 1. Januar 1984 in Kraft treten.

## UMSATZRESERVEN erschließen mit neuen Marketing-Erkenntnissen

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, XVIII, 627 S., geb., DM 168,-  
Die neue Arbeitshilfe für den Praktiker, um Investitionsgüterwerbung zu planen, zu gestalten und zu beurteilen. Viele Tips, Anregungen und Ratschläge - so maßgeschneidert, wie die Industriezeugnisse, die es zu verkaufen gilt.

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durchleuchten, entdecken Sie vorher nicht vermutete Reserven zur Ergebnisverbesserung: Checklisten und Maßnahmenkataloge u. a. zu den Bereichen: • Profiteinsatz im Vertrieb • Controlling im Vertrieb • Deckungsbeitrag • Sortimentsbereinigung usw. Sofort ertragswirksam in Ihrem Unternehmen!

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durchleuchten, entdecken Sie vorher nicht vermutete Reserven zur Ergebnisverbesserung: Checklisten und Maßnahmenkataloge u. a. zu den Bereichen: • Profiteinsatz im Vertrieb • Controlling im Vertrieb • Deckungsbeitrag • Sortimentsbereinigung usw. Sofort ertragswirksam in Ihrem Unternehmen!

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durchleuchten, entdecken Sie vorher nicht vermutete Reserven zur Ergebnisverbesserung: Checklisten und Maßnahmenkataloge u. a. zu den Bereichen: • Profiteinsatz im Vertrieb • Controlling im Vertrieb • Deckungsbeitrag • Sortimentsbereinigung usw. Sofort ertragswirksam in Ihrem Unternehmen!

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durchleuchten, entdecken Sie vorher nicht vermutete Reserven zur Ergebnisverbesserung: Checklisten und Maßnahmenkataloge u. a. zu den Bereichen: • Profiteinsatz im Vertrieb • Controlling im Vertrieb • Deckungsbeitrag • Sortimentsbereinigung usw. Sofort ertragswirksam in Ihrem Unternehmen!

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durchleuchten, entdecken Sie vorher nicht vermutete Reserven zur Ergebnisverbesserung: Checklisten und Maßnahmenkataloge u. a. zu den Bereichen: • Profiteinsatz im Vertrieb • Controlling im Vertrieb • Deckungsbeitrag • Sortimentsbereinigung usw. Sofort ertragswirksam in Ihrem Unternehmen!

**Handbuch Werbung für Investitionsgüter**  
1983, 294 S., Ordner, DM 198,-  
Wenn Sie mit dieser Checkliste Ihren Vertrieb durch



## INTERMETALL / Chips für digitales Fernsehen

## Kräftiges Wachstum geplant

**WERNER NEITZEL, Freiburg**  
Die Intermetall Halbleiterwerk der Deutsche ITT Industries GmbH, Freiburg, einer der führenden Chip-Hersteller, steuert im Jahre 1984 die Umsatzmarke von 500 Mill. DM an, was auf eine Steigerung von rund 25 Prozent hinausläuft.

Einer der wesentlichsten Impulse für dieses kräftige Wachstum ist nach Angaben von Geschäftsführer Lubo Micic, der zugleich als Managing Director an der Spitze der gesamten ITT-Semiconductors-Gruppe (Umsatz 1983 rund 200 Mill. Dollar und weiteren Werken in Frankreich, Italien und USA) steht, die große Nachfrage nach von Intermetall entwickelten und produzierten hochintegrierten Schaltungen für das digitale Fernsehkonzept „Digit 3000“.

Mit diesem beginnt eine neue Ära in der Fernsehempfangstechnik. In Freiburg wurde mit Investitionen von 60 Mill. DM ein neues Technologiezentrum errichtet und die Großserienfertigung für derartig hochintegrierte Chips gestartet. Für das kommende Jahr rechnet das Unternehmen, das seinen zeitlichen Vorsprung

in dieser Technologie (von den etwa 500 Bauelementen im Farbfernseher fallen durch diesen Integrations-schritt rund 300 fort) auf etwa zwei Jahre veranschlagt, mit der Produktion von rund 2 Mill. Bauelementen (Kilts).

Im ablaufenden Jahr 1983 erreicht Intermetall, die in den Werken Freiburg und Nürnberg rund 1600 Mitarbeiter beschäftigt und in ihrer Fertigung hochautomatisiert ist, eine Umsatzsteigerung von 17 Prozent auf 400 Mill. DM. Der Exportanteil liegt über 60 Prozent. Vom Halbleiter-Umsatz entfallen 55 Prozent auf Bauelemente für die Unterhaltungselektronik, etwa 20 Prozent gehen in die Nachrichtentechnik, an die 10 Prozent in die Automobil-Elektronik und der Rest in sonstige Bereiche.

Für Forschung und Entwicklung wurden in den letzten fünf Jahren bei Intermetall über 120 Mill. DM ausgegeben. Die Investitionen beliefen sich in jenem Zeitraum auf über 200 Mill. DM. Für die nächsten fünf Jahre sind weitere Investitionen von 300 Mill. DM geplant.

## BASF FARBEN + FASERN / Standort Hamburg

## Wird Werk geschlossen?

**JAN BRECH, Hamburg**  
Die BASF Farben + Faser AG, Hamburg, die mit acht Werken zu den führenden deutschen Lack- und Farbenherstellern zählt, plant, ihr Werk in Hamburg Wandsbek, die frühere Glasurit-Werke Max Winkelmann AG, zu schließen und den Sitz der Gesellschaft nach Münster-Eilstrup zu verlagern. Eine endgültige Entscheidung, so heißt es, soll Anfang nächsten Jahres fallen. In einer Betriebsversammlung hat der Vorstand des Unternehmens aber keinen Zweifel daran gelassen, daß eine Aufgabe des Standorts Hamburg aus betriebswirtschaftlicher Sicht unausweichlich sein werde. Die Verlagerung soll im Fall einer Entscheidung gegen Hamburg Ende 1985, Anfang 1986 vollzogen werden.

Aus dem Hamburger Werk ist bereits im Herbst dieses Jahres aus bautechnischen Gründen die Produktion von Cell-Coating-Lacken nach Münster verlagert worden. Betroffen waren 45 Mitarbeiter. In Wandsbek werden zur Zeit noch Blechballagen-

Lacks (Produktionswert rund 40 Mill. DM) hergestellt. Diese Produktion, betont der Vorstand, reiche aber nicht mehr aus, um die Kosten des Standorts zu tragen. Andererseits sei die Aufnahme einer anderen Produktion wegen der stagnierenden Märkte bei Lacken und Farben nicht möglich. Von den Maßnahmen nicht betroffen ist das zweite Hamburger BASF-Werk im Stadtteil Billbrook.

In Wandsbek werden zur Zeit 390 Mitarbeiter beschäftigt, davon 180 in der Produktion, 210 in der Verwaltung. Mehr als der Hälfte aller Mitarbeiter soll ein Arbeitsplatz in Münster angeboten werden. Mitarbeiter über 55 Jahre können vorzeitig pensioniert werden, so der Vorstand.

Die Farben- und Lackgruppe des Chemiekonzerns BASF hat im vergangenen Jahr rund 14 Mrd. DM umgesetzt. Beschäftigt werden rund 6000 Mitarbeiter. Als Jahresüberschuss wurden knapp 70 Mill. DM ausgewiesen. Auch dieses Jahr schreibt die Gruppe mit schwarzen Zahlen, erklärte der Vorstand.

## JCB BAUMASCHINEN / Harter Wettbewerb macht Überleben immer schwieriger

## Durch klares Programm gut gerüstet

**DANKWARD SEITZ, Köln**  
Auf weiterhin harte Zeiten, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie in den vergangenen beiden Jahren, richtet sich die JCB Baumaschinen GmbH, Köln, ein. Es ist die Vorsicht, die Horst Bock, Geschäftsführer der deutschen Tochter des britischen JCB-Konzerns, trotz wieder günstiger Baumaschinen-Konjunktur im laufenden Jahr dies ratsam erscheinen läßt. Der äußerst harte Wettbewerb, der das Überleben immer schwieriger mache, werde noch lange die Branche belasten.

Eine große Gefahr für den Markt sieht Bock darin, daß der Trend eindeutig weg vom Großgerät geht, denn auch in Zukunft würden in der Bundesrepublik größere Ertragsvorteile so gut wie nicht mehr durchgeföhrt. Viele Hersteller hätten diesen Strukturwandel noch nicht erkannt und würden weiter Lagerbestände mit Antiquitätencharakter aufbauen sowie noch an einer zu umfangreichen Produktpalette festhalten.

Aus diesem Grunde und um die eigene finanzielle Kraft nicht zu schwächen, sieht Bock, auf den Fall

IBH angesprochen, in JCB keinen potentiellen Käufer von Firmenteilen des in große Schwierigkeiten geratenen Mainzer Baumaschinen-Konzerns. Man habe zwar „Augen und Ohren am Markt“, sei jedoch, wenn überhaupt, nur an „gesunden Teilen“ interessiert, die zudem noch zum eigenen Produktprogramm (Baggerlader, Radlader und Teleskopstapler) passen müßten.

Gerade weil sich JCB auf ein klares Produktprogramm mit kleinen und mittleren vielseitig einsetzbaren Baumaschinen konzentriert habe, die vor allem bei den Verkleidungsprojekten der Städte gefragt seien, sieht sich Bock für die Zukunft gut gerüstet.

Für das laufende Jahr erwartet Bock für die deutsche JCB bei einem Absatz von etwas mehr als 300 Geräten einen Umsatz von gut 25 Mill. DM und einen gegenüber 1982 leicht verbesserten Bruttogewinn. Schon für das Vorjahr hatte er sich dieses Umsatzziel gesteckt, aber einen Rückgang von 3 Prozent auf etwas über 20 (21) Mill. DM hinnehmen müssen.

Zufrieden zeigte sich Bock den-

noch damit, weil der Gesamtmarkt im Durchschnitt eine Absatzeinbuße von rund 33 Prozent verzeichnete, während JCB mit 220 verkauften Maschinen „nur“ um 17 Prozent zurückstecken mußte. Den JCB-Anteil am deutschen Markt für Baggerlader, der 1983 mit etwa 1050 Stück (plus 43 Prozent) wieder das Niveau von 1978 erreichen dürfte, liege derzeit bei 21,5 (21,4 nach 17,5) Prozent.

Für 1984 zeigte sich Bock recht zuversichtlich in der Bundesrepublik 380 bis 400 Maschinen absetzen und einen Umsatz von 29 bis 30 Mill. DM erreichen zu können. Der Bestand bei den 20 Händlern sei äußerst gering, zudem könne man begünstigt durch das Wohnungsbau-Programm der Bundesregierung von einem um 2 bis 4 Prozent wachsenden Marktvolumen ausgehen.

Die britische Mutter in Rochester wird Angaben von Bock 1983 rund 7100 (6000) Maschinen produzieren und einen Umsatz von umgerechnet 520 (450) Mill. DM erzielen. Weltweit (ohne USA) liege ihr Marktanteil bei Baggerladern damit bei 25,4 (mit USA: 15,7) Prozent.

## LEITENDE ANGESTELLTE / Kampf um eine eigenständige soziale Gruppe

## Ausschüsse rechtlich verankern

**KAREN SÖHLER, Bonn**  
Die leitenden Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland, eine Minderheit im Meer der Beschäftigten, bemühen sich seit Jahren darum, als eigenständige soziale Gruppe anerkannt zu werden. Schon 1951 gründeten sie die Union der Leitenden Angestellten (Ula), die Spitzenorganisation der deutschen Führungskräfte. Unter diesem Dach haben sich sieben Mitgliedsverbände vereint, wobei der Ula-Verband der angestellten Akademiker und Leitenden Angestellten der chemischen Industrie (VAA) das meiste Gewicht in den Zusammenschluß einbringt. Denn mit 20 000 Mitgliedern stellt dieser Unterverband gut die Hälfte aller Mitglieder – etwa fünf Prozent der führenden Arbeiterschaft. So wundert es nicht, wenn der VAA häufig als Sprachrohr der leitenden Angestellten auftritt.

Auf möglichst viele offene Ohren soll dabei vor allem eine Forderung stoßen: die rechtliche Anerkennung

der Sprecherausschüsse. Zwar hätten sich die seit mehr als zehn Jahren bestehenden, freiwillig gebildeten Gremien bewährt, erklärte Winfried Wiegäbe, zweiter Vorsitzender der VAA, gegenüber der WELT. Aber eine umfassende frühzeitige Benachrichtigung über mittelfristig anstehende Entscheidungen im Unternehmen fehle in den meisten Fällen. Konsequenz: Die leitenden Angestellten stehen vor vollendeten Tatsachen. Eine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse hingegen ermöglichte es, die Führungskräfte in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen. In diesem Zusammenhang betonte Wiegäbe allerdings, daß es nicht darum gehe, einen Betriebsrat für leitende Angestellte zu schaffen.

Neben diesem die Betriebsverfassung betreffenden Anspruch rangiert nahezu gleichwertig die Forderung nach einer bestimmten Durchführungs- und Mitbestimmungsrechte. Bislang ist es im allgemeinen üblich, daß in Unternehmen mit mehr als 8000 Mitarbeitern Wahlmänner die

Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat bestimmen, wobei das Verhältniswahlrecht angewandt wird. Dieses Verfahren entspricht nach Meinung der leitenden Angestellten weder den demokratischen noch den ordnungspolitischen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland. Sie halten daher grundsätzlich eine Urwahl für die angemessenere Methode.

Nun läßt sich die Urwahl in Gruppen oder gemeinsam durchführen. Der Verband sieht mehr Gerechtigkeit in einer Gruppenwahl. Denn bei diesem Verfahren wählen Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte jeweils ihre eigenen Vertreter in den Aufsichtsrat. Der Vorteil der Kombination „Urwahl in Gruppen“ ist, daß Minderheiten nicht in den Sog der Masse geraten, sondern wirklich von selbstbestimmten Repräsentanten vertreten werden. Ob diese schon seit langem bestehenden Forderungen auf fruchtbaren Boden fallen, läßt sich trotz Regierungswechsel nicht sagen.

## NOVOPAN / Neues Spanplattenwerk für 25 Millionen

## Produktion steigt wieder

**DOMINIK SCHMIDT, Göttingen**

Die seit Jahren anhaltende Talfahrt der deutschen Spanplattenindustrie ist 1983 gestoppt worden. Erstmals seit 1980 rechnet die Branche wieder mit einer steigenden Produktion. Olaf Glunz, geschäftsführender Gesellschafter der zur Glunz-Gruppe gehörenden Deutschen Novopan KG, Göttingen, geht davon aus, daß in der Bundesrepublik im laufenden Jahr 5,6 (1982: 5,49) Mill. Kubikmeter Spanplatten gefertigt werden. Dieses Ergebnis liege aber noch deutlich unter dem von 1980 mit 6,24 Mill. Kubikmeter. Der Export dürfte mit 0,7 Mill. Kubikmeter fast wieder das Niveau des Vorjahres erreichen; gleichzeitig erhöhe sich aber der Spanplattenimport auf 0,9 (0,76) Mill. Kubikmeter. Der Anteil der deutschen Produktion an der europäischen Produktion liegt bei 34 Prozent.

Zuversichtlich beurteilt Glunz die Entwicklung der eigenen Gruppe, zu der neben Novopan die Firmen Greco in Meppen, Emsland Spanplatten in Papenburg, Agepan in Heusweiler, Triangel in Sassenburg, Nordprofil in Hamburg und Glunz Bauelemente in

Papenburg gehören. Hinzu kommen sieben Handels- und Dienstleistungsunternehmen im west- und norddeutschen Raum. Innerhalb der Gruppe werden rund 1800 Mitarbeiter beschäftigt. Den Gruppenumsatz bezieht Glunz auf etwa 500 Mill. DM.

Die Deutsche Novopan, an der Glunz 1979 die Mehrheit erworben hatte, rechnet 1983 mit einer Produktion von 190 000 Kubikmeter und einem Umsatz von rund 78 Mill. DM. In dem Werk in Göttingen werden 230 Mitarbeiter beschäftigt. Im Rahmen der derzeit vorbereiteten Neuordnung der Glunz-Gruppe soll die Rechtsform der Novopan in eine GmbH geändert werden.

Das Unternehmen nimmt jetzt das größte Umbauprojekt seiner Geschichte in Angriff. Die beiden vorhandenen Form- und Pressenstränge, Kernstück der Spanplattenfertigung, sollen durch eine moderne Stempelkam-Bandanlage und ein automatisches Reiflagger mit angeschlossener Schleifstraße und Abstapelsystem ersetzt werden. Die Investitionen dafür werden mit 25 Mill. DM veranschlagt.

## BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Otto H. Jacobs: Internationale Unternehmensbesteuerung. C. H. Beck Verlag, München 1983, 575 S., (Lb.), 148 Mark.

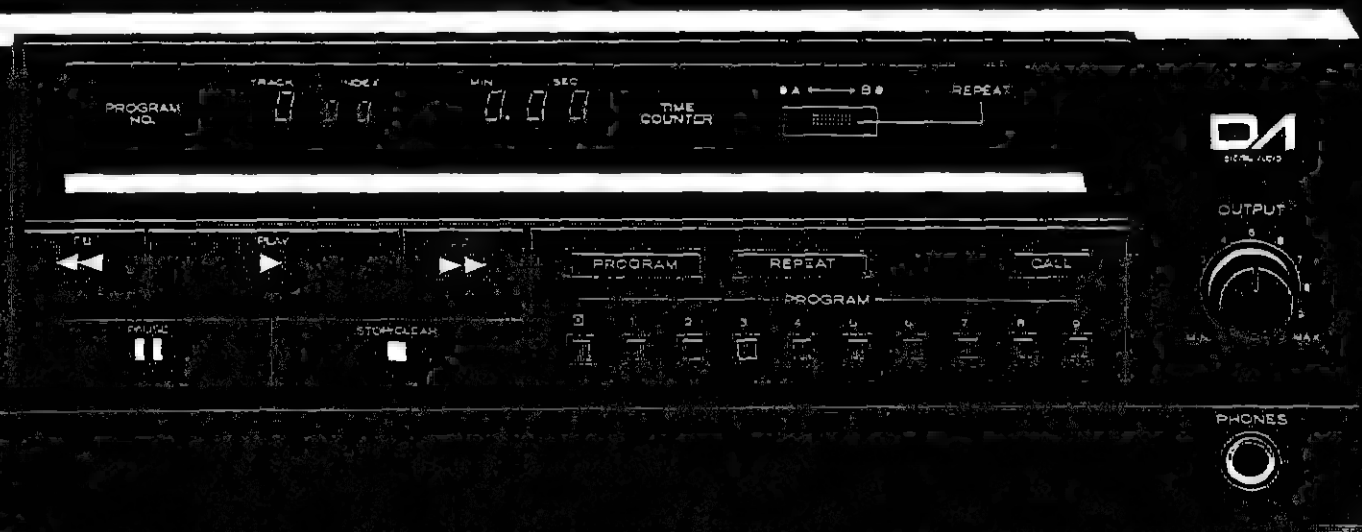
Die Neuerscheinung untersucht die Möglichkeiten und Methoden zur Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerungen, die ein deutsches Unternehmen bei der Gestaltung seiner Auslandsbeziehungen ausnutzen kann. Die materiellen Grundlagen der internationalen Unternehmensbesteuerung bilden den ersten Teil der Darstellung. Die in- und ausländischen Folgen der verschiedenen Handlungsalternativen zeigt der sehr ins Detail gehende zweite Teil. Praktische Beispiele und Gegenüberstellungen verdeutlichen die steuerlichen Belastungsdifferenzen, die wiederum Grundlage für eine steueroptimale Gestaltung der unternehmerischen Auslandsbeziehungen sind. Mit einmaligen Besteuerungsgeschäften beschäftigt sich der dritte Teil und mit verfahrensrechtlichen Fragen der vierte und abschließende Teil.

Bärnmann/Pick/Merle: Wohnungs-

eigentumsgesetz. C. H. Beck Verlag, München 1983, 1037 S., (Lb.), 148 Mark.

Wohnungseigentum ist zu einer Massenerscheinung geworden. Die Vielfalt der aufgetretenen Erscheinungsformen bei Begründung, Bau und Verwaltung von Eigentumswohnungen führte dazu, daß sich in zunehmender Zahl Rechtsprobleme stellten und zu gerichtlichem Entscheidungen führten. Dabei war die rechtliche Konstruktion des Wohnungseigentums außer Frage, hingegen die innere Organisation der Eigentümergemeinschaften Stein des Anstoßes. Probleme ergeben sich auch aus den der Errichtung von Eigentumswohnungen zugrundeliegenden rechtlichen Verträgen und ihrer Abwicklung, sowohl was den Erwerb vom Bauträger als auch was die Bauherrenmodelle betrifft. Dieser Teil wurde von Grund auf neu formuliert, das Sachregister wurde erweitert und erleichtert den Zugang zu den Einzelbestimmungen, die im Licht der neuesten Rechtsprechung (Stand Anfang 1983) erläutert sind.

## DIE MODERNE ART, EIN ORCHESTER ZU DIRIGIEREN



Sie können die langsamen Passagen überspringen. Mit dem Finale beginnen. Oder das Hornsolo sechs Mal wiederholen. CD-Player haben dies ermöglicht, und der DA-800 von Hitachi macht es Ihnen besonders leicht.

Die Vorzüge des DA-800 fallen gleich ins Auge: Alle seine Programmierfunktionen können mit den wenigen, überlegt angeordneten Reglern auf der Frontseite bedient werden. Der DA-800 ist ein horizontaler Schubblader und läßt sich deshalb bequem mit anderen Bausteinen kombinieren.

Ein weiterer Vorteil befindet sich direkt über dem Netzschalter: der Markenname Hitachi. Hitachi stellte bereits 1977 Prototypen von digitalen Tonsystemen vor und entwickelte auch einen der ersten CD-Player für den



HiFi-Enthusiasten – den DA-1000.

Selbstverständlich besticht der DA-800 auch durch ohrenbetörende Technik: Weder Rauschen noch Gleichlaufschwankungen. 0,003% Klirrfaktor. Ein Dynamikbereich – 95 dB – der an das Niveau von Live-Darbietungen heranreicht.

Dieser Player bietet ebenfalls vielseitigen Komfort. Sie können beispielsweise die einzelnen Stücke in der gewünschten Reihenfolge hören, einzelne Abschnitte, Stücke oder auch die ganze Platte wiederholen. Mit der Skip-Einrichtung können Sie schnell – vorwärts oder rückwärts – eine besonders schöne Passage anspielen.

Machen Sie einmal eine Hörprobe mit dem Hitachi

DA-800, und erleben Sie, wie leicht es sein kann, ein Orchester zu dirigieren. Oder eine Rock-Band zu leiten. Oder mit einem Trio zu improvisieren. Auf die moderne Art.

Hitachi  
Compact Disc  
Digital Audio Spieler  
DA-800

**HITACHI**  
ZUKUNFTWEISEND

Anfragen an: HITACHI SALES EUROPA GmbH, Ringedamm 2, 2050 Hamburg 80 Tel: (040) 734 11-0  
HITACHI SALES WARENHANDELS-GmbH, Kreuzgasse 27, 1180 Wien Tel: 0 22 243 93 67



## REPUBLIK KOREA

Ihr hundertjähriges Jubiläum feiern in diesen Tagen die deutsch-koreanischen Beziehungen. Es begann mit einem Freundschaftsvertrag, den der Hof mit dem Deutschen Reich schloß, und heute sind die

Beziehungen eng, obwohl deutsche Investitionen sich eher bescheiden ausnehmen. Grund dafür gibt es nicht. Auch die Disziplin, mit der das Land schwere Schläge hinnahm, zeugt von seiner Kraft.

## Chun konnte Zweifel an seiner Aufgabe zerstreuen

Von MANFRED NEUBER

Südkorea hat die schweren Schicksalsschläge der vergangenen Monate in disziplinierter Haltung überwunden. Die Trauer um die Opfer kommunistischer Gewalttakte stärkte den Gemeinschaftssinn und schuf eine besondere Solidarität zwischen dem Volk und der Führung.

Wenn die Feinde des Landes das Gegenteil erreichen wollten, haben sie sich getuscht. Nach dem Abschluß des koreanischen Verkehrsflugzeuges mit 369 Menschen an Bord durch die Sowjets und nach dem Attentat auf die Regierungsdelegation in Birma, wo durch Agenten Nordkoreas zwanzig Personen ums Leben kamen, gewann Seoul auch an Sympathie draußen in der Welt.

Der kürzliche Staatsbesuch von US-Präsident Ronald Reagan in Südkorea trug wesentlich dazu bei, die Stellung des Staatschefs Chun Doo Hwan zu festigen. Indem die USA ihre Sicherheitsgarantien für Seoul bekräftigten, schreckten sie den potentiellen Aggressor im Norden von einem Überfall ab.

In der Bevölkerung hält sich jedoch Argwohn über ihre Regierung. Nach konfuzianischer Denkschule können die Herrscher – auch ohne eigenes Verschulden – von den Göttern verlassen sein. Sie werden dann zu einer Bürde für die Untertanen und verlieren das „Mandat des Himmels“ zum Regieren.

Gilt das auch für Präsident Chun? Daß er dem Attentat in Rangun durch eine glückliche Fügung entging, läßt eher die Deutung zu, er sei durch die Vorsehung gerettet worden. Durch sein entschlossenes Handeln in ersten Krisenfällen konnte er viele Zweifel an seiner geschichtlichen Aufgabe zerstreuen.

### Von den Göttern verlassen?

Nach eigenem Bekunden will Chun das Land aus der autoritären Herrschaft in eine demokratische Ordnung führen. Darin ist er jetzt von Präsident Reagan bestärkt worden, der in Seoul erklärte: „Das würde ein unschätzbar wertvolles Erbe für das koreanische Volk sein.“

Der Fallschirm-Jäger General Chun kam 1980 durch einen „kalten Putsch“ an die Macht, nachdem Präsident Park im Oktober 1979 vom eigenen

Geheimdienst ermordet worden war. Chun will nach Ablauf seiner Amtszeit im März 1988 eine „verfassungsmäßige Übergabe der Regierungsgewalt“ garantieren.

Politische Beobachter in Seoul sehen fürs erste keine personelle Alternative. Solange das Parlament nur eine untergeordnete Rolle spielen kann und die Opposition gegen das Regime am kurzen Zügel gehalten wird, können sich kaum Anwärter auf die Nachfolge entfalten. Wann kommt die Einsicht, daß deshalb Lockerungen nötig sind?

Gegenwärtig stehen noch etwa 300 Politiker unter dem Verbot öffentlicher Betätigung. Die Angaben über die Zahl politischer Häftlinge, vorwiegend Studenten, schwanken zwischen 400 und 1000. Die Presse befreit sich einer Selbstzensur, und Arbeitnehmer-Vertretungen, die als Gewerkschaften gelten können, gibt es nicht.

Verglichen mit der Anfangsphase des Chun-Regimes, als die Studenten-Revolution in Kwangju blutig niedergeschlagen wurde, hat es in jüngster Zeit einige ermutigende Entwicklungen gegeben. So wurden im August mehr als hundert politische Gefangene freigelassen, und eine ähnlich große Anzahl von Politikern unterliegt seither keinen Beschränkungen.

Westliche Diplomaten glauben, daß Seoul ohne die Rückschläge der zurückliegenden Monate auf diesem Wege schneller vorangeschritten wäre. Man erwartet weitere Erleichterungen, ist sich aber auch bewußt, daß der Test für den Willen zur Liberalisierung darin besteht, ob auch die Oppositionsführer Kim Young Sam und der im Exil lebende Kim Dae Jung einbezogen werden.

Über die zugelassene Opposition in der Nationalversammlung wird neuerdings ausführlicher in der Presse berichtet. So erfährt die Öffentlichkeit über deren Forderung nach einer Amnestie für politische Gefangene und nach der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk.

Im Jahre 1985 stehen Wahlen zur Nationalversammlung an. Sie könnten zu einem Markstein in Richtung eines demokratischen Wandels in Südkorea werden. Im Hinblick auf internationale Großveranstaltungen, von der Jahrestagung der Interparlamentarischen Union im vorigen Monat bis hin zu den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul, dürfte die Regierung an weltweitem Ansehen interessiert sein.

Die Kabinettsneubildung, die nach dem Blutbad in Rangun notwendig wurde, hat nach allgemeinem Eindruck an dem wirtschaftspolitischen Kurs einer Verringerung des Staatsanteils an der Volkswirtschaft mit gleichzeitiger Ausdehnung des privaten Unternehmertums sowie der Liberalisierung des Außenhandels nichts geändert.

Mit diesen Leitlinien für eine freie Marktwirtschaft könnte Südkorea bis Ende der achtziger Jahre einen Durchbruch in seiner Entwicklung erreichen, so wie in der Nachbar Japan vor fünfzehn Jahren schaffte. Zunächst konnte eine Vertrauenskrise vermieden werden, der nach dem Tod führender Minister der Wirtschaftssequipe befürchtet wurde.

In Südkorea, das einige Jahre der Stagnation hinter sich hat, lernt man aus früheren Fehlern. So war die Mitte 1980 angeordnete Umstrukturierung der Wirtschaft ein Fehlschlag, und auch der 1981 entworfene Fünfjahresplan schien in der ursprünglichen Form zu scheitern, weil der Präsident damals mehr auf militärische Berater als auf zivile Experten hörte.

### Bemüht um Kapital und fremdes Know-how

Die Wende zum Besseren kam mit einer Regierungsumbildung 1982, als hochkarätige Fachleute in die Wirtschaftressorts rückten. Sie zögerten nicht lange, irrealen Vorstellungen im Fünfjahresplan zu ändern. Dieses Jahres, nach einem weiteren Revirement, stellten sie die Zeichen wieder auf Aufschwung.

Seoul bemüht sich um mehr ausländisches Kapital und Know-how, um seine Wettbewerbsfähigkeit bei hochentwickelten Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu verbessern. Gleichzeitig muß es dazu übergehen, den heimischen Markt für ausländische Waren mehr zu öffnen.

Während die Diplomatie eine wichtige Rolle dabei spielt, die Rohstoffzufuhr zu sichern und neue Absatzmärkte für koreanische Erzeugnisse in Asien und Afrika zu gewinnen, soll die Zahlungsbilanz durch zwei dringende Vorhaben verbessert werden: eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft, um Einfuhren von Lebensmitteln einzusparen, und einen Ausbau der Kernenergie-Anlagen, um die Einfuhren an Rohöl zu reduzieren und Devisen sparen zu können.



Korea im Herbst, Nebel verwandeln die Landschaft in zarte Aquarelle

Foto: KLAUS KUGLER

## Seoul rechnet mit Zuwachs von 9,9 Prozent

Von FRED DE LA TROBE

Die Wirtschaftspolitiker Südkoreas haben drei vorrangige Ziele im Visier: fortgesetztes hohes Wachstum, Preisstabilität und eine verbesserte Einkommensverteilung.

Der erste Zielpunkt ließ sich mit einer realen Zuwachsrate von 9,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhen, während gleichzeitig die Einfuhren um 4,2 Prozent zunahmen. Das Defizit der Handelsbilanz kam in dieser Periode auf 3,1 Milliarden Mark oder ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Betrug von 62 Millionen Mark beteiligt ist. Die koreanischen Investitionen im Ausland belaufen sich bisher auf eine Summe von 918 Millionen Mark.

Die Exporte waren 1983 nur um knapp zwei Prozent gestiegen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhten sie sich aber um fast 7 Prozent, während gleichzeitig die Einfuhren um 4,2 Prozent zunahmen. Das Defizit der Handelsbilanz kam in dieser Periode auf 3,1 Milliarden Mark oder ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

### Zwei Drittel kommen aus USA und Japan

Die sinkenden Ölpreise und eine gute Ernte, die zu geringeren Getreideimporten führte, verhinderten eine Zunahme des Defizits der Handelsbilanz. Den Exporten kam die Preisstabilität im Lande und eine De-facto-Abwertung des gleitenden Won um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zugute. So hat sich auch die Wettbewerbsstärke der südkoreanischen Exportindustrie gegenüber Taiwan, Singapur und Hongkong wieder erhöht.

Mit dem sinkenden Fehlbetrag der Handelsbilanz ist in den ersten neun Monaten 1983 auch das Leistungsbilanzdefizit um 29 Prozent auf 3,5 Milliarden Mark zurückgegangen. Im ganzen Jahr 1982 belief sich der Fehlbetrag auf 6,5 Milliarden Mark. Die

Devisenreserven hatten Ende September einen Wert von 16,4 Milliarden Mark. Das waren 1,7 Mrd. Mark weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Um eine Konjunkturüberhitzung und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu verhindern, will die Regierung versuchen, den Privatkonsum zu drosseln und die Staatsausgaben einzuschränken. Steuervergünstigungen beim Einkauf kurzlebiger Konsumgüter werden rückgängig gemacht. Durch Einwirkung auf die Tarifpartner soll ferner erreicht werden, daß die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzt bleiben. Regierungsbeamte und -angestellte müssen 1984 einen Gehaltsschritt hinnehmen.

Im kommenden Jahr soll auch der Staatshaushalt auf der Höhe des diesjährigen von 36 Milliarden Mark gehalten werden. Da an den Verteidigungsausgaben nicht gerührt wird, müssen öffentliche Projekte beim Wohnungsbau und der Anlage von Eisenbahnstrecken, Straßen und Häfen gestrichen werden. Die Regierung will auch die Währungspolitik flexibel handhaben, um finanzielle Engpässe zu vermeiden.

Statt an eine Ausweitung der Geldversorgung um 12 Prozent, wie am Jahresanfang geplant, ist jetzt eine Zunahme um 16 Prozent vorgesehen. Diese Grenze wird aber voraussichtlich überschritten werden, da schon

Ende Juli eine Expansion von 19 Prozent zu verzeichnen war.

### Als zuverlässiger Zahler bekannt

Südkorea ist gegenwärtig das viertgrößte Schuldnerland der Welt, in internationalen Bankkreisen ist die Republik aber als zuverlässiger Zahler bekannt. Die gesamten Auslandschulden des Landes belaufen sich auf 101 Milliarden Mark, die Schuldendienstquote (mittel- und langfristige) beträgt 15,5 Prozent.

Das koreanische Entwicklungsbank (KDI) hat sich allerdings kürzlich, besorgt über die Höhe der Verpflichtungen gegenüber den 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachenden

Das KDI sieht aber die Wachstumsaussichten der koreanischen Wirtschaft in einem günstigen Licht. Es schätzt die durchschnittliche reale Zuwachsrate in den Jahren zwischen 1983 und 1990 mit 7,5 Prozent ein. Selbst bei einer Zunahme protektionistischer Abwehrmaßnahmen gegen Lieferungen aus Korea könnten Exporteinfuhrsteuern vorübergehend durch verstärkte Nachfrage aus dem Inland ausgeglichen werden. Im Bereich des Wohnungsbau, der Erziehung, des Verkehrswesens und anderen Bereichen gibt es noch große Möglichkeiten für öffentliche und private Investitionen.

# Erstklassig fliegen zum Business Class-Tarif. Gibt's das wirklich?

Als sich Korean Air Lines daran machte, die neue „Prestige Business Class“ zu entwickeln, sollte es etwas Besonderes werden. Deshalb nahmen wir die gleichen Sitze wie für unsere First Class – weiche, lederbezogene, geräumige Sessel – und plazierte 24 von ihnen in der Spitze des Hauptdecks unserer B 747-Maschinen.

Aber auch unsere anderen Leistungen zum Business

Class-Tarif verdienen das Prädikat erstklassig zu Recht: Die exzellenten Mahlzeiten und Getränke, die Bord-Bar, die zwei verschiedenen Filme, deren Ton Sie über First Class-Kopfhörer empfangen können, und all die anderen Annehmlichkeiten, die Sie in der vom scharfen Wettbewerb gekennzeichneten Welt der Geschäftsreisen erwarten können – all das bietet Ihnen Korean Air Lines zum Business Class-Tarif!

Entdecken Sie selbst, wie angenehm es sein kann, beim Fliegen zu sparen. Prestige Business Class: Eine Klasse für erstklassiges Fliegen.

Korean Air Lines fliegt 4 x pro Woche von Europa nach Seoul. Donnerstags und sonntags um 13.00 Uhr ab Paris direkt, mittwochs und samstags via Jeddah und Bahrain ab Zürich um 12.20 Uhr.

**KOREAN AIR LINES**  
Es ist uns eine Ehre, weltweit für Sie da zu sein.



SEOUL / Für die Sommerspiele 1988 krepelt sich eine Stadt um

## 35 Mio. Bäume werden gepflanzt, dann ist man für Olympia gerüstet

Fast jeder vierte der rund 40 Millionen Einwohner Südkoreas lebt in der Hauptstadt Seoul. Sie ist damit – nach Bewertungskriterium – die dritt- oder siebentgrößte Metropole der Welt. Bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von vier Prozent wird die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 auf fünfzehn Millionen answellen.

Der naive Stolz vieler Koreaner über das dynamische Wachstum ist noch kaum durch Sorgen über die Umweltprobleme getrübt. Aber es gibt auch erste warnende Stimmen wie die des Universitätsprofessors Rhee Chong Ik, der befürchtet: „Vielles wächst schneller, als für uns gut sein kann.“

Seoul ist eine riesige Baustelle. Tag und Nacht wird an einem ausgedehnten U-Bahn-Netz gearbeitet, für das 4,6 Milliarden Mark aufgewandt werden. Es soll in zwei Jahren fertig sein. So lange müssen die Seouler noch mit riesigen Umkleitungen und Stauungen leben.

Vor dreißig Jahren, am Ende des Korea-Krieges, lag Seoul in Schutt und Asche. Was bisher beim Wiederaufbau geleistet wurde, verdient Bewunderung. Was aus Seoul in den nächsten Jahren noch werden soll, ist beinahe unvorstellbar, aber wird mit Sicherheit erreicht.

Eine starke Regierung zieht mit fester Hand ihre grandiosen Pläne durch. Internationale Großereignisse sind dabei die Triebfeder: die Asiatischen Spiele 1986 und die Olympischen Sommerspiele 1988 sowie Tagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

### Unvorstellbares wird erreicht

Der Sportkomplex am Han-Fluß ist schon heute imposant: Das Olympiastadion mit 100 000 Sitzplätzen wird Mitte nächsten Jahres fertig sein, die Schwimmhalle und andere Sportanlagen sind bereits seit Jahren erprobt. Korea kennt keine Terminnot wie andere Olympiaorte.

Auch das olympische Dorf, das 12 000 Sportler und 8000 Journalisten aufnehmen soll, wird rechtzeitig zu den Asiatischen Spielen eingeweiht und erlebt so lange vor dem Eröffnen der olympischen Fanfare seine Generalprobe. Auf demselben Komplex entstehen Sporthochschulen.

Alle olympischen Bauten werden von kommerziellen Bauträgern erstellt, die nach den Olympischen Spielen 1988 die weitere Nutzung suchen werden. Auf dieselbe Weise – also ohne Kosten für die Organisatoren der Spiele – erhält Korea die Einrichtungen für die Ruder- und die Segelwettbewerbe in den Hafenstädten Incheon und Pusan.

Der erste Koreaner übrigens, der eine Goldmedaille errang, startete für Japan. Damals, im Jahre 1936, stand seine Heimat noch unter japanischer Herrschaft. Es war Son Ki-chong, der in Berlin den Marathonlauf gewann. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Koreaner erstmals 1948 in London unter eigener Flagge teilnehmen.

Die größten Erfolge erzielten sie 1976 in Montreal mit einer Gold-, einer Silber- und vier Bronzemedallen. Der sportliche Aufschwung im „Land der Morgenröte“ wurde voriges Jahr bei den Asiatischen Spielen in Neu-Delhi deutlich, wo Südkorea hinter China und Japan auf den dritten Rang kam.

Zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele im eigenen Lande hat ein Ausleseverfahren begonnen, bei dem Medaillenwärter von morgen unter Zehntausenden von Jugendlichen entdeckt werden sollen. Armee und Polizei bildeten besondere Sportkompanien.

Populärste Sportarten in Korea sind Baseball und Fußball. Wie könnte es auch anders sein: Den Fußball brachten Engländer ins Land, mit Baseball begann erstaunlicherweise eine deutsche Sprachschule. Die koreanische Kampfsportart Taekwondo steht 1988 als Schaussport ohne Medaillenvergabe auf dem olympischen Programm.

Das olympische Dorf soll nach 1988 eine Satellitenstadt werden – ähnliche Pläne entstehen gegenwärtig auf den Reißbrettern. So hofft man, den Zustrom aus der Provinz abfangen zu können. Seoul bietet zwar mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, aber das Lohngefälle zum Lande ist heute nicht mehr sehr groß.

In einem populären Lied, der „Seoul Changa“, heißt es, auf den Straßen der Hauptstadt würden

Träume wahr. Bei manchen hat infolge des ständigen Verkehrschaos, der Luftverschmutzung und der Lärmbelastung freilich ein böses Erwachen eingesetzt. Ein führender Architekt, Kim Swoo Geun, stöhnte bloß: „Wir stecken in einem fürchterlichen Chaos!“

Optimisten halten der Kritik entgegen, daß Seoul trotz der ungeheuerlichen Anspannung wegen seines schnellen Wachstums im großen und ganzen die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Diensten aufrechterhalten kann. Der größte Nachholbedarf besteht bei der Kanalisation und dem Bau von Kläranlagen.

Dieses Problem wird im Zuge der Regulierung des Han-Flusses mit dem Bau von zwei Kläranlagen in nächster Zeit gelöst. Zugleich wird auf den neu gewonnenen Flächen eine Parklandschaft angelegt, die Erholungsgebiete für die Seouler bieten soll.

### Aus der Music Box kommt Beethoven

Im Großraum Seoul werden rund 40 Prozent des Nationalproduktes Südkoreas erwirtschaftet. Dort hat ein Drittel der gesamten Industrie ihren Standort. Mit 41 Colleges und Universitäten ist die Hauptstadt auch das Zentrum des geistigen und des kulturellen Lebens des Landes.

Für den westlichen Besucher ist es verblüffend, wie beliebt klassische Musik von Bach bis Tschairowsky in Korea ist: Aus der Musikbox klingt Beethovens „Für Elise“. Taxifahrer haben eine Kassette mit Handel eingelegt, und Dvoraks Symphonie „Aus der neuen Welt“ dient als musikalischer Vorspann für Werbung im Fernsehen.

Einmal jeden Monat wird die Metropole an eine beängstigende Realität erinnert: Seoul liegt nur drei Flugminuten nordkoreanischer Düsenjäger von der Demarkationslinie entfernt. Deshalb finden Luftschuttbungen statt. Für zwanzig Minuten ruht jeglicher Verkehr, und die Bewohner müssen die Luftschutträume aufsuchen. Ein Student meint dazu: „Das ist sehr lästig, aber es gibt uns bei dem Seouler Tempo eine Verschnaufpause!“

REPUBLIC KOREA  
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn  
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg  
G. K.

## Dritte Kultur Ostasiens

Vor hundert Jahren, am 26. November 1883, wurde der erste Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Korea abgeschlossen. Er bildete den Ausgangspunkt für freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nationen.

Schon lange vorher hatten Missionare und Kaufleute versucht, Zugang zu dem fernöstlichen Land zu finden. Doch Korea öffnete sich erst dem Westen, als ein Deutscher, Paul Georg von Möllendorf, von 1882 bis 1885 Berater am Hofe war.

Ein Passus im Handels-, Freundschafts- und Schiffsverkehrsvertrag mit dem Deutschen Reich besagte damals, Deutsche dürften in Korea „zum Vergnügen oder zu Handelszwecken reisen, mit Ausnahme von Büchern und Drucksachen, welche der koreanischen Regierung nicht genehm sind. Waren aller Art transportieren und verkaufen sowie Landesprodukte einkaufen.“

Der Warenaustausch durfte über drei koreanische Häfen abgewickelt werden. Die Einfuhrliste reichte von Ackerbau-Geräten bis Zwirn. Auf Feuerwerkskörpern lag zwanzig Prozent Zoll. Feuerspritzen durften zollfrei ins Land gebracht werden. Die Ausfuhr von rotem Ginseng blieb verboten.

In der kurzen Zeitspanne bis zur Annexion Koreas durch Japan im Jahre 1905 waren Deutsche am Hofe hoch angesehen – ein Hofarzt, ein Hofkapellmeister, mehrere Professoren und Techniker. Sie prägten das Deutschland-Bild in Korea.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlitt Korea wie Deutschland das Schicksal der Teilung. Der kommunistische Norden steht in Verbindung zur „DDR“, die Republik Korea, die südliche Hälfte, stellte Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland her.

In Seoul wurde 1981 eine Korea-nisch-Deutsche Handelskammer gegründet, in selben Jahr entstand in Düsseldorf die Deutsch-Koreanische Wirtschaftsvereinigung. Maßgeblichen Anteil an der Förderung der beiderseitigen Beziehungen hat die Deutsch-Koreanische Gesellschaft in Bonn.

REPUBLIC KOREA  
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn  
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg  
G. K.

## Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN  
IN DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND  
Botschaft der Republik Korea, Adenauerallee 124, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 21 80 95

Generalkonsulate in: Ansbacher Str. 5, 1000 Berlin 30, Tel.: 0 30 / 24 30 79 und Hagedornstr. 53, 2000 Hamburg 13, Tel.: 0 40 / 4 10 20 31.

Korean Traders Association, Emanuel-Leutze-Str. 1, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 59 40 06.

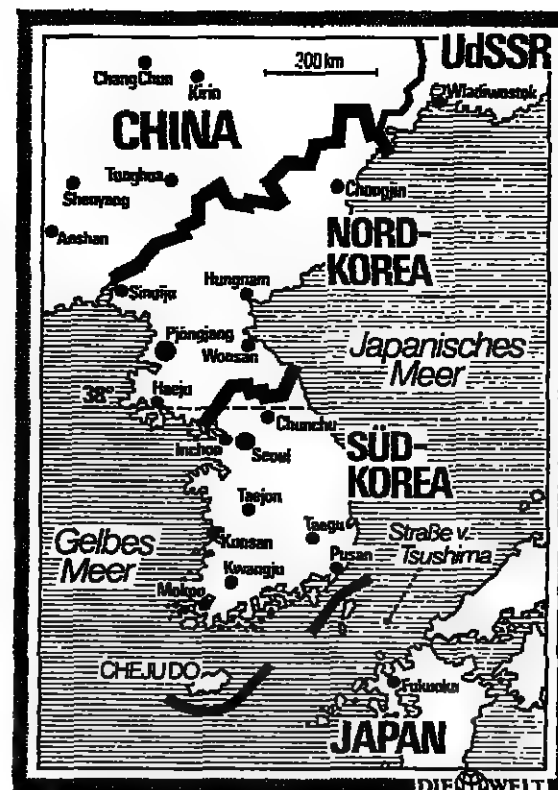
Korea Trade Centre (KOTRA), Mainzeil Landstr. 27, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 06 11 / 23 68 85.

Korean Airlines, Baseler Str. 35-37, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 23 62 61.

IN DER REPUBLIK KOREA  
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Seoul 100, 4th Floor Dai Han Fire and Marine Insurance Bldg., 51-1 Namchong-Dong, Tel.: 7 79 32 71.

Korea Chamber of Commerce and Industry, Seoul, 111 Sokong-dong, Choong-ku, Tel.: 7 77 80 31.

Lufthansa, Seoul, Hyopung Airways Corporation 67, Sokong-dong, Choong-ku, Chosun Hotel 1th and 2nd Floor, Tel.: 7 75 63 20.



Die Republik Korea liegt an strategisch exponierter Lage und ist geteilt dazu. China und die Sowjetunion sind Nachbarn, der Nordteil wird von einem Regime regiert, das – wie unlängst in Rangun – auch vor terroristischen Anschlägen nicht zurückschreckt. Und doch ist der Südteil Koreas ein wirtschaftlich solides Land, das sich auch gegen die wirtschaftlichen Krisen der Japaner, einen weiteren, in den heute friedlichen Nachbarn behaupten kann.

SCHIFFBAU / Industrie wird weiter stürmisch aufgebaut

## Schrittmacherfunktion zugeordnet

Koreas Schiffbauindustrie entwickelt sich weiter stürmisch. Von allen Schiffbauaufträgen, die gegenwärtig vergeben sind, fällt jeder zehnte auf eine Werft in Südkorea. Nach Angaben des koreanischen Schiffbauverbandes liegt der Auftragsbestand zur Zeit bei 2,5 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT).

Im 1. Halbjahr 1983 wurden 552 000 BRT abgeliefert, das sind 7,7 Prozent aller in der Welt in diesem Zeitraum abgelieferten Schiffe.

Ende 1982 gab es in Korea insgesamt 167 Werften mit rund 50 000 Beschäftigten. Größte Werft des Landes ist die Hyundai Werft in Ulsan. Im April wurde hier ein neuer Werft für die Herstellung von Offshore-Strukturen errichtet. Damit ist die Hyundai Werft zur größten Werft der Welt geworden.

Die Geschichte des koreanischen Schiffbaus begann 1937 mit der Gründung einer Werft in Pusan. Mit Beginn der 60er Jahre bemühte sich die Regierung intensiv um den Ausbau der Schiffbauindustrie. Diese In-

dustrie sollte eine Schrittmacherfunktion für die Entwicklung weiterer Industriebetriebe (Stahl, Maschinenbau) sein und erhielt deshalb im Rahmen der Fünf-Jahres-Pläne jeweils eine Schlüsselrolle zugeordnet.

Im vorletzten (3. Plan von 1972 bis 1976) wurden mehrere Joint Ventures mit japanischen Werften vereinbart, die jedoch nicht alle durchgeführt wurden. Im Rahmen des laufenden 5-Jahres-Planes (bis 1986) soll die Schiffbauproduktion von jetzt 1,4 Millionen BRT auf 2,8 Millionen BRT im Jahre 1987 verdoppelt werden. Der Wert der Schiffbauexporte soll von 1,4 Milliarden US-Dollar (1981) auf dann 5,4 Mrd. Dollar steigen.

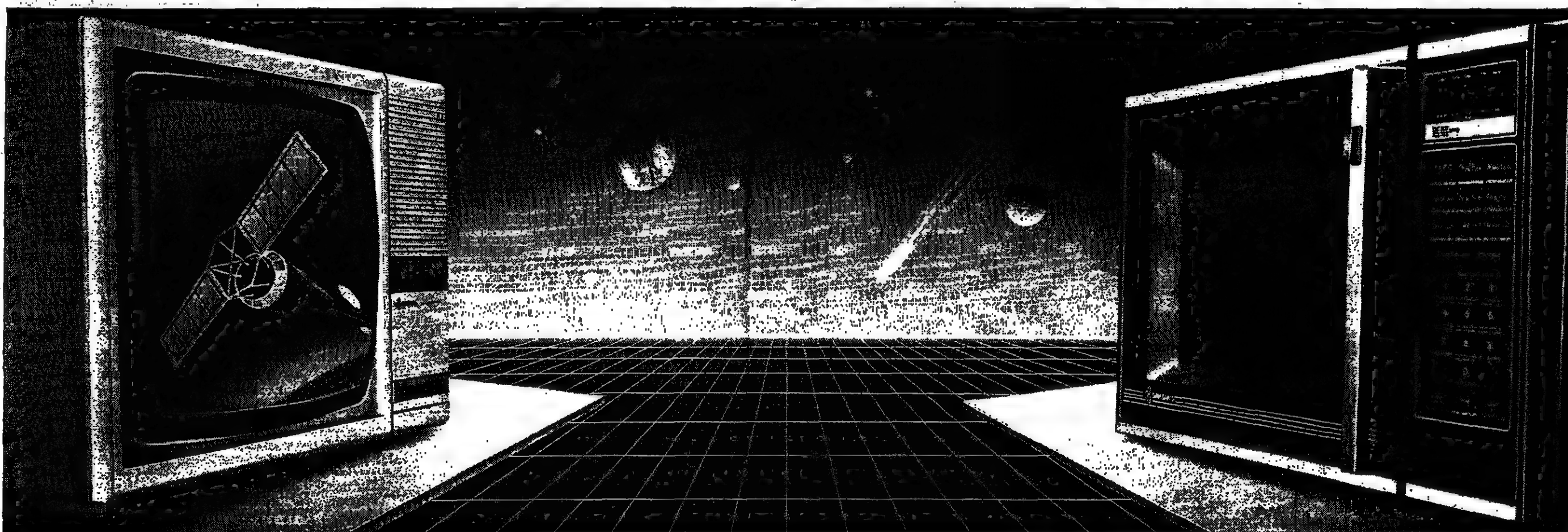
Die Regierung betrachtet den Schiffbau als strategische Schlüsselindustrie. Daher erhalten die Werften auch enorme staatliche Hilfen. Dies bezieht insbesondere der deutsche Schiffbau. Michael Budenz, Vorsitzender des deutschen Schiffbauverbandes und Chef der Hamburger Werft Blohm + Voas, sagte dazu vor dem Schutzverein Deutscher Reederei in Hamburg am 21. Oktober 1983: „Entgegen den immer wieder erhobe-

nen Behauptungen erhalten auch diese Werften erhebliche Subventionen durch staatliche Förderung neuer und moderner Werftkapazitäten in Korea, durch eine Subventionierung nationaler Flottenprogramme, die den Werften eine hohe Auslastung sichern, und durch Zinszuschüsse für Exportkredite.“

Dabei geht Korea noch über den im OECD-Abkommen abgestimmten Rahmen durch längere Laufzeit und höheren Kreditanteil weit hinaus. Der Subventionswert erreicht hier beim Export 1982 etwa 15 Prozent des Baupreises.“

Die koreanische Schiffbauindustrie, so stellte der Verband der deutschen Schiffbauindustrie in seiner neuesten Studie (Mitteilungen Nummer 663) denn auch fest, „profitiert im wesentlichen von den Subventionen und Steuererleichterungen und den Finanzierungshilfen“. Neuerdings arbeiten die Werften in Korea sogar mit Verlustübernahmen. Geschäftsführer Werner Fante vom Fachverband: „Dies ist eine gefährliche Entwicklung, bei der die deutsche Schiffbauindustrie nicht mithalten kann.“

JAN WALTHER



## Samsung wird Ihren elektronischen Bedürfnissen wirklich mehr als gerecht

Wenn Sie einen Hersteller elektronischer Erzeugnisse suchen, brauchen Sie einen, der sich mit allen Kniffligkeiten im internationalen Handel auskennt. Wir von Samsung sind Experten auf diesem Gebiet mit unseren über 19 Geschäftsstellen rund um den Erdball. Außerdem benötigen Sie einen Lieferanten, der Sie mit verbraucherfreundlichen elektronischen Geräten versorgt, die zugleich

formschön, haltbar, vielseitig und doch nicht zu teuer sind. Die Ausrüstung unserer Farbfernsehergeräte läßt in der Tat nichts zu wünschen übrig: Sie verfügen über eingebaute Spannungsadapter für Voltzahlen von 80 bis 260 und machen somit Umschalter überflüssig. Zudem sind sie für NTSC, PAL, SECAM oder kombinierte Systeme eingerichtet. Ihre Bildqualität ist anderen,

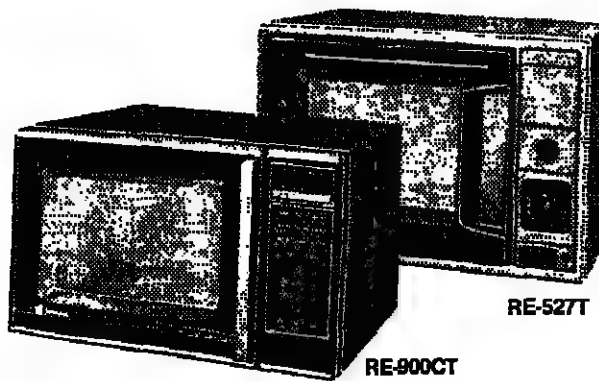
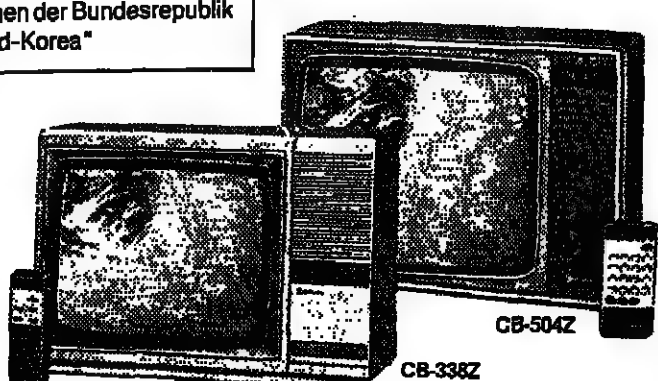
teureren Marken ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen. Unsere Mikrowellen-Backöfen sind so vielseitig verwendbar, daß jeder per Fingerdruck zum Koch von Feinschmecker-Gerichten werden kann. Sie werden jetzt sogar mit unserem Samsung Magnetron gebaut, dem wichtigsten Bestandteil eines jeden Mikrowellen-Backofens. Wir sind in der Lage, bei der Qualitätskon-

trolle jeden einzelnen Schritt zu überwachen – vom Rohmaterial bis hin zum fertigen Produkt. Samsung empfiehlt sich Ihnen als Ihr Lieferant und Partner auf dem Elektronik-Sektor. Nehmen Sie heute noch Verbindung mit uns auf, damit Sie schon morgen unser zufriedener Kunde sind.

„Samsung grüßt das 100jährige Jubiläum deutsch-koreanischer Handelsbeziehungen und wünscht sich die weitere fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Süd-Korea“

CB-338Z  
14" Diag. Electrolux Soft-Push Channel  
• Soft Push type tuning system  
• Scanning memory type channel selection system  
• Dimensions: 472(W) x 320(H) x 392(D)mm  
CB-338Z PAL S/G

CB-504Z  
20" Diagonal Color TV with Remote Control  
• Electrolux push-button channel selection  
• Automatic Fine Tuning control and earphone jack  
• PAL, PAL/SECAM, PAL/SECAM/NTSC



**SAMSUNG**  
Electronics

Head Office: C.P.O. Box 2775 Seoul, Korea Tel. 26-3205, 732-3530 Tlx. 27364  
SAMSUNG Electronics GmbH Tel. (069) 740 5414 Tlx. 418528 SGG  
Samsung Electronics Portuguesa S.A.R.L. Tel. 244 2304 Tlx. 18822 SEMP P  
London: Tel. (071) 6216 5515 Tlx. 26823 SDRSL G

RE-900CT  
• 1.32cu ft. Convection microwave oven with programmable and turntable cooking system  
• Output power: 65-650W in 10 steps  
RE-527T  
• Round turntable for better cooking  
• 30 min single timer with automatic shut-off  
• 5 position variable cooking power  
• Usable oven cavity: 0.53 cu. ft.



## ERGEBNISSE

Hamburg - Nürnberg	4:0 (2:0)
Frankfurt - Stuttgart	1:3 (1:1)
Düsseldorf - Braunschweig	4:0 (1:0)
Klauten - München	0:1 (0:0)
Leverkusen - Bochum	3:0 (0:0)
Dortmund - Köln	3:0 (0:0)
Bremen - Offenbach	8:1 (4:1)
Uerdingen - M'Gladbach	1:1 (1:0)
Bielefeld - Mannheim	ausgef.

## DIE SPIELE

**Bremen - Offenbach 8:1 (4:1)**  
Bremen: Burdinski (46), Fichtel, Oden, Sidia, Möhlmann, Oden, Reinders, Völler, Meier (77, Neubarth) - Offenbach: Herr - Trapp - Paulus, Kutzop, Demuth - Grünwald (56, Sander), Michelberger, Bein, Fransch (68, Höfer) - Hofeditz, Krause. - Schiedsrichter: Wahmann (Recklinghausen). - Tore: 0:1 Kutzop (30, Foulelfmeter), 1:1 Sidia (32), 2:1 Reinders (35, Foulelfmeter), 3:1 Pezzy (40), 4:1 Reinders (44), 5:1 Völler (47), 6:1 Pezzy (58), 7:1 Oden (73), 8:1 Völler (82). - Zuschauer: 13.800. - Gelbe Karten: Gruber (5), Paulus (42), Krause (2), Demuth.

**Uerdingen - M'Gladbach 1:1 (1:0)**  
Uerdingen: Vollack - Herget - Hofmann, Buttgerit - Klingner, Raschid, Funkel (70, Feilzer), Thomas, Sackewitz - Culich, Lontens. - M'Gladbach: Sude - Bruns - Krause, Frontzeck - Ringel, Herlovsen, Matthäus, Rahn, Schäfer - Müll, Lienen (74, Creni). - Schiedsrichter: Risse (Hattungen). - Tore: 1:0 Funkel (32), 1:1 Creni (75). - Zuschauer: 27.000 (ausverkauft). - Gelbe Karten: Raschid (2), Bruns (3).

**Dortmund - Köln 3:0**  
Dortmund: Immel - Zore - Rüdman, Koch - Storck, Tenhagen, Lusch, Bittcher, Raducanu - Reich (70, Schmedding), Dreßel - Köll, Schumacher - Strack - Prestin, Steiner - Hartmann (87, Reif), Haas (3, Zimmermann), Engels, Hübner, Altfeld, Litzbarck, Fischer. - Schiedsrichter: Wals (Waldungen). - Zuschauer: 18.000. - Gelbe Karten: Prestin (4/1), Strack (3).

**Düsseldorf - Braunschweig 4:0 (1:0)**  
Düsseldorf: Kieß - Zewe - Bockefeld, Theis, Kucinski - Bommer, Fach (78, Ormslev), Densel, Welk - Thiele, Wenzel. - Braunschweig: Franke - Pahl - Hollmann, Trippel - Foppl (54, Kautz), Geiger - Frey, Lux, Kindermann - Worm, Bruns, Zavitze. - Schiedsrichter: Brückner (Darmstadt). - Tore: 1:0 Welk (30), 2:0 Thiele (68), 3:0 Thiele (74), 4:0 Ormslev (90). - Zuschauer: 12.000. - Gelbe Karten: Geiger, Lux. - Rote Karte: Lux.

**Frankfurt - Stuttgart 3:1 (1:1)**  
Frankfurt: Pahl - Siedat - Körbel, Kraus - Schraml, Borchers, Kroth (76, Sievers), Falkenmayer, Trieb (65, Müller) - Svensson, Tobolik. - Stuttgart: Roderer - Makan - K.-H. Förster, B. Förster - Niedermayer, Ohlrich (87, Schäfer), Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson - Reichert (82, Kempel, Kelsch. - Schiedsrichter: Schmidhuber (Ottobrunn). - Tore: 1:0 Svensson (12), 1:1 Allgöwer (17), 1:2 Sigurvinsson (58), 1:3 Reichert (73). - Zuschauer: 18.000. - Gelbe Karten: Kelsch, Buchwald (2).

**Hamburg - Nürnberg 4:0 (2:0)**  
Hamburg: Stein - Groß - Wehner, Hartwig (90, Breifort) - Steffen, Rolf, Magath, Schröder - Wuttke, Schatzschneider, von Heesen. - Nürnberg: Kargus - Hintermaier - Tübler, Eder, Hübner - Lieberwirth (46, Abramczik), Brunner, Gliske, Heidenreich - Burgmüller, Heck. - Schiedsrichter: Wuttke (Oberhausen). - Tore: 1:0 Schatzschneider (8), 2:0 Schröder (33), 3:0 Rolf (48), 4:0 Breifort (60). - Zuschauer: 13.800. - Gelbe Karte: Kargus.

**Klauten - München 0:1 (0:0)**  
Klauten: Hellström - Dusek - Wolf, Briegel - Meizer (83, Brummer), Ellenfeld, Alofs, Brehme - Gey, Nilsson, Hübner (87, Kitzmann). - München: Pfaff - Augenthaler - Dremmler, Belierorzer, Dürnberger - Del'Haye, Kraus, Lerby, Pflüger - M. Rummenigge, Hoenes, Schiedsrichter: Pauly (Rheydt). - Tore: 1:0 Augenthaler (60). - Zuschauer: 24.058 (ausverkauft). - Gelbe Karten: Lerby (4/1), Augenthaler (4/2).

**Leverkusen - Bochum 3:0 (0:0)**  
Leverkusen: Vollborn - Bast - Sabrowski, Posner - Winkhofer, Bittorf (56, Vöge), Röber, Wojtowicz (78, Geschlecht), Hürster - Waas, Tschä. - Bochum: Mager - Knüve - Zugic (46, Pater), Gerland - Oswald (32, Benatelli), Schreier, Schulz, Lameck, Böinghausen - Kühn, Reitz, Schiedsrichter: Heitmann (Drenthede). - Tore: 1:0 Horster (57), 2:0 Vöge (76), 3:0 Tschä (86). - Zuschauer: 10.000. - Gelbe Karte: Gerland (2).

## VORSCHAU

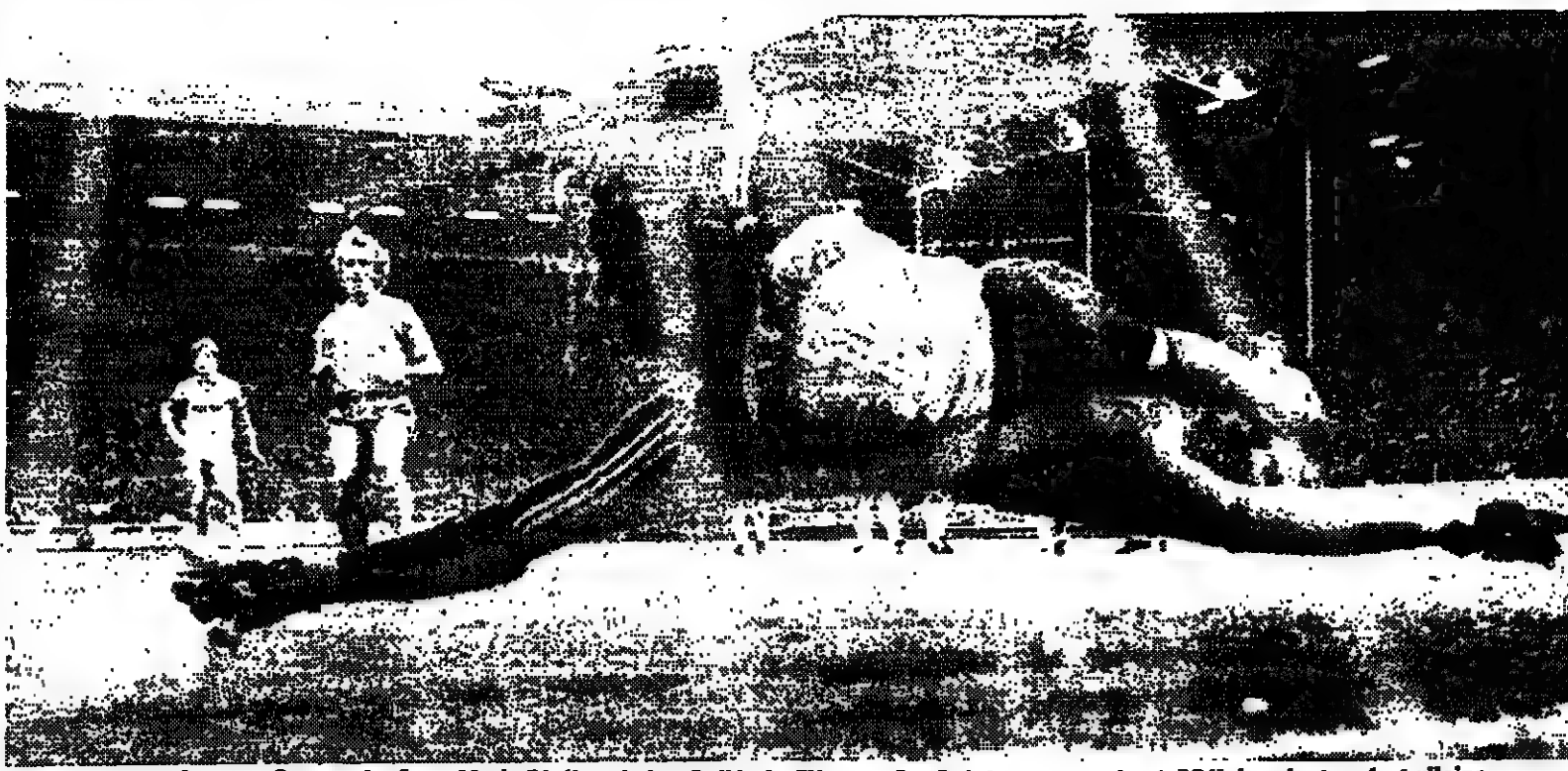
**Freitag, 2. Dezember, 20.00 Uhr:**  
Bochum - Bielefeld (1:1)  
M'Gladbach - Leverkusen (3:1)  
Köln - Uerdingen (-)

**Samstag, 3. Dezember, 14.30 Uhr:**  
Mannheim - Düsseldorf (-)

**Samstag, 3. Dezember, 15.30 Uhr:**  
Braunschweig - Offenbach (-)  
Frankfurt - Hamburg (1:1)  
Nürnberg - Kaiserslautern (1:1)  
München - Dortmund (3:0)  
Stuttgart - Bremen (4:1)

In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres.

## FUSSBALL/Bayern Münchens Aberglaube - Wichtige Veränderungen im Braunschweiger Präsidium - Was sagte Derwall?



Der saubere, gelungene Sprung des Jean-Marie Pfaff nach dem Ball beim Elfmeter. Der Belgier stoppte den 1. FC Kaiserslautern fast alleine. FOTO: BAADER

## Zico besorgte eigens brasilianische Trikots für den Betzenberg - Mast und Breitner Hand in Hand?

Von ULRICH DOST

Rund 30 Millionen Mark hat sich der Wolfenbütteler Likörfabrikant Günter Mast (57) sein Engagement bei Eintracht Braunschweig in den letzten Jahren kosten lassen, ohne eigentlich richtig zu wissen, was mit diesem Geld passiert oder wie es verwaltet worden ist. Nun ist er es leid. Er ist nicht länger bereit, die Rolle des lebenswerten Onkels zu übernehmen, der immer dann einspringt, wenn gerade Not am Geldbeutel ist. Günter Mast hat beschlossen, ab heute das Ruder selbst in die Hand zu nehmen - er will auf der Jahreshauptversammlung Präsident von Eintracht Braunschweig werden.

Entschlossen hat er sich am Freitagabend dazu. Mast, ein begeisterter Hobbykoch, bewirtete gerade einige Gäste im Prominentenlokal „Möwenpick“, als die Kunde kam, daß der favorisierte Nachfolger von Präsident Hennes Häcker (44), der Rechtsanwalt und Notar Klaus Lelste (52), im letzten Augenblick abgesprungen sei. Mit 3,8 Millionen Mark sind die Braunschweiger derzeit verschuldet, bis Freitag ließ sich Lelste von diesem Schuldenberg nicht abschrecken. Erst als er den genauen Kontostand erfuhr, bekam er „juristische Bedenken“. Was soll heißen, daß die roten Zahlen der Braunschweiger noch höher sein müssen.

Mast aber läßt sich davon nicht abschrecken. Nach der „E. T. G. Ochsenwurstsuppe“ (als Anspielung auf die Braunschweiger Eintracht-Transfer-Gesellschaft, die gescheitert war), einem Rehrücken nach „Jägermeister-Art“ und einem „DFB-Pudding“ war Mast immer noch nicht satt genug und verkündete: „Dann führe ich eben zwei Unternehmen.“

Mast ist derzeit der einzige, der den Braunschweiger Bundesligaklub noch retten kann, nachdem Jäckers Versuche kläglich scheiterten. Unterstützung beim Automobilkonzern VW zu finden. Außer Mast ist niemand in Sicht, der als Präsident einen potentiellen Sponsor mitbringen könnte. Ohne Mast läuft es in Braunschweig ohnehin nichts. Derzeit verfügt der Klub nicht über einen Pfennig Bargeld, geschweige denn Grundstücke, nachdem das Stadion schon für 12 Millionen Mark an die Stadt verkauft worden ist. Selbst der letzte Grundbesitz, eine Skihütte im Harz, wurde unlängst mit 800.000 Mark beliehen.

Die Einnahmen der samstäglichen Bundesligaspiele fließen ohnehin direkt auf das Konto von Günter Mast. Schon seit längerer Zeit nämlich wird die gesamte Gehaltsabwicklung aller Braunschweiger Spieler nur noch über das Mast-Büro in Wolfenbüttel geregelt. Das einzige, was tatsächlich noch dem Klub gehört, sind die Trikots. Und die tragen den Mast-Hirsch...

Bei dem Essen im „Möwenpick“ saß auch der frühere Nationalspieler Paul Breitner (31) am Tisch: Breitner hat geschäftlich öfter in Braunschweig zu tun, seitdem er dort mit einem Partner zusammen einen Gastronomie-Betrieb führt. Breitner ist aber auch seit „fünfeinhalb Jahren ein guter Freund von Günter Mast“. Der gute Freund hat den guten Breitner nun gebeten, die Sache Eintracht Braunschweig in guter Partnerschaft

gemeinsam anzugehen. Breitner als Berater oder Manager des Klubs - eine Utopie ist das nicht. Der Münchner sagt: „Günter Mast muß heute erst sein Ziel durchbringen, Präsident zu werden und die Zweidrittel Mehrheit im Klub zu bekommen, um eine Namensänderung durchzuführen zu können. Dann kann ich überlegen, was ich unter Mast durchbringen kann.“

Breitner spricht davon, daß in Braunschweig in den letzten Jahren zu viele Fehler gemacht wurden. Unter Mast werde der Verein wieder auf gesunde Füße gestellt. Wie das ge-

stens zwei Jahre könnte dieser Rechtsstreit dauern, so vermuten die Braunschweiger. Für diesen Zeitraum können sie sich des Engagements von Mast zumindest sicher fühlen. Ein Ziel hat er jetzt schon erreicht: Mit dem Namen seines Produkts ist er jetzt schon so häufig in den Schlagzeilen, wie er es sich gewünscht hat. Mast: „Da hat mir der DFB schon in die Karten gespielt. Jetzt ziehe ich die Sache auch durch.“

Es war schon wie verhext: Immer wenn die Bayern nach Kaiserslautern kamen, ließen sie in den letz-

ten zu besorgen. Selbst von der Tatsache, daß die Hemden nur kurzzeitig waren, ließen sich die Spieler nicht abschrecken. Eine Viertelstunde vor Spielbeginn bemerkte Kaiserslauterns Hans-Peter Briegel (28) den Trikot-Trick. Flugs zogen die Kaiserslauterner grüne Trikots an der Aberglaube kann wohl immer nur einem helfen. Jetzt liegen in Bayern-Trikots wieder im Schrank und werden erst wieder ausgepackt, wenn die Bayern in Kaiserslautern spielen...

Torwart Jean-Marie Pfaff (29) war es egal, in welchen Trikots seine Kollegen spielten. Der belgische Nationaltorwart bewies wieder einmal, in welcher glänzenden Form er derzeit ist. Manfred Kraft (42), Trainer des 1. FC Kaiserslautern, meinte: „Pfaff hat das Spiel ganz alleine entschieden.“ Nicht nur, daß er einen von Andreas Brehme (23) geschossenen Strafschuss abwehrte, sondern er machte auch durch glänzende Paraden die besten Möglichkeiten der Kaiserslauterner zunichte. Bayern-Trainer Udo Lattek: „Für seine Torform ist aber auch Sepp Maier verantwortlich, der mit ihm einmal wörtlich ein Spezialtraining absolviert.“ Sepp Maier sorgte dann auch gleich für den Bundesliga-Spruch des Tages: „Er ist sehr lernfähig.“

Nun klopfen die dem sympathischen Mann aus Belgien, der sich gerne sehr vollkornig gibt, auf die Schultern. Doch nicht immer waren die Bayern mit Pfaff zufrieden. Im letzten Jahr saß er sogar auf der Reservebank, nachdem er im Tor nicht immer die beste Figur machte. Viele bezeichneten ihn als Hypochonder, weil er dauernd vorgab, an dieser oder jener Krankheit zu leiden. Erst als die Bayern sein Gehalt um rund 60.000 Mark auf 400.000 Mark erhöhten, womit er in der Gehaltskala hinter Karlheinz Rummenigge (28) an zweiter Stelle lag, stimmte bei Pfaff auch wieder die Leistung. Mit den Leistungen der letzten Wochen ist Pfaff sein Geld auf jeden Fall wert.

Einige dieser Herren sind echt und ernsthaft krank.“ So wurde Bundesdestrainer Jupp Derwall (58) vor dem Länderspiel in Saarbrücken gegen Albanien im „Saar-Sport-Spiegel“ zitiert. „Beim Augenlicht meiner Kinder“ schwor Derwall später, diesen Satz über Journalisten nie gesagt zu haben. In der WELT am SONNTAG äußerte sich jetzt der Schreiber des Interviews, Günter Schmitt (33), der sich von Derwall als Lügner dargestellt fühlt. „Herr Derwall hat die Kritik sogar noch schärfer formuliert und auch Namen von Journalisten genannt. Ich fordere ihn auf, sich zu seinen Äußerungen zu bekennen. Ansonsten werde ich sie alle in einem offenen Brief veröffentlichen.“

Derwall hat offenbar keine Angst davor. Er sagt: „Ich habe zwei Tage nach dem Interview Herrn Schmitt gesagt, daß er meine Äußerungen falsch wiedergegeben hat. Und er hat mir zugestimmt.“ Derwall sagt, er habe das Wort „krank“ nur einmal im Zusammenhang mit einem Journalisten benutzt, der einen kläffenden, sarkastischen Fragebogen über ihn ausgefüllt habe. Derwall, so sagt er, habe da jedoch tatsächlich den körperlichen Zustand des Journalisten, nicht aber seine Arbeit gemeint.



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

schehen soll, darüber sagt Breitner nur so viel: „Ein Pilot-Projekt steht an der Tür. Dieses Projekt wird auch für viele Klubs die einzige Möglichkeit aufzeigen, wie sie in Zukunft überleben können. Deshalb ist die Sache nicht nur für Braunschweig wichtig, sondern auch für die gesamte Bundesliga.“ Seit fünfzehn Jahren habe er Günter Mast gedrängt, endlich die Initiative zu ergreifen. Breitner: „Ich hoffe, daß Mast gerade noch rechtzeitig das Amt übernimmt.“

Das Pilot-Projekt ist wahrscheinlich dieses: Der Likörfabrikant wird seinen Rechtsstreit um die Namensänderung des Klubs („Jägermeister Braunschweig“) fortführen. Mindestens acht Jahren stets beide Punkte zurück. „Wir brauchen gar nicht mehr hinzufahren“, hat Paul Breitner einmal gesagt. „Wir schicken die Punkte mit der Post und machen uns einen schönen Nachmittag in München.“ Die bösen Geister, die die Bayern immer zum Betzenberg begleiteten, wollten sie diesmal mit einem Gag überlisten. Statt der üblichen roten oder weißen Kluft, in denen es nur Niederlagen gab, spielten die Münchner am Samstag im Trikot der brasilianischen Nationalmannschaft gelbes Hemd, blaue Hose. Es hat geholfen, die Bayern gewannen 1:0.

Vermittelt hat die Trikots der brasilianische Star Zico (31), den die Münchner schon vor Monaten baten, die original Trikots bei „adidas-Bra-



Der Dank des Kollegen: Dieter Hoenes tütelt Pfaff die Wange. Allein die brasilianischen Trikots haben es nämlich nicht getan... FOTO: WERK

## Ein Klub entdeckt die Spielfreude - acht Tore auf dem Weg nach oben

Ist es nur schwacher Trost, daß die Bundesliga so spannend wie selten ist? Ist gar die Tatsache, daß immer noch drei Mannschaften punktgleich an der Spitze liegen, Beweis für die Behauptung, es gäbe keinen Spitzenklub mehr im deutschen Fußball?

Nach Pleiten im Europapokal, nach ärgerlichen Auftritten der deutschen Nationalmannschaft muß das, was samstags ab halb vier geschieht, noch genauer beobachtet werden. Eine Erkenntnis des 15. Spieltages: Da gibt es eine Mannschaft, die die Lust am reinen Spiel wiederentdeckt zu haben scheint - trotz Dauerregens: Werder Bremen. Der 8:1-Sieg über Offenbach beweist, daß auch Profs manchmal - dem Zuschauer ein Fest - etwas mehr tun, als verlangt wird. Bremen die Mannschaft der Stun-

de, das Team auf dem Weg nach oben? Am nächsten Samstag spielt der SV Werder in Stuttgart. Ein echtes Spitzenziel.

Und am Tabellenende? Offenbach, der gebeutelte Klub, kann auch Beispiel dafür sein, wie schnell Hysterie einzieht. Findet hier der nächste Trainerwechsel statt? Ein Wechsel bei einem hochverschuldeten Klub, der bereits versucht hat, mit drei neu verpflichteten Spielern zum Erfolg zu kommen?

Offenbach schon jetzt Abstiegskandidat Nummer 1, noch vor Frankfurt oder Nürnberg, die bereits die Trainer gewechselt haben und bisher auch noch keinen Schritt weiter gekommen sind? Vielleicht ist Spielen immer noch besser als hochtrabend reden...

## Alle haben den Ernst der Lage verstanden

BERND WEBER, Bremen

Wer den Gegner förmlich deklariert, wer am Ende - wie Werder Bremen gegen Kickers Offenbach - einen strahlenden 8:1-Sieg auf der Habenseite verbuchen kann, der hat eigentlich auch das Recht, einmal so richtig über den Wolken zu schweben. Schließlich sind solche Festtage rar in der rauen Bundesliga-Luft. In Bremen jedoch ist alles anders, dafür sorgt schon Trainer Otto Rehagel. Gleich nach dem Abpfiff relativierte er den höchsten Sieg in Bremens Vereinsgeschichte. „Der Gegner hatte einen schlechten Tag erwacht“, sagte er. Und: „Wie wechselhaft das Fußballgeschäft ist, haben gerade wir vor zwei Jahren erfahren. Da nämlich haben wir bei Eintracht Frankfurt mit 2:0 verloren und samstags drauf den HSV mit 3:2 besiegt.“

Der Satz war weniger als Trost für Offenbach denn als Warnung für die eigenen Spieler gedacht - und er ist offensichtlich angekommen. Nationalspieler Rudi Völler hatte das „Bundesliga-Gala-Dinner“ (so der Sport-Informationssendienst) bereits abgelehnt, als er zum üblichen gemeinsamen Abendessen im Werder-VIP-Raum erschien. Völlers knapper Kommentar: „Nächsten Samstag in Stuttgart müssen wir beweisen, was wirklich mit uns los ist. Da zählt das 8:1 überhaupt nicht mehr.“

Nun soll es weiß Gott nicht heißen, daß die Bremer Spieler nur noch harnestisch kühl Kasse zu machen und nun gar nicht mehr zu fernern verstanden. Als Torwart Dieter Burdinski nach dem Spiel mit einigen Freunden und Mannschaftskollegen zu Hause seinen 33. Geburtstag begehrte, wurde keineswegs nur Himbeer-

## Metzgermeister Nuber: Haben uns schlachten lassen

KLAUS BLUME, Offenbach

Metzgermeister Hermann Nuber wurde deutlich. „Wir“, so sagte er, „haben früher zwar auch auswärts öfter verloren, doch wir haben uns nie so abschlagen lassen wie die jetzige Mannschaft.“ Hermann Nubers Worte gelten etwas am Bieberer Berg in Offenbach. Denn Nuber (48) war in der Bundesliga-Saison 1982/83 als Torschütze so erfolgreich, daß man sogar die Straße am Stadion nach ihm umbenennen wollte. Seit neun Jahren arbeitet Nuber in Offenbach als Trainer der A-Jugend - erfolgreich. Wird er nach der 1:8-Niederlage der Offenbacher Profs bei Werder Bremen Nachfolger des glücklosen Trainers Lothar Buchmann?

Buchmann, in der zweiten Saison beim Bundesliga-Aufsteiger Offenbach Kickers, sagt dazu: „Ich fühle mich schlecht.“ Doch die Auswärtsbilanz spricht gegen ihn: 0:16 Punkte und 3:42 Tore. Und die Schandenscheit darüber, daß der Rival von anderen Mann-Über, die Frankfurter Eintracht, Tabellenletzter ist, ändert nichts an der Situation der Offenbacher: Sie, und nicht die Frankfurter, gelten als Abstiegskandidat Nummer eins. Und Lothar Buchmann: „Ich bin doch bereits recht rational. In Düsseldorf zum Beispiel hat er es mit konsequenter Morddeckung versucht, trotzdem verlor man 0:5. In Bremen plädierte er für Offensive und Raumdeckung. Das Resultat war ein 1:8-Debakel. Ihm fällt nun kein weiteres Rezept mehr ein.“

Man müßte sich vorstellen, doch dafür fehlen bei rund drei Millionen Mark Schulden die Mittel. Und Buch-

## Bremen

sagt gereicht. Andere Spieler begaben sich in den Trübel des Bremer Sport-Festes, ließen sich dort von den Zuschauern umjubeln und machten so manches Pils-Glas leer. Rehagel und Präsident Franz Böhmert wurden indes weder bei einem noch bei der anderen Feier gesichtet, sie genossen ihre Genugtuung über den Erfolg in den eigenen vier Wänden.

Böhmert kam dabei zu grundsätzlichen Erkenntnissen: „Das Produkt Bundesliga-Fußball hat in den vergangenen Wochen zum Teil erheblichen Schaden erlitten“, sagte er zur WELT, „die Schuld daran tragen unsere Spitzenvereine. Wir nicht ausgenommen. Denn ohne Frage waren die letzten Europapokal-Ergebnisse eine Blamage. Schuld daran trägt natürlich auch Jupp Derwalls Nationalmannschaft, deren schwache Leistung die Krise verstärkt hat.“

In Bremen hätten sich Trainer, Vorstand und Mannschaft in den vergangenen Tagen häufiger denn je zuvor zusammengesetzt, und alle seien sich darüber im klaren gewesen, daß „es quasi fünf Minuten vor zwölf“ sei, daß die Zuschauer Mittelmaß einfach nicht mehr hinnehmen würden. Böhmert: „Daß unsere Mannschaft nach der 4:1-Halbzeitführung nicht haltgemacht hat, um sich für das nächste Spiel zu schonen, war für mich das Erfreulichste.“

Bremens Manager Willi Lemke hatte das 8:1 auf eine einfachere Formel gebracht. „Das war unsere Antwort auf die Leistungen der Nationalmannschaft“, hatte er gleich nach Spielschluss verkündet. Böhmert mochte das so nicht stehenlassen. Es sei der falsche Schluß, weil er die Vereine und die Nationalmannschaft auf gegenseitigen Konfrontationskurs bringe. Der Bremer Präsident meinte: „Wenn wir aus der gegenwärtigen Talsohle herauswollen, müssen wir doch alle an einem Strick ziehen und in die gleiche Richtung marschieren.“

So gesehen: Bremen hat am Samstag vor seiner eigenen Haustür geknirscht und für einen erfreulichen Lichtblick gesorgt. Das zählt schon viel in diesen Tagen...

## Offenbach

mann steht in Offenbach ohnehin schon unter Beschuß, weil er für eine Ablosungsumme von rund 250.000 Mark die Spieler Riedl, Demuth und Hofeditz geholt hat, die keine spürbare Verstärkung sind.

Man wolle sich über die Bundesliga wirtschaftlich sanieren - unter dieser Prämisse waren die Offenbacher Kickers zum Saisonbeginn angetreten. Meistens liegt der Zuschauer schnitt am Bieberer Berg immer noch über der kalkulierten Zahl von 13.800. Gegen Bayern München kamen 29.000, gegen M'Gladbach 21.000, gegen Eintracht Frankfurt 24.000 und Aufsteiger Bayer Uerdingen zog immerhin noch rund 18.000 Offenbacher Fußball-Fans an.

Noch kommen die Zuschauer, doch Liga-Obmann Manfred Erber befürchtet, daß dies sich ändern wird. Wenn nämlich die Serie der blamablen Auswärts-Niederlagen anhält, wird das wohl auch die Fans davon abhalten, zum Bieberer Berg zu pilgern. So fordert denn Erber ganz im traditionellen Offenbacher Stil: „Aus den Buben müssen auswärts endlich richtige Männer werden. Die sind viel zu brav, trotz der vielen gelben Karten, die sie bekommen.“ Und Buchmann? Der hofft, daß sich die Auswärts-Angst irgendwann legen wird, wie eben jede harmlose Krankheit.

Aber so manchem Spieler sitzt doch die Angst im Nacken, irgendwann den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. Denn das war bisher so üblich in Offenbach. Mit jenen Spielern, die man über die Jahre hinaus abgab, um wenigstens einigermaßen die dringenden Schulden zu decken, könnte man heutzutage eine erstklassige Bundesliga-Mannschaft aufbauen. Als Beleg eine Aufzählung jener Offenbacher, die nun anderswärts Karriere machen: Völler (Bremen), Bommer und Theis (Bielefeld-Düsseldorf), Hartwig (Hamburg), Lottermann (Nürnberg).

Von Krise spricht in Offenbach niemand - jedenfalls nicht öffentlich. Buchmann ist beim Publikum unbeliebt, doch der Präsident hält an ihm fest. „Ein neuer Trainer würde nichts bringen.“

## 15. Spieltag - und schon der elfte Platzverweis in dieser Saison

	H	A	S	2	3	15	21	9	7
1. Stuttgart	15	8	5	2	31:15	21:9	18:4	12:2	13:11
2. München	15	9	3	3	28:14	21:9	18:4	12:2	10:10
3. Hamburg	15	9	3	3	30:17	21:9	24:7	14:2	6:10
4. Bremen	15	8	4	3	30:14	20:10	23:5	15:1	7:10
5. Gladbach	15	8	4	3	31:18	20:10	19:5	15:1	12:13
6. Düsseldorf	15	8	4	3	37:20	19:11	27:6	15:5	10:14
7. Leverkusen	15	7	4	4	28:18	18:12	19:4	14:2	9:14
8. Uerdingen	15	6	4	5	30:29	14:14	16:14	10:6	14:15
9. Köln	15	6	3	6	29:23	15:15	18:8	10:4	11:15
10. Bielefeld	14	5	3	6	17:21	13:15	12:10	9:3	5:11
11. Bochum	15	5	3	7	27:34	13:17	17:10	11:3	10:24
12. Mannheim	14	4	4	6	18:26	12:16	12:10	8:6	6:16
13. Braunschweig	15	6	0	9	24:32	12:18	18:10	10:4	6:22
14. Kaiserslautern	15	4	3	8	27:33	11:19	17:12	9:7	12:21
15. Dortmund	15	3	4	8	18:33	10:20	9:10	8:8	9:23
16. Nürnberg	15	4	1	10	19:35	9:21	14:10	9:5	3:25
17. Offenbach	15	4	1	10	20:47	9:21	17:15	9:5	3:32
18. Frankfurt	15	1	6	8	18:35	8:22	10:11	7:9	8:24

• Nach 491 Minuten ohne Treffer war Dieter Schatzschneider wieder einmal erfolgreich. Gegen Nürnberg erzielte er sein neuntes Saisontor. In der Torschützenliste führen jetzt fünf Spieler, die neun Treffer erzielt haben: Völler, Waas, Funkel, Karl-Heinz Rummenigge und Schatzschneider. Der Rumäne Marcel Raducanu (Dortmund) war der erste von 48 Elfmeterschützen dieser Saison, der das Tor verfehlt und darüber schoß. Andreas Brehme, vorher viermal erfolgreich, scheiterte an Pfaff.

• Elf Platzverweise gab es in der Saison 1982/83 - diese Zahl ist jetzt schon nach dem 15. Spieltag erreicht. Peter Lux ist der fünfte Braunschweiger Spieler, der seit Bestehen der Bundesliga nach einem Foul vorzeitig den Platz verlassen mußte. Johannes Malka, Vorsitzender des Schiedsrichters-Ausschusses, zu dieser Situation: „Indem sie mehr Mut beweisen und früher durchgreifen, fördern die Schiedsrichter den Trend zum attraktiven Angriffsspiel. Ziel ist es, die Stürmer zu schützen.“

• Erster Spielausfall der Saison: Die Mannschaft von Waldhof Mannheim saß in Düsseldorf auf der Tribüne. Sie unterbrach ihre Fahrt nach Bielefeld, nachdem bekannt geworden war, daß heftiger Regen ein Spiel in Bielefeld unmöglich gemacht hatte. Der neue Termin des Spiels ist wahrscheinlich der 17. Dezember. 274 Spiele sind bisher seit Bestehen der Bundesliga ausgefallen. Nur acht davon im November. - 145.800 Zuschauer sahen die acht Spiele vom Samstag.



## *Olympia 1984 und die kleinen Menschen aus kleinen Nationen*

Los Angeles werden Rahmenwettkämpfe für Behinderte ausgetragen, um den Anspruch des IOC, nicht nur für den Hochleistungssport zuständig zu sein, zu erfüllen. Ein Riesenskiwettbewerb für Amputierte und Rollstuhlrennen über 800 m (Frauen) und 5000 m (Männer) werden durchgeführt.

- Erst die Session des IOC in Sarajewo wird entscheiden, ob die Winterspiele 1988 in Calgary (Kanada) vom 12 auf 15 Tage verlängert werden.
- Der IOC-Vollversammlung in Sarajewo wird vorgeschlagen, Curling für 1988 ins Programm der Winterspiele aufzunehmen, obwohl der International Curling Verband lediglich aus 16 aus 16 statt der vom IOC geforderten 25 Mitgliederverbänden besteht!

## Weyer fordert Politiker zu stärkerer Unterstützung auf

„DDR“ fördern. „Wir würden die Zusammenarbeit gern erweitern, nicht nur im Bereich des Spitzensports“, erklärte Gieseler. „Doch die DDR bringt bei den Kalendergesprächen vorrangig den Spitzensport ein.“

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker stellte fest aus, daß bei allen innerdeutschen Beziehungen Verhärtungen durch menschliche Anstöße aufgelöst werden könnten. Auch bei den deutschen Sportbegegnungen sei Richard von Weizsäcker „mitnämlich positiv und optimistisch“. Ebenfalls sich bis zur höchsten politischen Führung auswirken.“

Bei den Verhandlungen zwischen dem DSB und DTSB am 20. Dezember in Frankfurt am Main über die deutsch-deutschen Sportkalendarie 1984 erwartet das Mittelfeld der DSB

## Langer: Sieg in Japan

**dpa/GAB, Ibusuki/Marbella**

Der deutsche Golfspieler Bernhard Langer (Anhausen) gewann ein internationales Turnier in Ibusuki (Japan) und erhielt dafür rund 150 000 Mark, er insgesamt ausgesetzt 828 000 Mark Preisgeld. Langer (26) beendete den 72-Löcher-Kurs nach 287 Schlägen, für die Schlussrunde (18 Löcher) hatte er 71 Schläge benötigt.

Vor der letzten Runde hatte sich Deutschlands erfolgreichster Golfspieler aller Zeiten noch die Führung mit Fred Couples (USA) teilen müssen. Dann aber bewies er Nervenstärke und sicherte sich den Sieg.

Der Hubbelrather Golfclub führte drei Tage lang beim Europacup der Landesmeister das Feld der 18 Teams in Marbella an. Erst auf den letzten 18 Löchern fielen die drei deutschen Nationalspieler Schlegel, Hübner und Hielemann mit 609 Schlägen auf den dritten Platz zurück. Es gewann der spanische GC (Italien) mit 605 vor dem dänischen GK (Dänemark) mit 606 Schlägen.

# WIRK SACHEN

**Das neue vital**

Das neue vital ist die erste Zeitschrift, die sich auf einen neuen Frauentyp eingestellt hat.

Auf Frauen, die Freude und Genuss an aktiven, bewussten, gesunden Leben haben.

Auf Frauen, die allen Produkten gegenüber aufgeschlossen sind, die ihrem Lebensgefühl entsprechen.

Denn vital hat das gleiche Produktverprechen, wie viele Marken des Marktes Gesundheit und Gesundheitsprophylaxe.

vital berichtet regelmäßig über körperliche Fitness und seelisches Wohlbefinden und zeigt wirksame Wege, den Spaß an der Gesundheit zu erhalten.

Ihre Kampagnen für Gesundheit und Wohlbefinden kommen so hautnah an ihre Zielgruppe!

**vital**

**Gut essen und kein Gramm mehr**

**Weg mit dem Stress!**

**Pflanzen, die uns heilen**

**Die Hautnahe Verpackung**

**Erhaltung droht: Jetzt vorbeugen!**







## Pankraz, der Demokrat und die Schwangere

Mit der Demokratie sei es wie mit der Schwangerschaft, meinte ein pointenversessener, spät zur Demokratie bekehrter Fernseh-Talkmaster, „ein bißchen davon gibt es nicht“. Eine Programmzeitschrift fand den Spruch so treffend, daß sie ihn unter ihre „Gefügigen Worte der Woche“ einreichte. Der Vorgang zeigt, wie wenig der staatsbürgerliche Unterricht angeschlagen hat (oder wie schlecht er gewesen ist), denn in Wirklichkeit gibt es nichts, was vernünftiger, in sich verschieblicher und graduell gestufter wäre als die Demokratie. Nur in den Köpfen von eifernden Patendemoskraten existiert die „reine Demokratie“, die Demokratie an sich, die Demokratie qua Schwangerschaft.

Kein einziges demokratisches Staatswesen in der Welt gleicht dem anderen. Das beginnt schon mit den formalen Regelungen zur Ermittlung des sogenannten Volkswillens, mit den Wahlmodi, mit der Art und Weise, wie die Stimmen gezählt und verrechnet und am Ende die Kompetenzen verteilt werden. Eine Demokratie wie die der Vereinigten Staaten würde, auf mitteleuropäische Verhältnisse übertragen, höchst „undemokratisch“, nämlich aristokratisch und überpräsential, aussehen. Daß der Staatsschef nicht von den parlamentarischen Kammern bestimmt wird, daß er eine gewaltige Machtfülle in seinen Händen vereint und keineswegs für alles und jedes ein Mehrheitsvotum benötigt, widerspricht eindeutig dem, was man sich hierzulande traditionell unter Demokratie vorstellt.

Das Wahlrecht ist freilich nur ein Aspekt der demokratischen Verfassung. Längst hat man sich angewöhnt, nur dann von einer „echten Demokratie“ zu sprechen, wenn darüber hinaus der ganze Kanon der berühmten Menschen- und Bürgerrechte gewährt wird, Religions- und Gewissensfreiheit, Meinungs-, Presse-, Informations- und Lehrfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Garantie des Eigentums und des Erbschafts, Gleichheit vor dem Gesetz, Verbot der Doppelbesteuerung, Garantie gegen ungerechtfertigte Verhaftung usw.

Was aber, wenn ein Staat das Wahlrecht verweigert oder suspendiert, als Parlament in die Ferien schickt, den ganzen übrigen Katalog der Menschenrechte jedoch weitgehend unangetastet läßt und sogar ausdrücklich garantiert? Nur blinde Elferer würden dann leugnen, daß hier zumindest „ein bißchen“ Demokratie praktiziert wird. Andererseits kommt es durchaus vor, daß Staaten mit dem ganzen Instrumentarium freier Wahlen und eines ordentlichen Parlamentarismus prunkten, kraft Mehrheitswille indessen immer mehr Menschenrechte einschränken oder gar abschaffen. Sozialistische Mehrheiten vor allem vergreifen sich immer wieder gern am Recht auf Eigentum, am Recht auf Pressefreiheit oder am Recht auf freie Religionsausübung. Man muß dann wohl konstatieren, daß in dem betreffenden Staat „ein bißchen“ Demokratie verlorengegangen ist.

Dabei wird klar, daß es – wie es eine Dialektik der Aufklärung gibt,

die in ihr Gegenteil, nämlich in die Barbarei, umschlagen kann – auch eine Dialektik der Demokratie geben muß. Auch die Demokratie kann, auf die Spitze getrieben, in ihr Gegenteil umschlagen, in Diktatur und Despotie. Die „reine Demokratie“, der totale Vollzug des Volks- oder Mehrheitswillens, stellt sämtliche Menschen- und Bürgerrechte zur Disposition, degradiert sie zur bloßen Funktion plebiszitärer Entscheidungen und liefert die Minderheiten der Willkür der Mehrheit aus.

Oftrmal geschieht dies im substaatlichen Bereich der Gesellschaft, in den Betrieben und Schulen, Vereinen und Parteien, während die genuin staatlichen Institutionen selbst scheinbar unangetastet bleiben. Sogenannte „Demokratisierer“, selbsternannte Exekutoren der angeblichen „volonté générale“, machen sich auf, um überall „die Demokratie“ durchzusetzen. Komplizierte Aristokratien, elitäre, nach Leistung strukturierte Gebilde wie Universitätsseminare, Zeitungen, Kunstvereine werden lähmenden Verfahrensdebatten und gleichmacherischen Abstimmungen unterworfen und dadurch rücksichtslos niedergebügelt. Und zum Schluß wendet sich die Furie dieser „Demokratisierung“ doch noch gegen den demokratischen Staat selbst. Die frei gewählten Abgeordneten der Parlamente werden zu Marionetten der „Basis“ degradiert, das demokratische Prinzip triumphiert, wenn auch um den Preis vollständiger Ineffizienz. Von nun an warten alle nur noch auf den großen Diktator, der den gordischen Knoten durchhaut.

Demokratie ist also – um bei dem Gleichnis des urchinen Talkmasters zu bleiben – das genaue Gegenteil von Schwangerschaft. Sie funktioniert nur dann, wenn sie „ein bißchen“ praktiziert wird, sie muß eingegrenzt und kontrolliert und vor sich selbst geschützt werden. „In einer Demokratie“, meinte der große Demokrat und Spötter Anatole France, „ist das Volk seinem eigenen Willen unterworfen, und das ist eine harte Knechtschaft, denn der angebliche Wille der Gesamtheit ist in einzelnen wenig oder gar nicht vorhanden“. Um die Knechtschaft zu mildern, empfiehlt es sich, die demokratischen Verfahren mit den jeweiligen Volkstraditionen zu verknüpfen und sie nicht übergreifen zu lassen von Haus aus unpolitische, komplizierte und leistungsabhängige Lebensbereiche.

Vor allem jedoch kommt es darauf an, den die Rechtsstaatlichkeit gruppierten Kern der Menschenrechte ganz fest in der Verfassung zu verankern und den Bruch der Verfassungsänderung für die wechselnden Parlamentsmehrheiten ganz hoch zu hängen. Rechtsstaat geht vor Mehrheitsentscheidung: Dies muß das Grundprinzip vollkommener Demokratie bleiben, damit sie keine Monster und Ungeheuer gebären kann.

Pankraz

Claude Levi-Strauss 75

## Ein Solitär übt sich im wilden Denken

Wie gewaltige erratische Blöcke stehen die Hauptwerke von Claude Levi-Strauss, der heute in Paris seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feiert, in der wissenschaftlichen Landschaft Frankreichs. Da sind die vier Bände „Mythologie“, die drei Bände der „Strukturalen Anthropologie“, die „Traurigen Tropen“ und das „Wilde Denken“. Der Zeitgeist subsumierte sie unter dem Stichwort „Strukturalismus“ und brachte sie in Zusammenhang mit den Schriften Lacans und Foucaults. Doch in der Totalen zeigt sich jetzt, daß Levi-Strauss ein Solitär ist, der im Grunde nur mit sich selbst verglichen werden kann.

Seine Bücher wimmeln von interessanten, rhetorisch funkeln dargebreiteten Details, sie sind farbenprächtig noch dort, wo ihr Autor im Schlamm wühlt, wie in den „Traurigen Tropen“. Aber die Philosophie, die sich aus ihnen zusammensetzt, ist kantig in ihrer gadenlosen Stringenz und eher grau. Es gibt, sagt Levi-Strauss, keine menschliche Subjektivität und Identität, es gibt nur einen Teppich von Fakten, ein Stramitnetz, dessen Stäbchen die Menschen einschließen wie der Kork der Raupen. Unsere Aufgabe ist es, die sinnreiche Knüpfung der Knoten und das Ganze des Teppichs zu erkennen und zu akzeptieren. Alles bloße Wollen und eigene Entwerfen ist von Übel.

Am besten gelingt die Erkenntnis, dem „wilden Denken“ der Naturvöl-



Farbdruck im Schlamme der Traurigen Tropen: Claude Levi-Strauss FOTO: CAMERA PRESS

ker, die sich einen Mythos erzählen und von Generation zu Generation weitertragen. Der Mythos ist kein subjektives Bild, das sich der Mensch von der Welt macht, sondern er ist die Welt selbst. Generalschlüssel der modernen Wissenschaft ist folglich die Ethnologie. Durch das Studium der von den Naturvölkern erzählten Mythen erschließt sie sich Wirklichkeit, und zwar zeitlose Wirklichkeit, die auch unsere Gegenwart konstituiert. Wohlwollend an der Ethnologie des Levi-Strauss ist ihr scharf anti-ideologischer Effekt, der sich vor allem in der Polemik gegen die Spinnereien der Sartre & Co. bewiesen hat. Daß der Mythos aber auch eine eminent metaphysische Dimension hat, kann man nicht bei Levi-Strauss nachlesen, sondern bei Karl Kerényi und Mircea Eliade. Will die akademische Jugend, die heute zum Studium des Mythos zurückkehrt, nicht in Hoffnungslosigkeit verfallen, so muß sie Eliade und andere gegen Levi-Strauss aufstellen.

GÜNTER ZEHRM

Der russische Filmregisseur A. Tarkowskij inszenierte Mussorgskijs Oper „Boris Godunow“ in London

## In düsteren Gräbern schweigt das Volk

Das Volk hüllt sich in Schweigen – diese letzte Bühnenanweisung bei Puschkin ist der Angelpunkt, an dem sich jede Inszenierung des „Boris Godunow“ zu orientieren hat. Es ist eine rätselhafte Bühnenanweisung. Eine Sekunde vorher schweigt das Volk voller Entsetzen, gebannt durch den Tod Maria Godunowas und ihres Sohns Fedor. „Was schweigt ihr?“ brüllt Mosalski das Volk an. „Ruht doch endlich. Es lebe der Zar Dmitrij Iwanowitsch!“

Die Inszenierung von Mussorgskijs „Boris Godunow“ am Londoner Covent Garden sollte uns Auskunft geben, was wohl die Arbeit an diesem musikalischen Schauspiel für den sowjetischen Filmregisseur Andrej Tarkowskij bedeuten würde. Die Absicht der Theaterdirektion bestand offensichtlich darin, einer der meistgespielten russischen Opern durch die Interpretation eines russischen Regisseurs größere Aktualität zu verleihen. Das Risiko, das sich aus der Tatsache ergab, daß der nun schon seit zwei Jahren im Westen arbeitende und in der Oper unerfahrene Tarkowskij eher nach einer dramatischen und visuellen als nach einer musikalischen Logik vorgehen würde (mit dem herausragenden Dirigenten Claudio Abbado sicherte man sich allerdings von vornherein den musikalischen Erfolg), verlor sich angesichts der Erwartungen, die man an die ungewöhnlichen Regie-Ideen und an die Individualität seiner Konzeption richtete.

Das Interesse des Regisseurs des Films „Andrej Rublew“ an historischen und dramatischen Stoff des „Boris Godunow“, an der für die russische und englische Literatur so zentralen Rolle des Herrschers als Tyrann und Usurpator liegt auf der Hand. Diese Frage nach der Ethik der Herrschenden und derer, die sich beherrschen lassen, wird in der russischen Tradition häufig eher indirekt gestellt – doch die Reaktion der Machthaber ist immer eindeutig: so war Teil II von Eisensteins „Iwan der Schreckliche“ in der Sowjetunion jahrelang verboten, und die Inszenierung des „Boris Godunow“ am Moskauer Taganka-Theater im vergangenen Jahr durch Jurij Ljubimow wurde nach einigen Vorstufen durch das „Ministerium für Kultur“ einfach abgesagt.

Der Schwerpunkt von Tarkowskij Inszenierung liegt im Visuellen. Von der ersten Minute an drängt sich die Assoziation mit der Kamera auf. Mit Hilfe einzelner Schwerförmiger erzielt Tarkowskij „Großaufnahmen“ und „Tiefenscharfen“ im Kontrast zu „Totalen“ bei voller Ausleuchtung der Bühne.

Frappierend konkret tritt in der Inszenierung die für Tarkowskij Ästhetik so typische Zeitkonzeption zutage: Hinter einem dunklen Mauer-



Der Tod des Boris: Robert Lloyd als Zar und Fiona Kimm als sein Sohn in der Londoner Inszenierung FOTO: SAG

durchbruch schwingt ein riesiges, mondähnliches Uhrpendel. Es illustriert die historische Zeit, die Zeit der Herrschaft des Usurpators, solange seine Stunden noch nicht gezählt sind, und wird im Augenblick des Todes von Boris Godunow durch den Blick des Zarenwitsch-Gespantes gestoppt. In einem weiter gefaßten philosophischen Sinn symbolisiert das Pendel das unaufhaltsame Nahen des Endes. Nicht zufällig spricht Tarkowskij davon, daß wir in einer „apokalyptischen“ Zeit des Gerichts über die Menschheit und ihre Sünden leben.

Der ganze Bühnenraum wird durch ein Brettergitter aufgeteilt, das von oben auf die Vorhänge heruntergelassen wird. Die Vertiefungen, die dadurch auf beiden Seiten entstehen, sehen aus wie Jauche, in denen das Volk herumwimmelt und den neuen Zaren bejubelt. In allen bisherigen Inszenierungen dieser Oper wurde das Volk immer als positive Kraft, als Träger des historischen Prozesses verstanden. Bei Tarkowskij nun tritt es als eine elementare, selbstzerstörerische Größe auf.

Im Prolog – die Ouvertüre erklingt erst, wenn der Vorhang schon geöffnet ist – versammelt sich das Volk in einer langsam um sich greifenden Dunkelheit mit Kerzen in den Händen an der Mauer des Neujungfrauenklosters. Es bittet Boris, Zar zu werden, doch es „weiß nicht, was es tut“, und so wird es denn auch wenig später den neuen Zaren bejubelt. Tarkowskij, der für seine Inszenierung auf die erste Version Mussorgskijs und nicht auf die weit optimistischere, in der Sowjetunion immer

gespielte Version Rimski-Korsakows zurückgreift, setzt somit einen deutlichen Akzent auf die Selbstverschuldung auf die „tragische Schuld“ des Volkes, und dieser Akzent läßt sich durchaus als eine Paraphrase des für uns Russen so typischen Ausspruchs verstehen: „Wir haben die Macht haben, die wir verdienen.“

Im Finale legt sich das Volk in jene russische Erde, der es auch entsprungene ist. In diesem Augenblick erstrahlt ein Kreuzfix. Auf der Bühne ist nur noch der „Narr in Christo“ zu sehen, eine Person, die Tarkowskij in seiner Inszenierung besonders heraushebt. Er ist der einzige, der nichts weiß, er ist ein selbiger Unwissender, der während der gesamten Aufführung mit einem über den Kopf gestülpten Sack auf der Bühne herumläuft. In welcher undurchdringlichen und furchtbaren Leere entschwindet im Finale sein jämmerliches Klageleid „Leid, Leid über dich, Rußland! Weine, russisches Volk!“ Doch das Volk weint nicht, es hört gar nicht mehr, es „schweigt“ in seinen düsteren, schon ausgehöhlenen Gräbern. Nur in Bezug auf Gott wird es sehend, wie der „Narr in Christo“, der seit trauriger Zeit in Rußland als gottgesalbter gilt.

Auch die Interpretation des von Robert Lloyd gesungenen Boris hängt eng mit Tarkowskij filmischem Werk zusammen, mit der Idee, daß grenzenlose Macht den Menschen ins Verderben stürzt. So zerstört dann auch die Besessenheit durch die Macht am Ende Boris selbst. Völlig teilnahmslos blicken die Bojaren in ihren prächtigen lan-

gen Gewändern auf den gepeinigten Boris und quälen seine Phantasie mit gezielten Details über den Tod des jungen Zaren und das Auftreten des Usurpators. Boris liegt im Sterben, er halluziniert bereits. Pimen (Gwynne Howell) tritt ein, und sein Bericht von der Ermordung des jungen Zaren, den das Volk schon als Märtyrer verehrt, klingt wie die Worte des Jüngsten Gerichts.

Als ein besonderes Thema wird von Tarkowskij die Person des „rechtschaffenen Alten“ Warlaam (Aage Haugland) entwickelt. Er wird zu einer Verkörperung der Kraft und Weisheit des Volkes, er ist draufgängerisch und voller Elan. Mit einem feinen, fast volkstümlichen Humor setzt Tarkowskij diese Person in Kontrast zu dem „niedergeschlagenen“ Misaal. Warlaam wird bei Tarkowskij zum Repräsentanten des Volkes, genauer zum Repräsentanten des schon nicht mehr völlig unwissenden Teils des Volkes. Im Unterschied zur „grauen und dunklen Volksmasse“, die ja keineswegs alles versteht, wie die sowjetische Kritik immer betont, ist Warlaam bereit, im Namen des „heiligen Mitternachts“ Rußland alle Leiden auf sich zu nehmen.

Wie schon in Tarkowskij Filmen zieht auch in dieser Inszenierung der kürzere, der die Rätsel zu lösen versucht, die der Regisseur scheinbar durch seine Bilder aufgibt. In einem musikalischen Schauspiel wäre eine solche intellektualisierung, die ja auch der Regisseur selbst entschieden ablehnte, noch weniger angebracht. Tarkowskij bringt Film und Musik einander nahe.

NATAN FEDOROWSKI

Bochum: Brechts „Mahagonny“ unter M. Karge

## Schnapsbad ohnegleichen

Die beiden Tiefschläge dieses Bochumer Boxkampfes mit Bert Brechts „Mahagonny“ kommen in der ersten und in der letzten Runde. Da holt der „DDR“-Regisseur Manfred Karge ganz weit aus, um dem Erzfeind USA mal ganz kräftig unter die Gürtellinie zu schlagen. Zunächst muß ein Brecht-Text („Verschollener Ruhm der Riesenstadt New York“) dazu herhalten, dem dummen westdeutschen Zuschauer klarzumachen, wozu der Untergang kommen wird. Und am Schluß sind dann Bomber und Raketen zugegen, damit der aktuelle Bezug vollends klar werde.

Dazwischen liegt eine flotte, pointierte, einfallsreiche und sehr präzise Inszenierung, die mit dieser platten Aktualisierung so gar wie gar nichts zu tun hat. Der politische Tiefschlag erweist sich als ästhetisches Eigenes. Das künstlerische Gewissen des Regisseurs stand seiner ideologischen Beifälligkeit recht eindeutig im Wege.

Karge inszenierte in Bochum nicht die Brecht/Weill-Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“, sondern eine Misch-Fassung aus dem 1927 in Baden-Baden uraufgeführten Singspiel „Mahagonny“ (dessen Originalfassung nicht mehr erhalten ist) und der späteren Oper. Das reduzierte die Fabel noch mehr auf die düre Geschichte des Holzfällers Paul Ackermann, der so lange geschätzt wird, wie er Geld hat, und den man hinricht, als er seine Saufrechnung nicht mehr bezahlen kann. Darüber war um Karge dieser Fassung die im 1983 zusammen mit Matthias Langhoff erarbeitete den Vorschlag, kann man nur Vermutungen anstellen. Sie ist praktikabler, erfordert weniger Aufwand, hat aber – zumindest von Brecht aus geurteilt – auch den Nachteil, daß ihre Ästhetik sich gegenüber dem „Zeige“-Effekt viel stärker durchsetzt, was im Hinblick auf Karges erwähnte politische Absicht ein Widerspruch ist.

Es ist ja die bis heute ungelöste Crux von Brecht, daß sich seine Ästhetik selbstständig macht. Das „Kulinarische“, das er ja selbst immer wieder betont, folgt keineswegs der Absicht, sich dialektisch gegen sich selbst zu wenden. Das Leertaste-Timbre der Musik, die Künstlichkeit der Unterwelt, das Ganoven-

und Bettler-Milieu, die Schönheit der Sumpflüthen – das alles ist längst keine antibürgerliche Attacke mehr, das kann man genießen gerade in seiner anarchischen Stilisierung. Und entsprechend genießen kann man auch Karges Inszenierung. Wenn sich da einer – konsequent glückselig – zu Tode trübt und säuft wie das Ur-Vieh Jakob Schmidt (Rupert J. Seidl), dann freut man sich an seinem Lebensgefühl um so mehr, als die genau stilisierte Darstellung es auf eine Ebene hebt, die so ästhetisch ist, wie eine naturalistische Darstellung es nie sein könnte.

Und in dieser Hinsicht ist Karge ein Meister. Bei jenem Boxkampf zum Beispiel, bei dem Paul Ackermann (Otto Kukla) sein Vermögen mit einer Wette verliert, fließt das Blut in Strömen. Jeder Schlag eine neue Fontäne. Aber man brüllt vor Lachen, weil da natürlich eine Umkehrung des berühmten Sahnkuchen-Gags drinsteckt. Und die artistischen Einlagen (etwa wie einer durch die Seele fließt) sind einer Akrobatentruppe würdig. Ähnlich die Sauforgie, die Ackermann dann nicht mehr bezahlen kann. Da fließt der Whisky wahrhaft in Strömen. Über Kleider und Anzüge, über Arme und Köpfe, in Gläser (nur wenig) und über den Boden. Ein Schnaps-Bad ohnegleichen. Sorgfältig ausbalanciert. Genau berechnet. Man amüsiert sich königlich. Und weil die Story wegen des antikapitalistischen Aufzeigs-Effekts so bewußt kärglich und absurd ist, nimmt man sie über diesem Spektakel gar nicht mehr für voll.

Das trifft begrenzt sogar auf Ackermanns Geliebte, die schwarze Hure Jenny, zu. Sandra Markus, die in dieser Rolle die überragende Leistung des Abends bot, erlaubt sich immer wieder Augenblicke der psychischen Betroffenheit und fällt dadurch aus dem Brechtschen Rahmen. Aber sie löst als einzige Nachdenklichen aus, obwohl man sich natürlich köstlich darüber freut, wie das kleine Persönchen ihrer Umwelt zeigt, wo es langgeht.

Die Widersprüche dieses Theaterabends sind keine Brechtschen Brüche. Sie sind Gewaltansprüche ohne Übersetzungskraft. Dafür gab es eine ganze Reihe von Buhs.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Basel: F. Bayer dramatisiert „Homers Odyssee“

## Schlag zwölf war's neun

Die „Odyssee“ von Homer dramatisieren? Dazu gehörte schon ein Hauptkern. Der Regisseur Friedrich Bayer ist dieser Hauptkern nicht. Trotzdem hat er sich schon einmal, vor einem halben Dutzend Jahren in Heidelberg, an Homer vergriffen, und das damalige Desaster hielt ihn nicht davon ab, jetzt in Basel ein gleiches zu versuchen. Das Unternehmen ist völlig danebengegangen.

Es reichte nur zu einer Art Lesung mit verteilten Rollen. Die große Opernbühne des Basler Stadttheaters bleibt ständig offen, der Hintergrund ist eine neutrale weiße Leinwand. Vor Pulten sitzen zahlreiche neutral verkleidete Schauspieler und Schauspielinnen, fast alle hellblond, wie es die Griechen nun einmal sind, und lesen Homer. Einige Männer tragen Schiebermützen, hellgrau Fedoras wie die Chicago-Gangster der dreißiger Jahre, einer sogar eine Melone. Man merkt sehr selten, wer gerade spricht, da alle wie Schlagzeuger Mikrophone benutzen. Stille! Oder reichen die Stimmen nicht aus? Die Verwirrung bei den Zuschauern ist groß.

Nur Handlungstümmel werden gelegentlich vorgeführt, obwohl ja die „Odyssee“ vor Handlungen geradezu birst. Odysseus krabbelt aus blauer, den Boden bedeckender Seide hervor, als sei er soeben dem stürmischen Meer entronnen. Anschließend wäscht er sich in diesen blauen „Fluten“ die Hände. Oder drei, vier Akteure schaukeln auf ihren Stühlen

hin und her, um auszudeuten, daß sie auf der Reise sind, auf einer Wagenfahrt.

Alles wird ständig, fast pausenlos untermauert mit Musik (Wolfgang Löffler), Orff schlecht nachempfunden, wärrig, die Instrumente: Becken, Harfe, Harmonium. Man hat den Eindruck, daß Bayer es so undramatisch wie nur möglich wollte, selbst im dramatischen letzten Viertel. Da kehrt Odysseus heim und vernichtet die Freier seiner Frau Penelope. Das wird deklamiert, nicht etwa vorgeführt. Und die vielleicht schönste Szene der epischen Weltliteratur – der alte und schon schwache Hund erkennt seinen Herrn Odysseus trotz seiner Verkleidung – muß aus begreiflichen Gründen ganz entfallen.

Das Ganze währte mit Pause fast vier Stunden. Viele Besucher räumten vorzeitig das Feld, und sie werden es zweifellos auch in Berlin tun, wenn die Produktion, wie man munkelt, zu den Theaterwochen eingeladen wird. Niemals palben des Kritikers Alfred Kerr Worte besser als hier: „Um Mitternacht sah man auf die Uhr, da war es neun!“

Traurig, so etwas aus Basel berichten zu müssen. Unter Diggeln wurde hier einst europäisches Theater gemacht, unter Holmann war es oft sehr interessant, auch unter dem jetzigen Direktor Statkuss bis vor kurzem noch. Allerdings nie unter dem Hausregisseur Friedrich Bayer. Der ist ganz offensichtlich eine Fehlbesetzung.

CURT RIESS

## KULTURNOTIZEN

„Baltisches Silber aus dem 17. bis 19. Jahrhundert“ zeigt die Deutsche Baltische Landsmannschaft bis zum 4. Dezember im Schloßmuseum Darmstadt.

„Der Deutsche Jugendpreis 1984“ wurde vom Kinder- und Jugendfilmzentrum in Renscheid (Kippelstein 34) ausgeschrieben. Das Sonderheft lautet: „Da kimmern wir uns drum“.

„Die Fürstentumskanzlei des Mittelalters“ heißt eine Ausstellung über die Anfänge weltlicher und geistlicher Zentralverwaltung in Bayern, die bis

18. Dezember im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu sehen ist.

Ein Festival des österreichischen Films findet vom 9. bis 15. Dezember im Wiener Künstlerhaus statt.

Das New Yorker Metropolitan Museum ehrt Yves Saint Laurent mit der Ausstellung „25 Jahre Modezeichnungen“.

Zeichnungen von französischen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts sind derzeit im Pariser Balzac-Haus zu sehen.

Sir Anton Dolin, britischer Choreograph, ist 79-jährig in Paris gestorben.

## JOURNAL

UNO für Rückgabe von Kulturbesitz

AP, New York

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat sich für die Rückkehr von Kulturbesitz ins Ursprungsland ausgesprochen. Die Entscheidung wurde mit 123 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Griechenland, das sich mit Großbritannien über die sogenannten „Elgin Marbles“ streitet, hatte die Resolution mit eingebracht. Der britische UN-Botschafter John Margetson enthielt sich der Stimme und eroberte grundsätzliche Einwände gegen die Entscheidung. Großbritannien könne das Ansinnen nicht akzeptieren, daß Kunstbesitz, der über Jahre hinweg gekauften und bezahlt worden sei, dem Ursprungsland zurückgegeben werden solle, erklärte er. Neben Großbritannien enthielten sich auch die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Schweden, Dänemark, die Benelux-Länder, Irland, Israel und die Vereinigten Staaten der Stimme. 22 Länder waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Galiläische Festung aus dem 10. Jahrhundert

APF, Haifa

Ein Festungsbau aus dem 10. Jahrhundert v. Chr. ist von israelischen Archäologen in der Ortschaft Roch Hazit in Niedergaliläa entdeckt worden. Die Ruinen stammen aus der Zeit der phönizischen Handelskolonien in dem Gebiet. Der offenbar durch Feuer zerstörte Bau ist von zwei Meter dicken Mauern umgeben. Bei den Ausgrabungen wurden Amphoren und weitere Tonbehälter in phönizischem Stil sowie Eisenwerkzeuge, namentlich Säbeln und eine Flugschär, zu Tage gefördert. Die Archäologen sind der Ansicht, daß der Bau in der in der Bibel mit „Cabul“ bezeichneten Gegend im Norden des Königreichs Israels lag.

Ausstellung erinnert an Bauhaus-Künstler

dpa, Berlin

Das Bauhaus-Archiv in Berlin zeigt in einer Doppelausstellung Arbeiten der ehemaligen Bauhaus-Künstler Albert Flacon und Katja Rose. Der in Paris lebende Maler und Grafiker Albert Flacon (vormals Mantel) hatte sich als Schüler von Josef Albers und Oskar Schlemmer bis 1933 mit gebrauchsgrafischen Arbeiten einen Namen gemacht. Katja Rose war am Bauhaus Schillerin von Willi Berger, Lilly Reich, Wassily Kandinsky und Josef Albers.

Vorträge über die Irrwege der Angst

DW, Köln

Die Vorträge und Diskussionen des Kongresses „Irrwege der Angst“, der von der Hanna-Martin-Schleyer-Stiftung im Januar in München veranstaltet wurde (s. WELT v. 22. 1.), liegen jetzt in einer Broschüre vor. Der Band, herausgegeben von Nikolaus Lobkowicz, enthält u. a. die „Beobachtungen zur Sozialpsychologie der Krise“ von Prof. Schmidtchen, Zürich, Prof. C. A. Andreas' Untersuchung über „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ oder den Beitrag von Prof. Jeanne Hersch, Genf, „Zur Krisen-Diskussion in Europa“. Der Band mit 378 Seiten (Vertrieb: J. Bachem, Köln) kostet 24,80 Mark.

Sammlung Reinheimer: Ausstellung und Katalog

DW, Stuttgart

Bis zum 11. Dezember zeigt die Galerie der Stadt Esslingen die „Sammlung Reinheimer“. Es handelt sich dabei um eine wichtige Privatsammlung deutscher Kunst des 20. Jahrhunderts, die seit 1978 aufgebaut wurde. Sie umfaßt Werke von Expressionismus bis zur gegenwärtigen Kunst mit dem Schwerpunkt auf der Kunst der Nachkriegszeit. Eine der jüngsten Erwerbungen ist z. B. die „Figur Maja V“ von Horst Kahlhammer in Stuttgart als Sammlungskatalog der Band „Kunst des 20. Jahrhunderts“ von Wilhelm Gail (248 S., 87 farb. Tafeln, 69 Mark).

Lotte Eisner †

APF, Paris

Die Filmhistorikerin Lotte Eisner ist im Alter von 87 Jahren in Garches bei Paris gestorben. Die gebürtige Berlinerin arbeitete eng mit Fritz Lang, Eisenstein und Max Reinhardt zusammen und gilt als bedeutende Expertin des expressionistischen Films. 1933 verließ sie Deutschland und emigrierte nach Paris, wo sie ein Jahr später Henri Langlois kennenlernte. Mit Langlois baute sie nach dem Krieg die Pariser Cinéma-thèque auf, deren Chefkonservatorin sie bis 1975 war. Einers Hauptwerk „Die dämonische Leinwand“ wurde in acht Sprachen übersetzt. Ihr letztes Werk „Fritz Lang“ kommt postum im nächsten Jahr heraus. Seit 1952 hatte die Autorin und Filmkritikerin die französische Staatsangehörigkeit. In diesem Jahr war sie nach zahlreichen Auszeichnungen in die französische Ehrenlegion aufgenommen worden.



## Drei-Tonnen-Beute: Londoner Goldräuber leisteten Schwerarbeit

Sechs Unbekannte entkamen mit Edelmetall und Diamanten im Wert von 130 Millionen Mark

FRITZ WIRTH, London  
Als Kommissar Frank Cater auf der Szene erschien, hatte er nach dem ersten Schock noch Sinn für zünftige, handwerkliche Bewunderung: „Gute Arbeit“, befand er, „hier waren Profis am Werk, die wußten, was sie tun.“ Wer innerhalb von zwei Stunden drei Tonnen Gold stiehlt und als dekorative Zugabe noch einige Hände voll Diamanten mitnimmt, muß neben aller Chuzpe über ein beträchtliches Maß an „Insiderwissen“ verfügen. Denn nicht jeder Mann weiß auf Anhieb, wo so in London gerade 8800 Goldbarren zur Selbstbedienung herumliegen.

Verbrechen solcher Dimensionen kitzeln beim Briten – vor allem wenn sie mehr oder minder gewaltlos inszeniert werden – automatisch Rekordfieber wach. Seit dem Coup der Posträuber vor knapp 20 Jahren hat er feste und anspruchsvolle Maßstäbe im Umgang mit derartigen Diebstählen. Damals wurden 2,5 Millionen Pfund gestohlen und machten die Diebe, die sich später in der Mehrheit als durch den plötzlichen Reichtum überforderte kleine Gauner erwiesen, zur Legende.

### Reif für Rekordbücher

Am Samstagmorgen wurden Gold und Diamanten im Wert von 25 Millionen Pfund entwendet und allein die ausgesetzte Belohnung von zwei Millionen Pfund (umgerechnet acht Millionen Mark) ist fast so hoch wie die legendäre Beute der Posträuber. Mit einem Satz: Was am Samstagmorgen zwischen 6.15 Uhr und 8.30 Uhr im Lagerhaus „Brinks Mat“ einsehbar war, wurde am Sonntagmorgen im Heathrow geschah, ist reif für die Rekordbücher.

Es zeigt zugleich, welche Fortschritte in den letzten 20 Jahren seit dem Postraub die Diebeskunst und die Inflation gemacht haben. Denn die 2,5 Millionen Pfund der Posträuber waren nach dem damaligen Wechselkurs rund 30 Millionen Mark wert, die 25 Millionen Pfund, die am Wochenende in Gold und Diamanten entwendet wurden, entsprechen einem Wert von 100 Millionen Mark.

Solche Schätze liegen nicht einfach so herum. Das Lagerhaus „Brinks Mat“ galt in einschlägigen Kreisen als einbruchssicher. Es erscheint nach außen hin eher wie eine moderne Fabrikhalle. Seine Eingänge sind mit allen erdenklichen elektronischen Sicherheitsinstrumenten versehen. Zur Zeit des Einbruchs befanden sich sechs Sicherheitsbeamte im Gebäude.

Scotland Yard hüllt sich bis zur Stunde noch in Schweigen, auf welche Weise die sechs Diebe das komplizierte Sicherheitssystem ausgeschaltet haben und ins Gebäude ein-

gedrungen sind. Die sechs Sicherheitsbeamten hatten keine Gelegenheit, Widerstand zu leisten und waren innerhalb weniger Minuten gefesselt. Einem der Beamten wurde mit einem Messer die Uniform aufgeschnitten und Benzin über den Körper geschüttet. Ein zweiter Beamter erlitt Kopfverletzungen durch Schläge mit einem Pistolenknopf.

Mit der Drohung, das Benzin anzuzünden, verschafften sich die Diebe alle nötigen Informationen darüber, wo Gold und Diamanten zu finden waren. Sie brauchten zwei Stunden, um die Fracht auf ein Fahrzeug zu heben. Ansonsten fehlt von ihnen jede Spur. Sie hinterließen keine Fingerabdrücke und es gibt keine Augenzeugen, die ein Auto beim Verlassen des Lagerhauses gesehen haben. Die Diebe trugen Gesichtsmasken.

Für Kommissar Frank Cater waren Art und Technik des Raubs überhaupt gar nicht neu. Ihm drängten sich unverzüglich Erinnerungen an den letzten großen Geldraub am zweiten Ostertag dieses Jahres in der Londoner City auf. Auch damals drangen sechs Männer in das schwer bewachte Gebäude der Firma „Security Express“ ein, auch sie erschienen in der Morgendämmerung unmittelbar nach dem Schichtwechsel und auch sie übergossen einen der Wächter mit Benzin und drohten, es anzuzünden.

Die sechs maskierten Männer ließen sich damals acht Stunden Zeit, um sieben Millionen Pfund in bar aus den Tresoren zu holen. Von Geld und Dieben fehlt bis heute jede Spur, obwohl damals eine Belohnung von einer halben Millionen Pfund ausgesetzt wurde.

### Belohnung als Köder

Die am Wochenende gestohlene Fracht war für Hongkong bestimmt. Die 8800 Goldbarren waren mit Stempeln und Seriennummern versehen. Da es sich offensichtlich um ausgesuchte Profis handelt, darf man annehmen, daß sie über hinreichende Möglichkeiten verfügen, das Gold einzuschmelzen.

Die größte Erfolgchance, die Beute und die Diebe dingfest zu machen, bietet deshalb wohl die ausgesetzte Belohnung von zwei Millionen Pfund, die für die Londoner Unterwelt ein zu verführerischer Köder ist. Es muß jedoch befürchtet werden, daß es sich hier um eine Truppe handelt, die außerhalb der gängigen Gangsterkreise operiert. Der bisher einzige Sicherheitsfehler in dem sonst staunenswerten geschlossenen Unternehmen: Sie fielen zu einem Zeitpunkt über den Stoff her, da sein Preis rapide sinkt. Vor zwei Jahren noch wären ihre drei Tonnen Gold rund 250 Millionen Mark wert gewesen.



Welt verstreut wurden die Trümmer des abgestürzten Jumbos. Offenbar hatte eines der Triebwerke Feuer gefangen. Nach der Explosion brannte das Wrack noch mehrere Stunden. Viele der Toten waren nicht mehr zu identifizieren. Die mindestens 183 Opfer wurden in einem Hangar des Madrider Flughafens aufgebahrt. FOTOS: DPA

## Jumbo zog eine Spur des Todes

ROLF GÖRTZ/dpa, Madrid  
Die 194 Menschen an Bord des Jumbos der kolumbianischen Gesellschaft „Avianca“ auf dem Weg von Paris nach Bogotá schienen die erste Etappe ihres Fluges – kurz vor der nächtlichen Zwischenlandung auf dem Madrider Flughafen Barajas schon hinter sich zu haben, als die Katastrophe über sie hereinbrach. Eine Minute vorher war noch alles in Ordnung. Die Fluglotsen im Tower sprachen um drei Minuten nach ein Uhr noch mit Kapitän Julio Hernandez, als plötzlich der Funkkontakt abbrach.

So unklar wie die Ursache der Katastrophe war zunächst auch die Zahl der Opfer. Ein Vertreter der „Avianca“ sprach gestern nachmittag von 183 Toten und elf Überlebenden. Zu ihnen zählt der schwerverletzte Deutsche Peter Stigmann, der mit Verletzungen ins Luftwaffenlazarett von Madrid gebracht wurde. Am Bord der Maschine befanden sich 169 Passagiere, 20 Besatzungsmitglieder und fünf Angehörige einer heimkehrenden Crew. Aus Frankfurt kommend

war die Maschine zum ersten Mal in Paris zwischenlandend. In der französischen Hauptstadt waren 54 Passagiere zugestiegen, darunter auch etwa 25 Deutsche.

Nach Augenzeugenberichten geriet vor dem Absturz eines der Triebwerke vor der Boeing 747 in Brand. Einige Bewohner der Ortschaft Mejorada del Campo am Rande von Madrid wollen zwei schwere Explosionen gehört haben. Die Maschine geriet jedenfalls in etwa 1000 Meter Höhe außer Kontrolle und drohte auf den 11 000-Einwohner-Ort zu stürzen.

Ein Dorfwohner: „Der Jumbo hielt genau auf unser Dorf zu. Er flog noch etwa 900 Meter hoch, verlor an Höhe und schlug schließlich vier Kilometer vor Mejorada auf den Feldern auf. Als er auf uns zurast, machte er plötzlich einen merkwürdigen Schwank und prallte mit großem Getöse inmitten riesiger Flammen auf die Erde.“

Einer der Überlebenden erzählte: „Ich hing mit dem Kopf nach unten im Sicherheitsgurt, weil das Flugzeug auf dem Rücken liegenblieb. Ich befreite mich irgendwie und trat eine

der Scheiben ein, durch die ich entkommen konnte. Dann explodierten die Tanks. An mehr kann ich mich nicht erinnern.“ Aus dem Wrack wankte der erste am Katastrophensort eintreffende Polizist eine etwa 30 Jahre alte Südamerikanerin entgegen, die als einzige unverletzt blieb und im Schock nur die Typenbezeichnung des Unglücks-Jets stammelte: „Siete-quatro-siete.“ (7-4-7). Ihr folgte ein jüngerer Mann mit einem Kind auf dem Arm und einem zweiten auf der Hand – der Franzose Patrick Mayer mit seinen Kindern.

Möglicherweise hatte Kapitän Hernandez noch eine Notlandung versucht. Einige Passagiere hatten jedenfalls die Schwimmwesten angelegt. Die Boeing schliderte mehrere hundert Meter durch die Gemütsfelder, überschlug sich mindestens zweimal und hinterließ so eine Spur des Todes: Leichenteile, Wrackstücke und Gepäck lagen verstreut auf einer Strecke von etwa einem Kilometer hinter dem Unglücksflugzeug. Dann explodierte der Riesen-Jet, ging in Flammen auf und verglühte

nach einer vierstündigen Feuerbrunst zu einem Haufen Schrott. Neben dem Wrack wurde später der offenbar intakte Flugschreiber der Maschine gefunden, von dem man sich nun Aufschluß über die Unglücksursache erhofft. In den Trümmern entdeckte man auch zwei Pistolen. Zunächst geht man davon aus, daß sie entweder Besatzungsmitgliedern gehörten oder aber von Passagieren abgegeben worden sein könnten.

Auf dem Madrider Flughafen spielten sich erschütternde Szenen ab. Erst eine Stunde nach der Katastrophe wurden die Wartenden über das wahre Ausmaß unterrichtet. Der „Avianca“-Schalter war schon mit dem Eintreffen der ersten Nachrichten geschlossen worden.

Unter den Toten befindet sich auch der peruanische Schriftsteller Manuel Escorza. In Madrid wollten der kolumbianische Ex-Präsident Misael Pastrana sowie eine Reihe spanischer Schriftsteller, die zu einem Kongreß in Südamerika unterwegs waren, zusteigen.

## Herbststürme tobten über Westeuropa: Acht Tote

dpa, Hamburg

Mindestens acht Menschen sind gestern in Belgien bei schweren Herbststürmen, die mit Geschwindigkeiten um 150 Kilometer über Westeuropa hinwegzogen, ums Leben gekommen. Sie wurden, zum Teil in ihren Autos, von umstürzenden Bäumen erschlagen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es nach einer ersten Übersicht keine Verletzten. Wie in Belgien, Frankreich und anderen Ländern stürzten aber auch hier Bäume um, flogen Ziegel von den Dächern. Mehrfach kam die Erde nach stundenlangen Regenfällen ins Rutschen. Straßen wurden blockiert. Für die deutsche Nordseeküste wurde gestern mittag Sturmflutwarnung gegeben. In vielen Städten im Bundesgebiet mußten die Feuerwehren am Sonntagmorgen ausrücken, um die Sturmschäden zu beseitigen. Die Münchner Berufsfeuerwehr war bis mittag mehr als 50mal im Einsatz.

Bereits am Samstag war ein Sturm über die bayerischen Berge hinweggezogen. Auf der Zugspitze erreichten die Orkanböen kurzfristig Spitzengeschwindigkeiten bis zu 220 Kilometer in der Stunde. Die Seilbahn zum Zugspitzgipfel mußte ihren Betrieb einstellen. Mit dem Sturm wurde es für diese Jahreszeit ungewöhnlich warm in Deutschland – schon gestern morgen wurden in München 15 Grad gemessen. Nach den Aufzeichnungen des Münchner Wetteramtes war es der wärmste 27. November seit 29 Jahren.

### Postbeamter erschossen

AP, Düsseldorf

Ohne Ergebnis blieb auch gestern die Suche nach dem Unbekannten, der am Samstag in Düsseldorf einen Postbeamten erschoss und mit Devisen im Wert von umgerechnet 77 000 Mark entkam. Der Mann hatte an einer Ampel eine Kolonne von drei Paketautos der Deutschen Bundespost aufgehalten. Als die Fahrzeuge bei Rotlicht hielten, versuchte er, in das erste der drei Paketautos einzudringen. Beim Handgemisch mit den Fahrern der nachfolgenden Wagen schoß der Mann und verletzte einen der Beamten, der auf dem Weg ins Krankenhaus verblutete. Der Unbekannte konnte mit einem Moped entkommen.

### Begräbnis an der Elbe

dpa, Berlin

Der am 17. Oktober in Chicago gestorbene Joseph Polowsky ist am Samstag, seinem letzten Willen entsprechend, in Torgau an der Elbe beigesetzt worden. Polowsky gehörte zu jener amerikanischen Patrouille, die am 23. April 1945 als erste mit sowjetischen Streitkräften an der Elbe zusammentraf. An dem Begräbnis nahmen auch je vier sowjetische und amerikanische Offiziere teil.

### „Happyend“ in Paris

fr, Paris

Die chinesische Künstlerin Li Shuang und der ehemalige französische Kulturattaché in Peking, Emmanuel Bellefroid, sind seit Samstag wieder vereint. Die Chinesin war 1981 in ein Arbeitslager gekommen, weil sie in Peking mit dem französischen Diplomaten zusammengefallen hatte. Nach Intervention der französischen Regierung durfte Li Shuang jetzt nach Paris ausreisen.

### Gasexplosion: Zehn Verletzte

dpa, Mannheim

Zehn Menschen sind am Wochenende in Mannheim bei einer Gasexplosion in einem fünfstöckigen Wohnhaus zum Teil schwer verletzt worden. Nach bisherigen Ermittlungen explodierte ein Heizgerät in einer mit Gasheizung ausgestatteten Wohnung im dritten Obergeschoß des Hauses.

### Im Kinderzimmer verbrannt

dpa, Aachen

Bei einem Brand, der aus bislang noch ungeklärten Gründen im Kinderzimmer ausgebrochen war, sind in der Nacht zum Sonntag in Aachen drei Kinder ums Leben gekommen. Die Eltern waren unterwegs.

### ZU GUTER LETZT

„Meine Frau ersetzt mir über 20 Kühe“. Überschrift der „Bonner Rundschau“.

## Entführtes Baby lag lebend im Pappkarton

In Italien bleibt Furcht vor neuer Dimension des Kidnapping

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Ein Entführungsfall, der wegen seiner besonderen Grausamkeit ganz Italien in Atem hielt, hat ein glückliches Ende gefunden. Das achtzehnjährige Baby Elena Luisi, das in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober bei Lucca in der Toscana geraubt worden war, liegt gesund und munter wieder in den Armen seiner Mutter. Es wurde in Sizilien aufgefunden – in einem Pappkarton am Straßenrand aufgestellt. Die Bande der Entführer konnte fast vollständig verhaftet werden. Ein Lösegeld wurde nicht gezahlt.

Der außergewöhnliche Entführungsfall, von dem viele Italiener befürchtet hatten, daß er dem Kidnapping eine neue, selbst Babys einschließende Dimension eröffnen könnte, wurde dank einer erfolgreichen polizeilichen Großfahndung gelöst, zu der von der Toscana bis nach Sizilien mehrere hundert Mann eingesetzt waren. Dabei gingen der Chef der Entführerbande und acht weitere Bandenmitglieder ins Netz, nur ein Bandit wird noch gesucht.

Organisiert wurde die Entführung von einem Freund der Familie Luisi, dem Kaufmann und Elektrowarenverkäufer Francesco Chilli, der sich seit längerem in finanziellen Schwierigkeiten befand und angeblich auch in den Drogenhandel verwickelt war. Er stammt aus Milazzo auf Sizilien, wo er Gemeinderat der republikanischen Partei ist. Mit dem Lösegeld für die kleine Elena hoffte er, aus seinen Geldnöten herauszukommen. Die Polizei wurde auf Chilli aufmerksam, als sie eines seiner Telefongespräche abhörte. Er sprach darin in sizilianischem Dialekt von einem „Schar, das blökt“, und von einem „Hirten, der bezahlen muß, wenn er das Tier wiederhaben will“. Chilli wurde daraufhin in Ferrara festgenommen. In seiner Tasche fand man eine Fotografie des geraubten Babys mit einer Kopie des „Corriere della Sera“ auf dem Schoß. Er wurde sofort nach Milazzo gebracht. Offen-

sichtlich auf seine Aussage hin drang die Polizei zu dem Versteck des Kindes vor, das jedoch kurz vorher verlassen worden war. Die anderen Entführer hatten offenbar Band bekommen und waren mit dem Kind ausgerückt.

Während der daraufhin einsetzenden Flächenfahndung wurde im Polizeipräsidium ein anonymes Anruf registriert. Das Kind sei auf einer bestimmten Straße abgestellt worden, hieß es darin. „Holt es dort ab!“ Dort fand man dann tatsächlich die verdorrte, weinende, aber gesunde Elena in einem Pappkarton. Einer nach



Elena Luisi: Ihr Verschwinden hatte die Entführungen gewöhnlicher Italiener zu Höchstbewegt. FOTO: AP

dem anderen der Entführer und ihrer Helfershelfer ging der Polizei in den folgenden Stunden ins Netz.

Die Erregung, die dieser Entführungsfall in der italienischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, spiegelt sich unter anderem in einem offenen Brief wieder, den der Chefredakteur des „Giornale Nuovo“, Indro Montanelli, gestern an Staatspräsident Pertini richtete. Montanelli verweist darin auf die alarmierende Zunahme (Verdreifachung) von Entführungsdelikten in den letzten zwei Jahren. Am Entführungen von Erwachsenen habe sich die Öffentlichkeit inzwischen derart gewöhnt, daß man kaum noch deren Namen zur Kenntnis nehme.

## Im Notfall landet „Columbia“ in Wahn

Flughafen Köln/Bonn offizieller Notlandeplatz für „Space Shuttle“

ADALBERT BÄRWOLF, Hamburg

Der amerikanische Raumtransporter Space Shuttle mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold an Bord wird am Sonntag im Flughafen Köln/Bonn notlanden, falls in der Startphase zwei Haupttriebwerke ausfallen. Die Wahrscheinlichkeit eines Landesversuchs auf der 3800 Meter langen Piste am Rhein wird von der Nasa mit eins zu zehntausend angegeben. Voraussetzung für die Notlandung wäre die fast katastrophale Situation vor Ablauf von sechs Minuten nach dem Start am heutigen Montag um 17.00 Uhr deutscher Zeit. Die Flugsicherungszone Düsseldorf und der Kölner Flughafen sind jedoch auf den Alarmfall vorbereitet. Ein zweiter europäischer Notlandeplatz ist Saragossa in Spanien.

Der Alarmplan gilt für den Fall, daß die Triebwerke in einem Augenblick ausfallen, in dem es für die Rückkehr zum Startplatz zu spät, für den Schwenk in die Orbitalbahn aber zu früh ist. Im Falle der Notlandung in Köln würden vom Start der „Columbia“ mit dem Weltraumveteranen John Young am Steuer bis zum Aufsetzen auf der Landebahn am Rhein nur 30 Minuten vergehen. Das Raumflugzeug würde dabei eine Höchstgeschwindigkeit von mehr als 20 000 Kilometer in der Stunde erreichen und antriebslos wie ein Segler mit einer Geschwindigkeit von 340 Stundenkilometer auf der Kölner Bahn aufsetzen. Die Atlantiküberquerung in der dreißig Minuten wäre nicht nur die schnellste in der Geschichte, sondern auch eine Vorschau auf den im nächsten Jahrhundert geplanten halbballistischen Reiseverkehr von Kontinent zu Kontinent mit Hyperschallgeschwindigkeit.

Als Notlandeplätze kommen zum ersten Mal Köln/Bonn und Saragossa in Frage, weil zum ersten Mal mit einer Bahnneigung von 57 Grad gestartet wird. Diese Bahnneigung zum Äquator ist wegen der geplanten Experimente über Europa notwendig. Amerikanische Astronauten haben

den Kölner Flughafen bei einer Inspektion am 12. Oktober in einem hervorragenden Zustand gefunden. Die Flugsicherungszone in Düsseldorf lieferte dann den Alarmplan, der den Luftraum für den mit Überschallgeschwindigkeit heranrasenden Shuttle freigibt.

Im Ernstfall wird Kommandant Young den geöffelten Satelliten mit seinen vollgepackten Elektroniksystemen ohne Hilfe des Mikrowellenlandesystems zur Erde bringen müssen. Dieses Landesystem ist nur auf den amerikanischen Landeplätzen Edwards (Kalifornien), White Sands (Neu Mexiko) und am Startplatz in Florida installiert. Young hat auf dem Boden nur das taktische Navigationssystem Tacan (Tactical air navigation) zur Verfügung. Die Bodensender geben Young für den Anflug Seitenwinkel und Entfernung, die Höhenangaben liefert ein Radarhöhenmesser.

Für die mögliche Notlandung in Köln hat die Nasa Techniker eingeflogen, die über die Mindestausrüstung verfügen. Mit Schnüfflern stellen die Techniker fest, ob Explosionsgefahr besteht. Geben sie grünes Licht, wird der Shuttle nach Ausstieg der Besatzung auf den militärischen Teil des Kölner Flughafens gerollt. Vor allem muß sichergestellt werden, daß kein Treibstoffleck besteht. Die Maschine hat noch den gesamten Treibstoff an Bord, der für die Manövrieraktionen in der Erdkreisbahn benötigt wird. Dieser – Hydrazin und Stickstofftetroxid – ist hochgiftig.

Im Falle einer Notlandung in Köln müssen sämtliche Vorrichtungen für den Shuttle-Rücktransport in einer Luftbrücke nach Köln herangeflogen werden. Dazu werden drei bis vier der größten Lufttransporter der Welt benötigt. Hauptsächlich müssen die Einzelteile der 72 Tonnen schweren dreibeinigen Hebekonstruktion herangeflogen werden, die zum Heben des Raumtransporters auf den Rücken des Nasa-Jumbos erforderlich sind.

## WETTER: Schauer

Wetterlage: Auf der Rückseite eines zum Baltikum abgezogenen Orkankefles fließt zunehmend frische Polarluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:  
Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Bei rasch wechselnder Bewölkung schauerartige Niederschläge. Tageshöchsttemperaturen zwischen 8 und 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte 4 bis null Grad, frischer bis starker, in Böen auch stürmischer Wind aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:  
Wechselhaft und weiterer Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:			
Berlin	13°	Kairo	22°
Bonn	13°	Kopenh. 7	
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	13°	Madrid	14°
Hamburg	11°	Mailand	8°
Leipzig	11°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	2°
Stuttgart	9°	Nizza	17°
Algier	24°	Oalo	-2°
Amsterdam	10°	Paris	11°
Athen	11°	Prag	11°
Barcelona	20°	Rom	17°
Brüssel	11°	Stockholm	-2°
Budapest	8°	Tel Aviv	22°
Bukarest	4°	Tunis	20°
Helsinki	-7°	Wien	10°
Istanbul	12°	Zürich	11°

\* Sonnenaufgang am Dienstag: 8.01 Uhr, Untergang: 16.19 Uhr. Mondaufgang: 1.19 Uhr, Untergang: 14.25 Uhr. \* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Bilanz einer Ohnmacht

## Der Wald

Nach der Dokumentation der Kulturkatastrophe im Dezember '82, zeigt bild der wissenschaft was sich nach einem Jahr für die Rettung des deutschen Waldes getan hat und ob die jetzigen Maßnahmen ausreichen,



## stirbt weiter

das Waldsterben einzudämmen. Lesen Sie den großen Bericht und vieles mehr im Dezemberheft von

**bild der wissenschaft** ab sofort überall im Zeitschriftenhandel.